

Gemeinde Lehre

Ortschaft Flechtorf



Begründung Bebauungsplan Vorderer Westerberg

Stand § 10 (3) BauGB



Inhaltsverzeichnis

Seite

| | | |
|------|---|----|
| 1. | Anlass und Ziele des Bebauungsplanes | 3 |
| 2. | Bebauungs- und Erschließungskonzept | 6 |
| 3. | Planungsrechtliche Rahmenbedingungen | 6 |
| 3.1 | Regionale und kommunale Planungen | 6 |
| 3.2 | Satzungen | 8 |
| 4 | Festsetzungen des Bebauungsplanes | 8 |
| 4.1 | Räumlicher Geltungsbereich | 8 |
| 4.2 | Art der baulichen Nutzung | 8 |
| 4.3 | Maß der baulichen Nutzung | 8 |
| 4.4 | Baugrenzen / Bauweise | 9 |
| 4.5 | Verkehrsflächen | 9 |
| 4.6 | Grünfläche | 10 |
| 4.7 | Ver- und Entsorgung | 11 |
| 4.8 | Spielplätze | 12 |
| 4.9 | Beurteilung der Lärmsituation | 12 |
| 4.10 | Geh- und Fahrrecht | 13 |
| 5. | Umweltbericht | 12 |
| 6. | Maßnahmen zur Entwicklung von Natur und Landschaft | 13 |
| 6.1 | Straßenbegleitgrün auf öffentlichen Verkehrsflächen | 13 |
| 6.2 | Anpflanzungen auf öffentlichen Grünflächen und Flächen zur Entwicklung der Landschaft | 14 |
| 6.3 | Beleuchtung des öffentlichen Straßenraumes | 14 |
| 6.4 | Baufeldräumung | 15 |
| 6.5 | Kompensation | 15 |
| 7. | Flächenbilanz | 16 |
| 8. | Bodenordnung | 16 |
| 9. | Kosten | 16 |
| 10. | Hinweise aus Sicht der Träger öffentlicher Belange | 16 |
| 11. | Bauleitplanverfahren - Abwägung | 17 |
| 12. | Verfahrensvermerk | 17 |

1. Anlass und Ziele des Bebauungsplanes

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Lehre hat am 10.09.2013 die Aufstellung des Bebauungsplanes 'Vorderer Westerberg' beschlossen.

Die Gemeinde Lehre ist geprägt durch die Lage in Nachbarschaft zu den beiden Großstädten Braunschweig und Wolfsburg. Das Gemeindegebiet hat eine Fläche von rund 70 km². Die Gemeinde Lehre setzt sich aus den acht Orten Beienrode, Essehof, Essenrode, Flechtorf, Groß Brunsrode, Klein Brunsrode, Lehre und Wendhausen zusammen. Insgesamt leben rund 11.800 Menschen in der Gemeinde Lehre.

Die Ortschaft Flechtorf liegt im Nordwesten des Gemeindegebietes und ist mit ca.



Der dörfliche Charakter von Flechtorf ist im alten Ortskern erhalten geblieben

3.000 Einwohnern, nach Lehre mit ca. 4000 Einwohnern, die zweitgrößte Ortschaft der Einheitsgemeinde Lehre.

Die erste urkundliche Erwähnung geht auf das Jahr 925 zurück. Die Lage an der Schunter inmitten einer vorwiegend ackerbaulich geprägten Region führte bereits im 13. Jahrhundert zur Gründung einer Wassermühle zum Mahlen von Getreide. Die Flechtorfer Mühle besteht noch heute als Betrieb mit moderner Mühlentechnik.

Seit dem Mittelalter gibt es im Ort die Burg Campen als Niederungsburg zwischen zwei Flussarmen der Schunter. Die erstmals im 13. Jahrhundert erwähnte Anlage

wurde Ende des 16. Jahrhunderts in ein Schloss umgestaltet. Als baulicher Rest ist davon nur noch das Hauptgebäude vorhanden.

Die Ortschaft besteht geographisch aus zwei Ortsteilen dem Altdorf im Norden und dem Neudorf im Süden. Die schmale Nahtstelle der beiden Ortsteile ist die Schunterinsel mit der Burg Campen.

Der ursprüngliche durch landwirtschaftliche Nutzungen geprägte Ortskern wurde in den letzten 60 Jahren durch Wohnnutzungen im Süden, im Nordwesten und Nordosten der Ortslage ergänzt. Gewerbeflächen sind im Norden der Gemarkung



Das Baugebiet Vorderer Westerberg

in Nachbarschaft zur Anschlussstelle Flechtorf zwischen der A 39 und der K 33 entstanden.

Flechtorf ist über die Keisstraßen 33, 37 und 38 an den überörtlichen Verkehr angebunden. Die Bundesstraße 248 verläuft im Westen in unmittelbarer Nähe von Flechtorf. Die Autobahnen A39 mit der Anschlussstelle Flechtorf und die A2 mit der Anschlussstelle Braunschweig Ost verlaufen durch das Gemeindegebiet.

Die Lage zwischen der A 39 und der B 248, den beiden Hauptverkehrsachsen zwischen den Oberzentren Braunschweig und Wolfsburg und die kurzen Distanzen zu diesen Großstädten bieten attraktive, infrastrukturelle Voraussetzungen.

Die Ausstattung Flechtorfs mit öffentlichen und privaten Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen für den täglichen Bedarf und mit den Bildungseinrichtungen Grundschule und Kindertagesstätte entsprechen in großen Teilen den Funktionen eines Grundzentrums. Zahlreiche örtliche Vereine und Gemeinschaftseinrichtungen bieten Möglichkeiten für die Freizeitgestaltung und übernehmen soziale Aufgaben.

Ergänzend tragen auch die landschaftliche Einbettung und die Nähe zu Naherholungsbereichen zur Attraktivität Flechtorfs als Wohnstandort bei und erklären die Nachfrage nach Bauflächen.

Diesem Bedarf an freien Bauplätzen kann in Flechtorf augenblicklich nicht entsprochen werden. Die Möglichkeiten der Innenentwicklung der Gemeinde insbesondere durch Maßnahmen der Nachverdichtung und durch Schließung von Baulücken wurden geprüft. Eine Bebauung der wenigen potentiellen Baulücken scheitert derzeit an den bestehenden Eigentumsverhältnissen. Freie Baugrundstücke in Neubaugebieten sind nicht mehr vorhanden.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes erfasst eine ca. 3 ha große Fläche nördlich der Beienroder Straße K38 und dem Westerbergweg. Sie schließt im Westen an die vorhandenen Siedlungsfelder an. Im Zusammenhang mit der bestehenden Bebauung südlich der Beienroder Straße ergibt sich ein neuer Orteingang mit beidseitiger Bebauung.

Die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse insbesondere des Immissionsschutzes können an diesem Standort gewährleistet werden. Die Erschließung des Baugebietes kann über die Ergänzung des vorhandenen Straßennetzes erfolgen. Die Ver- und Entsorgung des Baugebietes wird durch Einbindung in die vorhandenen Netzsysteme vorgesehen.

Da aufgrund der Bodenverhältnisse keine Versickerung möglich ist, bedarf es für den Abfluss des Oberflächenwassers einer Rückhaltung und eines verzögerten Abflusses des Regenwassers. In Abstimmung mit dem zuständigen Ver- und Entsorgungsunternehmen werden auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung die erforderlichen Flächen für die Regenwasserrückhaltung im Nordwesten des Planbereiches festgesetzt.

Die Ausweisung des Wohngebietes ist mit dem Verlust von Flächen für die Landwirtschaft verbunden. Im Regionalen Raumordnungsprogramm ist die Fläche als Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft dargelegt. In Abwägung der vorliegenden Belange lässt sich der Verlust dieser Fläche für eine landwirtschaftliche Nutzung nicht vermeiden. Die Auswirkungen der Nutzungsänderung werden im Umweltbericht ausführlich erläutert und abgewogen.

Mit der im Parallelverfahren aufgestellten 12. Flächennutzungsplanänderung wird dem planungsrechtlich erforderlichen Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs.3 BauGB entsprochen.

Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes werden im Sinne einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung die Grundsätze der Bauleitplanung gem. § 1 (5 - 7) und § 1a BauGB berücksichtigt sowie die Erschließung und Versorgung sichergestellt.

Eine „nachhaltige Entwicklung“ verfolgt das Ziel, die Lebensgrundlagen und Entwicklungschancen für jetzige und künftige Generationen zu sichern bzw. wieder herzustellen. Für den Fortbestand der Ortschaften ohne zugewiesener zentralörtlicher Funktion ist es notwendig, den Entwicklungsspielraum auszuschöpfen, um der negativen Bevölkerungsentwicklung entgegen zu wirken. Nur so können die vorhandenen Infrastruktureinrichtungen, insbesondere die Bildungseinrichtungen erhalten bleiben. Ohne Entwicklungsmöglichkeiten in den Ortsteilen ist der Erhalt von dörflichen Strukturen, die einen wichtigen Teil unserer Siedlungskultur darstellen und die das Orts- und Landschaftsbild prägen, nicht mehr gewährleistet.

Räumliche und inhaltliche Planungsalternativen stehen in der Ortschaft Flechtorf nicht zur Verfügung.

2. **Bebauungs- und Erschließungskonzept**

Das Baugebiet liegt im Osten von Flechtorf nördlich der Beienroder Straße.

Das städtebauliche Konzept fügt sich gestalterisch in das Siedlungsgefüge ein und beinhaltet eine sinnvolle Ergänzung und Arrondierung im Osten der bestehenden Ortslage. Der Bebauungsvorschlag sieht Einfamilienhäuser auf einer bisher landwirtschaftlich genutzten Grünfläche vor. Das Baugebiet hat eine Größe von ca. 3,0 ha, die Größe der Grundstücke beträgt durchschnittlich 500 - 700 m². Insgesamt sind ca. 32 Einfamilienhausgrundstücke vorgesehen.

Die verkehrliche Anbindung des neuen Baugebietes ist im Süden über die Beienroder Straße vorgesehen. Die innere Erschließung erfolgt über den Ausbau von Wohnstraßen. Im Norden ist für Fußgänger und Radfahrer eine zusätzliche Anbindung zum Westerbergweg vorgesehen.

Die erforderlichen privaten Stellplätze sind auf den jeweiligen Baugrundstücken nachzuweisen. Für Besucher werden im Zuge der Ausbauplanung öffentliche Parkplätze vorgesehen.

Flechtorf ist über Buslinien in den ÖPNV eingebunden.

Ver- und Entsorgung

Die Versorgung des Baugebietes mit Strom, Gas und Wasser und die Entsorgung von Schmutzwasser kann durch Ergänzung und den Anschluss an die vorhandenen Leitungsnetze sicher gestellt werden. Die erforderlichen zusätzlichen Leitungen werden innerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche der Planstraßen verlegt.

Der geregelte Abfluss des Niederschlagswassers wird durch ein geplantes Regenwasserrückhaltebecken im Nordwesten des Plangebietes sichergestellt.

3 **Planungsrechtliche Rahmenbedingungen**

3.1 **Regionale und kommunale Planungen**

3.1.1 **Landes-Raumordnungsprogramm**

Nach landesplanerischen Zielvorgaben liegt die Gemeinde Lehre in der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen (Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen 1994).

In den Metropolregionen sollen die Innovationstätigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit, die internationalen Verkehrs- und Kommunikationsknotenpunkte, die Arbeitsmarktschwerpunkte und die Zentren der Wissenschaft, Bildung und Kultur entwickelt werden.

3.1.2 **Regionales Raumordnungsprogramm**

In der Gemeinde Lehre übernimmt die Ortschaft Lehre nach regionalplanerischen Vorgaben (Regionales Raumordnungsprogramm für den Großraum Braunschweig 2008) die Funktion des Grundzentrums. Die Oberzentren in Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg bilden - mit dem sie umgebenden Umland und dem strukturell eng

verflochtenen Mittelzentrum in Wolfenbüttel - einen international ausgerichteten Wirtschaftsraum mit ausgeprägter Bevölkerungs-, Wissenschafts- und Arbeitsmarktkonzentration, der durch den Verbund gestärkt werden soll.

Die engen Verflechtungen dienen der gegenseitigen Ergänzung und sollen für eine Stärkung der Standortstrukturen genutzt werden. Dem Zweckverband Großraum Braunschweig wird als zuständigem Träger der Regionalplanung die Aufgabe übertragen, durch Abstimmung einen Ausgleich der Entwicklungsvorstellungen herbeizuführen.

Die gemeindliche Siedlungsentwicklung ist an dem im RROP für den Großraum Braunschweig als Ziel der Raumordnung verankerten Siedlungsleitbild der dezentralen Konzentration auszurichten. Demnach soll die Siedlungsentwicklung vorrangig in den zentralen Orten und in den Ortsteilen mit der „Schwerpunktaufgabe zur Sicherung und Entwicklung von Wohnstätten“ stattfinden.

Das Regionale Raumordnungsprogramm 2008 des Zweckverbandes Großraum Braunschweig weist in der Einheitsgemeinde Lehre der Ortschaft Lehre die zentralörtliche Funktion eines Grundzentrums zu. Obwohl für Flechtorf keine Schwerpunktfestlegung vorliegt, sind in Bezug auf die Größe und die Infrastruktur wesentliche Merkmale eines Grundzentrums oder grundzentrale Teilfunktionen vorhanden. Diese Merkmale fanden bisher keine Berücksichtigung im Rahmen der Regionalplanung.

Im Rahmen der kommunalen Planungshoheit trägt die Gemeinde die Verantwortung für ihre Eigenentwicklung unter Berücksichtigung der Rahmen setzenden überörtlichen und sonstigen fachlichen Belange. Die Standorte ohne besondere Funktionszuweisung unterliegen der Eigenentwicklung, die sich sich am örtlichen Entwicklungsstand orientiert.

Der zugrunde liegende Orientierungswert zur Eigenentwicklung geht von einem Angebot von 3,5 Wohneinheiten pro Jahr und pro 1000 Einwohner aus. Die Eigenentwicklung ist in der Regel auf einen 10-jährigen Planungshorizont auszurichten.

Der vorliegende Bauleitplan mit einem Bebauungspotential von ca. 32 Wohneinheiten entspricht einer Eigenentwicklung auf der Grundlage eines 3-jährigen Planungshorizonts. Zusammen mit der Aufstellung einer weiteren Bauleitplanung für Flechtorf werden die Orientierungswerte deutlich unterschritten und der durch das RROP vorgegebene Umfang der Eigenentwicklung eingehalten.

3.1.3 **Flächennutzungsplan**

Der rechtswirksame Flächennutzungsplan in der Fassung der Neuaufstellung vom 18.12.2003 stellt für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Flächen für die Landwirtschaft dar.

Im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes wird die 12. Änderung des Flächennutzungsplanes durchgeführt. Die Flächennutzungsplanänderung sieht für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes die Darstellung von Wohnbauflächen vor.

Der vorliegende Bebauungsplan wird gem. § 8 Abs. 3 BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

3.1.4 Landschaftsplanung

Schutzausweisungen gemäß §§ 22-30 BNatSchG liegen im Geltungsbereich des B-Planes nicht vor.

3.2 Satzungen**Bebauungsplan**

Der Bebauungsplan wird gem. § 8 (3) BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Er wird als qualifizierter Bebauungsplan gem. § 30 BauGB aufgestellt. Nach Abschluss des Bauleitplanverfahrens wird der Bebauungsplan als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen und schafft die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die geordnete Entwicklung des Gebietes.

Rechtsgrundlage für den vorliegenden Bebauungsplan sind

- das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548) geändert worden ist,
- die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), die durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548) geändert worden ist,
- die Planzeichenverordnung 1990 - (PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990.

4. Festsetzungen des Bebauungsplanes**4.1 Räumlicher Geltungsbereich**

Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Flechtorf, im Osten der Ortlage, nördlich der Beienroder Straße. Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst eine Fläche von ca. 3,0 ha der Flur 7.

4.2 Art der baulichen Nutzung

Als besondere Art der baulichen Nutzung wird "Allgemeines Wohngebiet" (WA) gem. § 4 BauNVO festgesetzt. Allgemeine Wohngebiete dienen vorwiegend dem Wohnen.

Hingewiesen wird auf die angrenzenden landwirtschaftlichen Ackerflächen im Westen von denen gelegentlich Immissionen in Form von Gerüchen, Staub und Geräuschen auftreten können, welche als ortsüblich zu dulden sind. Durch private Anpflanzungen in Nachbarschaft zu den landwirtschaftlichen Flächen können diese Immissionen gemindert werden.

4.3 Maß der baulichen Nutzung

Die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung nehmen Rücksicht auf den dörflichen Charakter von Flechtorf und die Ortsrandlage des Plangebietes in Nachbarschaft zur vorhandenen Einfamilienhausbebauung. Sie beachten die Grundsätze des flächensparenden Bauens in Abwägung mit einer möglichen, sinnvollen Durchgrünung unter ökologischen und siedlungsklimatischen Aspekten und erfüllen die Bedürfnisse nach wohnungsnahen Gartenflächen.

4.3.1 Grundflächenzahl

Die festgesetzte Grundflächenzahl und Geschossflächenzahl von 0,3 ermöglicht eine dem Nutzungszweck und der örtlichen Lage entsprechende, angemessene Ausnutzung der Baugrundstücke.

Die Grundflächenzahlen unterschreiten die zulässigen Höchstwerte nach § 17 BauNVO. Die zulässige Grundflächenzahl darf entsprechend den Regelvorschriften des § 19 (4) BauNVO durch befestigte Nebenanlagen um 50 % überschritten werden.

4.3.2 Zahl der Vollgeschosse

Die Festsetzung zur Anzahl der höchstzulässigen Vollgeschosse mit 1 Vollgeschoss, einschließlich eines bauordnungsrechtlich zulässigen Dachgeschosses entspricht der dörflichen Ortsrandlage.

4.4 Baugrenzen / Bauweise

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden über die Festsetzung von Baugrenzen definiert. Die Baufelder bieten ausreichende Flexibilität zur Anordnung der Gebäude auf den Grundstücken.

Die Bebauung ist in offener Bauweise als Einzel- und Doppelhausbebauung zulässig.

Es wird darauf hingewiesen, dass in Nachbarschaft zu den am westlichen, südwestlichen und nördlichen Rand des Plangebietes verlaufenden Gräben mit Gewässerstatus wasserrechtliche Nutzungsbeschränkungen bzw. Genehmigungsvorbehalte für Maßnahmen innerhalb des 5 m breiten Gewässerrandstreifens zum Graben nach dem Niedersächsischen Wassergesetz (NWG) gelten. Dies gilt eventuell auch für für ansonsten genehmigungsfreie Nebenanlagen nach § 14 BauNVO, die gem. § 23 BauNVO .

4.5 Verkehrsflächen**4.5.1 Straßenverkehrsflächen**

Die verkehrliche Erschließung erfolgt über den Anschluss an die Beienroder Straße (K 38) im Südwesten des Baugebietes. Die erforderlichen Verkehrsflächen im Bereich der vorhandenen Grabenparzelle werden berücksichtigt.

Die inneren Erschließungsstraßen werden als öffentliche Straßenverkehrsfläche festgesetzt. Der Ausbau der Anliegerstraße erfolgt gemäß den Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06).

Innerhalb der Verkehrsflächen sind im Zuge der Ausbauplanung ausreichend Parkplätze für Besucher vorzusehen.

Bei der Ausgestaltung der öffentlichen Verkehrsflächen ist darauf zu achten, dass insbesondere auch Kinder im Vor- und Grundschulalter den Weg zur Schule oder zur nächsten Haltestelle des öffentlichen Personennahverkehrs gefahrlos zurücklegen können.

Bei der angenommenen Verkehrsbelastung für die zukünftige Erschließungsstraße

und bei dem bekannten Verkehrsaufkommen auf der K 38 ist derzeit weder eine Linksabbiegespur noch eine Abbiegehilfe im Zuge der Kreisstraße erforderlich. Da in dem fraglichen Bereich ein Geschwindigkeitsniveau bekannt ist, das das innerorts Zulässige übersteigt, ist im Hinblick auf den Zugang zum ÖPNV und die Schulwegsicherung eine fußläufige Anbindung des Gebietes an den bestehenden Geh- und Radweg an der Südseite der K 38 für erforderlich. Um einerseits ein sicheres Queren der Fahrbahn der Kreisstraße zu ermöglichen und andererseits baulich auf die Einhaltung der zulässigen Fahrgeschwindigkeit hinzuwirken, ist – wie am südwestlichen Ortseingang der K 38 bereits ausgeführt – ein Fahrbahnteiler als Querungshilfe vorgesehen.

Über den Anschluss der Erschließungsstraße an die Kreisstraße und die damit einhergehende Umgestaltung der Fahrbahn, über die beschriebene Querungshilfe und über die Umgestaltung und Unterhaltung der Neben- und Entwässerungsanlagen wird vor Baubeginn zwischen der Gemeinde Lehre und dem Landkreis Helmstedt eine straßenrechtliche Kreuzungsvereinbarung abzuschließen sein.

Im Nordwesten des Plangebietes wird eine Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung für Fußgänger und Radfahrer festgesetzt, für die eine zusätzliche Anbindung zum Westerbergweg geschaffen wird.

4.5.2 Stellplätze

Die erforderlichen privaten Stellplätze werden durch Garagen und Stellplatzflächen auf den privaten Grundstücken nachzuweisen sein.

4.5.3 Bereiche ohne Aus- und Zufahrt

Im Süden und Norden des Plangebietes wird zur Beienroder Straße und zum Westerbergweg ein Aus- und Zufahrtsverbot festgesetzt. Die Einfriedung hat in diesen Bereichen ohne Tür und Tor zu erfolgen.

Diese Festsetzung beinhaltet, dass auch die Errichtung von Brücken oder Stegen oder eine Verrohrung des Grabens zu Gunsten von privaten Zugängen nicht zulässig sein sollen und folglich auch keine diesbezüglichen wasserrechtlichen Genehmigungen erteilt werden dürfen.

4.5.3 Verlegung der Ortstafel

Es ist beabsichtigt in Abstimmung mit den zuständigen Behörden, die Ortstafel (Vz 310), die die formale Grenze der geschlossenen Ortschaft im straßenverkehrsrechtlichen Sinne und damit zugleich desjenigen Bereiches festlegt, in dem die Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gilt, vom derzeitigen etwa in der Mitte der südwestlichen Grenze des zukünftigen Baugebietes an dessen östlichen Rand zu verlegen. Diese Verlagerung entspricht der neuen, geplanten östlichen Ortseinganges. Der gemeindliche Antrag auf Verlegung der Ortstafel wurde bereits gestellt.

4.6 Grünfläche

Die Grünfläche im Osten des Änderungsbereichs mit der Zweckbestimmung Fläche

für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Gehölzpflanzung) soll einerseits die mögliche Beeinträchtigung des FFH-Gebietes „Beienroder Holz“ sowie des EU-Vogelschutzgebietes „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“, andererseits eine Unterstützung der Leitfunktion als Wanderkorridor für die Fledermäuse zwischen dem Beienroder Holz der Schunteraue und dem Flechtorfer Holz (FFH-Gebiete), sowie die generelle Förderung des Artenaustausches durch lineare Verbindungsstrukturen zwischen den genannten Gebieten ermöglicht werden.

4.7 Ver- und Entsorgung

Die Versorgung der geplanten Gebäude mit Strom, Gas und Wasser erfolgt in Ergänzung der vorhandenen Leitungsnetze. Die erforderlichen zusätzlichen Leitungen werden innerhalb der öffentlichen Verkehrsfläche der Planstraßen verlegt.

Wasser und Abwasser

Die zentrale Wasserversorgung sowie die zentrale Schmutzwasserbeseitigung über die Kläranlage Lehre erfolgen durch den Wasserverband Weddel-Lehre.

Innerhalb des Plangebietes werden die Abwasseranlagen im Trennsystem ausgeführt.

Niederschlagswasser

Eine dezentrale Versickerung des auf überbauten und befestigten Flächen anfallenden unbelasteten Niederschlagswassers auf den Grundstücken ist auf Grund der Bodeneigenschaften nicht möglich (feinsandiger Schluff des Oberbodens und die darunter liegende Lehmschicht). Das Oberflächenwasser wird über die festgesetzte, zentrale Rückhaltung innerhalb festgesetzten Fläche für das Regenrückhaltebecken gesammelt und verzögert in den Vorfluter abgeleitet.

Das unbelastete Oberflächenwasser von den Straßen wird dem Regenrückhaltebecken zugeführt und kann so gedrosselt abgeführt werden.

Im Rahmen einer wasserrechtlichen Planfeststellung oder Plangenehmigung nach § 68 WHG werden in Einvernehmen mit der Unteren Wasserbehörde Rahmenbedingungen konkretisiert und entschieden.

Ergänzende private Maßnahmen zur Regenwasserrückhaltung wie Regenwassersammlung in unterirdischen Zisternen und die Nutzung als Brauchwasser im Haus oder für die Gartenbewässerung sind sinnvoll. Der Anschluss an den Regenwasserkanal gewährleistet den Abfluss des überschüssigen Niederschlags von den privaten Grundstücken.

Telekommunikation

Zur telekommunikationstechnischen Versorgung des neuen Baugebietes durch die Deutsche Telekom AG ist die Verlegung neuer Telekommunikationsleitungen erforderlich. Wie alle anderen Ver- und Entsorgungsleitungen sind auch die für die Versorgung des Plangebietes erforderlichen Telekommunikationsleitungen aus funktionalen und ortsgestalterischen Gründen ausschließlich unterirdisch zu verlegen.

Müllentsorgung

Im Landkreis Helmstedt erfolgt die Müllentsorgung durch beauftragte Entsorgungsunternehmen.

4.8 Spielplätze

Durch die festgesetzte Art der Bebauung kann davon ausgegangen werden, dass Kleinkinder bis zu 6 Jahren ausreichende Spielmöglichkeiten auf den privaten Grundstücken finden. Für Kinder von 6 bis 12 Jahren sind in Flechtorf Spielplätze vorhanden.

4.9 Beurteilung der Lärmimmissionen

(Schalltechnisches Gutachten Bonk - Maire - Hoppmann GbR -13135)

Straßenverkehrslärmimmissionen

Der Orientierungswert nach DIN 18005 für WA-Gebiete am Tage wird im weitaus größten Teil der geplanten überbaubaren Flächen eingehalten und in der Nachtzeit um 1 – 3,5 dB(A) überschritten. Die Überschreitung des Orientierungswert in der Nachtzeit wird wesentlich durch die Hintergrundbelastung von der BAB 39 verursacht.

Auf den Süd-Terrassen der geplanten straßennächsten Wohngebäude wird der WA-Orientierungswert am Tage eingehalten bzw. um weniger als 1 dB(A) überschritten.

Geht man im Rahmen der Abwägung davon aus, dass eine Überschreitung des Orientierungswertes um bis zu 3 dB(A) als nicht „wesentlich“ einzustufen ist, so ist festzustellen, dass der dann für WA-Gebiete zu beachtende Bezugspegel von 58 dB(A) am Tage auf den niedrig gelegenen schutzbedürftigen Freiflächen (Terrassen, Freisitze im Garten usw.) der geplanten Wohngrundstücke bereits in einer Entfernung von 15 m zur Straßenachse der Kreisstraße eingehalten wird. Demnach kann bei freier Schallausbreitung auf allen Süd-Terrassen und auf etwa der Hälfte der südlich angrenzenden Gartenflächen im Bereich der straßennächsten Wohngrundstücke mit einer Einhaltung des angesprochenen Bezugspegels gerechnet werden.

Aus diesem Grunde kann im vorliegenden Fall auf aktiven Lärmschutz (Wände oder Wälle) nördlich der K 38 verzichtet werden.

In der Nachtzeit ergeben sich im überwiegenden Teil des Baugebiets Überschreitungen des WA- Orientierungswertes um 0,5 – 3,5 dB(A). Die überbaubaren Flächen befinden sich in den Lärmpegelbereichen I und II.

Für diese Flächen werden passive Lärmschutzmaßnahmen im Bebauungsplan festgesetzt. Es ist davon auszugehen, dass das erforderliche Maß der baulichen Schallschutzmaßnahmen aufgrund der Energieeinsparverordnung bereits bei üblicher baulicher Ausführung der Gebäude gewährleistet ist.

Die Belüftung von Schlafräumen und Kinderzimmern ist durch den Einbau schallgedämmter Lüftungsöffnungen oder den Einbau von Schallschutzfenstern oder durch andere geeignete Maßnahmen (z.B. Innenbelüftung, vgl. DIN 1946) sicherzustellen.

Schutzbedürftige Freiflächen (Terrassen, Freisitze im Garten usw.) sollten in der 1. Baureihe westlich von künftigen Wohngebäuden angeordnet werden.

Gewerbelärmimmissionen

Etwa 400 m nordwestlich des Baugebiets befindet sich die Flechtorfer Mühle. Unter Beachtung der Ergebnisse eigener schalltechnischer Untersuchungen im

Zusammenhang mit baulichen Änderungen an der Flechtorfer Mühle kann ohne expliziten rechnerischen Nachweis davon ausgegangen werden, dass die vom Betriebsgrundstück hervorgerufenen Geräusche den Orientierungswert bzw. Immissionsrichtwert für WA-Gebiete innerhalb des Plangebiets sowohl am Tage als auch in der Nachtzeit deutlich (um mindestens 10 dB(A)) unterschreiten. Aus diesem Grunde ist in dieser Nachbarschaftssituation keine weitergehende Betrachtung erforderlich.

4.10 Gräben mit Gewässerstatus/Geh- und Fahrrecht

Am westlichen, südwestlichen und nördlichen Rand des Plangebietes verlaufen Gräben mit Gewässerstatus in deren Nachbarschaft, u.a. für Nebenanlagen nach § 14 BauNVO, wasserrechtliche Nutzungsbeschränkungen bzw. Genehmigungsvorbehalte gelten.

Für die an der westlichen Grenze des Baugebietes liegende Grabenparzelle (Gewässer III. Ordnung) erfolgten Pflegemaßnahmen des Grabens bisher von der landwirtschaftlichen Fläche. Die zukünftige Pflegemöglichkeit wird durch das festgesetzte Geh- und Fahrrecht zugunsten des Unterhaltungsträger gewährleistet.

Die Pflege für den südwestlichen und den nördlichen Graben kann wie bisher von den benachbarten Straßen- bzw. Wegeflächen erfolgen.

Auf der Grundlage des § 9 Abs. 6 BauGB erfolgt ein nachrichtlicher Hinweis auf eventuell erforderliche wasserrechtlichen Genehmigung für bauliche Maßnahmen innerhalb des 5 m breiten Randstreifens zum Graben nach dem Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG).

5. Umweltbericht § 2 Abs. 4 und § 2a sowie Anlage zum BauGB

Bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen hat die Gemeinde für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a Baugesetzbuch (BauGB) eine Umweltprüfung durchzuführen. Die im Rahmen der Umweltprüfung ermittelten, bewerteten und beschriebenen voraussichtlichen Umweltauswirkungen der Planung werden im Umweltbericht dargelegt. Der Umweltbericht ist Teil der Begründung (s. Anhang).

Gemäß Anlage 1 Nr. 18.7.2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) erreicht das Vorhaben nicht die Prüfwerte für Größe und Leistungen zur Durchführung einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3c UVPG.

Der Umweltbericht wird vom Landschaftsarchitekt Schmerber bearbeitet.

6. Maßnahmen zur Entwicklung von Natur und Landschaft

6.1 Straßenbegleitgrün auf öffentlichen Verkehrsflächen

Abhängig von der Lage der Zuwegung zu Garagen und Hauseingängen sind in öffentlichen Verkehrsflächen mittelkronige und standortgerechte Laubbäume zu pflanzen. Die Bäume können in Parkstreifen entlang der Straßen integriert oder

einseitige Baumreihen wechselseitig platziert werden. Pro Baum ist eine offene, nachhaltig gegen Überfahren geschützte Vegetationsfläche von mindestens 2 m Breite und insgesamt 8 qm Fläche vorzusehen.

Die Begrünung des Straßenraumes ist zur gestalterischen Einbindung der angrenzenden Bebauung notwendig. Durch die Anpflanzung von Bäumen im Straßenraum wird die Beeinträchtigung des Mikroklimas durch Versiegelung von Flächen gemindert.

Die Voraussetzung für das Gedeihen der angepflanzten Bäume ist eine ausreichend große, wasser- und luftdurchlässige Bodenoberfläche. Zur Gewährleistung einer schnellen gestalterischen Wirkung, zur Erfüllung ökologischer Funktionen und zur Stabilisierung des Naturhaushaltes sind bei Neupflanzungen Mindestqualitäten des verwendeten Pflanzenmaterials sicherzustellen.

6.2 Anpflanzungen auf öffentlichen Grünflächen und Flächen zur Entwicklung der Landschaft

Am östlichen Rand des Plangebietes werden innerhalb der öffentlichen Grünfläche Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft festgesetzt.

Als Maßnahme zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist eine aus heimischen standortgerechten Gehölzen 10 m breite Feldhecke zu entwickeln, zu unterhalten und bei Abgang gleichartig zu ersetzen. Sie besteht aus einer geschlossenen 7 m breiten Strauch-Baumhecke sowie einem 3 m breiten Krautsaum, der ackerseitig von Eichenspaltpfählen in Abständen von ca. 20 m begrenzt wird.

Die Feldhecke dient der Aufrechterhaltung der ökologischen Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes im Bereich des B-Planes und beugt einer potentiellen Beeinträchtigung der wertbestimmenden Arten der Natura 2000-Gebiete vor.

Mit dieser Maßnahme soll einerseits die mögliche Beeinträchtigung des FFH-Gebietes „Beienroder Holz“ sowie des EU-Vogelschutzgebietes „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“ entgegen gewirkt werden.

Die Leitfunktion als Wanderkorridor für die Fledermäuse zwischen dem Beienroder Holz, der Schunteraue und dem Flechtorfer Holz (FFH-Gebiete), insbesondere für die Mopsfledermaus, da diese Art ihre Streckenflüge zwischen den Jagdgebieten in den Wäldern um Flechtorf oft in 2 - 3 m Höhe absolviert, wird unterstützt. Der Durchzugkorridor vom Beienroder Holz zum Flechtorfer Holz bietet weiterhin einen ungehinderten Zugang zum Schuntersee und zur Schunteraue.

Darüber hinaus wird die generelle Förderung des Artenaustausches für andere Tierarten im Rahmen der Zerstreungswanderung durch lineare Verbindungsstrukturen zwischen den genannten Gebieten ermöglicht.

6.3 Beleuchtung des öffentlichen Straßenraumes

Entlang der öffentlichen Straßen sind LED-Lampen zur Beleuchtung des öffentlichen Straßenraumes einzusetzen. Die Leuchten sollten niedrig installiert und nur zu unbedingt erforderlichen Zeiten betrieben werden (Dämmerungsschaltung).

Durch den Einsatz dieser Beleuchtungstypen wird die Schädigung der Nachtfalterfauna durch Anflug der Tiere an öffentliche Beleuchtungsanlagen gemindert.

Durch die Minderung des Lichteinflusses wird eine Einschränkung von

Nahrungsgrundlagen bestimmter Fledermausarten über Anlockung von Insekten durch Beleuchtungsanlagen gemindert.

6.4 Baufeldräumung

Das Bauvorhaben ist mit dem Einsetzen der Baufeldfreimachung während der Bauphase mit Störungen der Lebensräume von Kiebitz und Feldlerche verbunden, die bis zur Brutaufgabe führen kann. Vor Baufeldfreimachung ist daher eine Überprüfung potentieller Fortpflanzungsstätten des Kiebitzes und der Feldlerchen vorzunehmen. Im Fall eines nachgewiesenen Brutplatzes muss die Baufeldräumung außerhalb der Brutzeit vom 15. März bis 31. August stattfinden.

6.5 Kompensation

Im Bereich der Schutzgüter „Arten- und Lebensgemeinschaften“ und „Boden“ werden aufgrund der planerisch vorbereiteten Maßnahmen erhebliche Beeinträchtigungen ermöglicht.

Der gesamte Kompensationsbedarf beträgt 9.324 qm.

Innerhalb des Plangebietes erfolgt eine Kompensation über die Anlage einer Feldhecke an der östlichen Grenze des Geltungsbereichs des B-Plans. Hierfür wird eine Fläche von 3.064 qm für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ausgewiesen.

Der fehlende Kompensationsbedarf von 6.260 qm (Umwandlung Wertstufe I in Wertstufe III) soll außerhalb des Plangebietes (Geltungsbereich B) als Ersatzmaßnahme ausgeglichen werden.

Für die Ersatzmaßnahme stehen die sich im Gemeindeeigentum befindlichen Flurstücke 49/2 und 344, Flur 7, Gemarkung Flechtorf nördlich des Baugebietes „Gerstenbreiten“ mit einer Gesamtgröße von 8.068 qm zur Verfügung.

Die für die Ersatzmaßnahme vorgesehenen Flurstücke sind im Liegenschaftskataster als Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche – Grünanlage klassifiziert.

Die bisherige Grünlandnutzung ist in der Biotoptypkartierung des Landkreises dem Biotoptyp Intensivgrünland der Überschwemmungsbereiche (GIA) mit der Wertstufe II (von allgemeiner bis geringer Bedeutung) zuzuordnen.

Damit die ökologische Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes im Bereich des Bebauungsplanes weiter erfüllt bleibt, werden 8.068 qm Intensivgrünland als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (z. B. nach § 9 (1) Nr. 20 BauGB) mit folgenden Festsetzungen entwickelt:

An der südlichen und westlichen Grenze der Ausgleichsfläche ist eine 10 m breite extensiv genutzte, artenreiche Wiese (einschürig) anzulegen.

An nördlichen Grenze der Ausgleichsfläche entlang des landwirtschaftlichen Weges ist eine Strauchhecke mit heimischen Sträuchern der Artenliste „Weißdorn-/Schlehengebüsch“ zu pflanzen, zu unterhalten und bei Abgang gleichartig zu ersetzen,

An der nordwestlichen Grenze der Ausgleichsfläche ist eine Sukzessionsfläche für einen Laubwald mit Initialpflanzung aus Arten der hpnV anzulegen.

Die übrige Fläche ist der natürlichen Sukzession zu überlassen mit dem Ziel der Entwicklung von Ruderalfluren. Zur Verhinderung der Verbuschung ist eine Mahd der Ruderalflur alle 3-4 Jahre zwischen Oktober und Februar zulässig. Das Mähgut

ist zu entfernen. In diesem Bereich sind inselartig auf 30 % der Fläche heimische Sträucher der Arten Liste „Sträucher“ zu pflanzen, zu unterhalten und bei Abgang gleichartig zu ersetzen.

Eine direkte oder indirekte Standortentwässerung, der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, der Umbruch und die Düngung der Flächen sind unzulässig

Die bisher geplante, in der Planfassung nach § 3 (2) BauGB enthaltene externe Kompensationsmaßnahme im Bereich des Schunterwehres (Geltungsbereich B) wird nicht weiter verfolgt, da die vorgeschlagenen Ersatzmaßnahmen in keinem naturschutzfachlich funktionalen Ableitungszusammenhang mit den konkreten Eingriffsfolgen stehen und keinen angemessenen Beitrag zu ihrer Bewältigung leisten. Mit der Aufgabe dieser Maßnahme werden die Anregungen von einzelnen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange berücksichtigt. Die Aufgabe des Geltungsbereichs B stellt keine wesentliche Änderung der Planungsgrundzüge dar, die zu einer zusätzlichen Anstoßwirkung führen könnte. Eine erneute öffentliche Auslegung ist daher nicht erforderlich.

7. Flächenbilanz

Geltungsbereich A

| Nutzung | Fläche m ² | % - Anteil |
|-------------------------|-----------------------|------------|
| BBL Bruttobauland | 30.020 | 100 % |
| NBL Nettobauland | 22.436 | 74,7 % |
| Verkehr | 3.030 | 10,1 % |
| Grün (Pflanzstreifen) | 3.064 | 10,2 % |
| Regenrückhaltebecken | 1.221 | 4,1 % |
| Gewässer-Pflegestreifen | 269 | 0,9 % |

Geltungsbereich B

| | |
|-----------------------------|-------|
| Externe Kompensationsfläche | 8.068 |
|-----------------------------|-------|

8. Bodenordnung

Das Erfordernis von bodenordnenden Maßnahmen liegt nicht vor.

Ein Grunderwerb der Bauflächen erfolgt in Abstimmung mit der Gemeinde Lehre durch einen Erschließungsträger, der die Baugrundstücke an Bauinteressenten veräußert.

9. Kosten

Die Herstellung der öffentlichen Erschließungsanlagen einschließlich der Schmutzwasseranlagen und die Einrichtung der Beleuchtung wird von einem

Erschließungsträger vorgenommen.

Der Gemeinde entstehen keine Kosten.

Die Kosten für die erstmalige Herstellung der erforderlichen öffentlichen Versorgungsleitungen werden von den zuständigen Versorgungsbetrieben übernommen und mit den Bauherren über privatrechtliche Entgelte wie Baukostenzuschüsse und Kostenerstattung abgerechnet.

10. Hinweise aus der Sicht der Träger öffentlicher Belange

Landkreis Helmstedt

Es ergeben sich keine Anhaltspunkte für das Vorhanden-Sein archäologischer Fundstellen. Sollten dennoch bei den Bauarbeiten Funde zu Tage treten, so würde dies bestimmte Meldepflichten gegenüber den zuständigen Denkmalschutzbehörden auslösen.

Zentrale Polizeidirektion: Kampfmittelbeseitigung

Es kann nicht unterstellt werden, dass keine Kampfmittelbelastung im Planbereich vorliegt.

11. Bauleitplanverfahren - Abwägung

In den Bauleitplanverfahren gem. § 4 (1) sowie § 3 (2) und § 4 (2) BauGB sind Stellungnahmen von Behörden und Trägern öffentlicher Belange eingegangen, die eine Abwägung im Sinne des § 1 (7) BauGB erforderten.

Das Ergebnis der Abwägung wird der Begründung als Anlage beigelegt.

12. Verfahrensvermerk

Der Entwurf der Begründung einschließlich Umweltbericht hat mit dem zugehörigen Entwurf des Bebauungsplanes gem. § 3 Abs.2 BauGB vom 26.09.2013 bis 25.10.2013 öffentlich ausgelegt.

Die Begründung mit Umweltbericht wurde in der Sitzung am 26.06.2014 durch den Rat der Gemeinde Lehre unter Berücksichtigung der Stellungnahmen zu dem Bauleitplanverfahren beschlossen.

Lehre, den 23.07.2014



gez. Westphal
Bürgermeister

Anhang Begründung

Bauleitplanverfahren - Abwägung

In den Bauleitplanverfahren gem. § 4 (1) und § 3 (2), § 4 (2) BauGB sind Stellungnahmen von Behörden und Trägern öffentlicher Belange eingegangen, die eine Abwägung im Sinne des § 1 (7) BauGB erforderten.

Das Ergebnis der Abwägung wird der Begründung als Anlage beigelegt.

Gemeinde Lehre

Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“

Beteiligung der Behörden und sonstige TÖB gem. § 4 Abs. 2 BauGB und öffentliche Auslegung und gem. § 3 Abs. 2 BauGB vom 26.09. bis zum 25.10.2013

Seite 1

Stand: 17.03.2014

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzhalt der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|------------------------|---|---|
| 1. 22.10.13 | Landkreis Helmstedt | <p>Die nunmehr vorliegende Entwurfsfassung beurteile ich in meiner Zuständigkeit als Behörde im Sinne des § 4 BauGB wie folgt.</p> <p>Hinweis Vorab muss ich grundsätzlich feststellen, dass die übersandten zeichnerischen Unterlagen – sowohl die Planzeichnung des Bebauungsplanes selbst als auch die Kartierungen in den Anhängen II und VI zum Umweltbericht – nicht zu befriedigen vermögen, denn sie sind so stark verkleinert, dass sie nicht mehr zuverlässig lesbar sind. Da sie obendrein auf das Darstellungsmittel „Farbe“ verzichtet, kann ich nicht ausschließen, dass ich dort dargestellte Sachverhalte nicht erkannt oder falsch beurteilt habe; insofern steht die nachfolgende Stellungnahme unter Vorbehalt.</p> <p>Hinweis Der als Entwurf vorliegende Bebauungsplan ist im Hinblick auf § 8 Abs. 2 BauGB auf das Zustandekommen der parallel betriebenen 12. Änderung des Flächennutzungsplanes angewiesen. Zu deren Entwurf habe ich wiederum Planungsbeiträge mit grundsätzlicher Bedeutung mitgeteilt, die abgearbeitet werden müssen. Solange dies nicht geschehen ist, kann der Bebauungsplan nicht als „entwickelt“ gelten.</p> <p>Hinweise Naturschutz Als überaus bedeutsam hatte ich wegen der Nachbarschaft des FFH-Gebietes 102, des Europäischen Vogelschutzgebietes V 48 und des Fledermaus-Wanderungskorridors zwischen dessen Teilen schon in der vorausgegangenen Stellungnahme die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege bezeichnet. Daran hat sich nichts geändert. Prinzipielles Einvernehmen ist im Verlauf des Aufstellungsverfahrens für den Bebauungsplan bereits darüber erzielt worden, dass ein Mindestmaß an Verträglichkeit zwischen der verfolgten Planungsabsicht und den bezeichneten Schutzgebieten dadurch erreicht werden könnte, dass am östlichen Rand des Baugebietes in öffentlicher Trägerschaft ein Heckenstreifen als Abschirmung und den Flugkorridor begleitendes Landschaftselement angelegt wird. Diesem Ansatz folgt die Gemeinde grundsätzlich.</p> | <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen Bemerkung: Die Planunterlagen für die Bauleitplanverfahren werden im DIN A4-Format hergestellt. Dadurch werden Kosten eingespart und der Papierverbrauch eingeschränkt. Im Anschreiben zum Beteiligungsverfahren werden die TÖBs über die Möglichkeit informiert, zusätzliche Planunterlagen beim Planungsbüro anzufordern.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Planungsbeiträge zum vorbereitenden Bauleitplan werden bei der Aufstellung der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes „abgearbeitet“.</p> <p>Der Hinweis wird zurückgewiesen An den Planfestsetzungen wird festgehalten. Die Abwägung im vorangegangenen Verfahrensschritt der Beteiligung der Behörden und sonstige TÖB gem. § 4 Abs. 1 BauGB vom 05.07. bis zum 06.08.2012 wurde unzureichend dargelegt und wird nachgeholt. Der Umweltbericht wird ergänzt, um die Vorgehensweise unter Abwägung der Belange des Naturschutzes im Verhältnis zur baulichen Nutzung angemessen darzustellen.</p> <p>Begründung Bei der Vorprüfung des Einzelfalls im Rahmen der Feststellung der UVP-Pflicht des Bauvorhabens „Vorderer Westerberg“ wurde auf Grund einer überschlägigen Prüfung nach den Kriterien der Anlage 2 zum UVPG prognostiziert, dass durch die Realisierung des geplanten Vorhabens keine Anhaltspunkte für nachteilige Umweltauswirkungen auf die FFH-Gebiete DE 3630-302 und DE 3629-301 sowie das EU-</p> |

Schütz Planungsbüro Braunschweig

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzhalt der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|------------------------|--|--|
| | | <p>Als Tiefe für diesen Heckenstreifen waren in der ersten Entwurfsfassung 5 m vorgesehen, nunmehr soll er festsetzungsgemäß eine Tiefe von 10 m haben. Ein Beispiel für eine Bepflanzung auf einem so bemessenen Geländestreifen zeigt der Anhang IV zum Umweltbericht, dabei sind jedoch schon die einschlägigen Regelungen des Nds. Nachbarrechtsgesetzes über Gehölzabstände zu Grundstücksgrenzen unberücksichtigt geblieben. Unabhängig davon vermag er auch mit der inzwischen größeren Tiefe nicht sicher zu gewährleisten, dass eine Beeinträchtigung der Natura-2000-Schutzgebietskulisse ausgeschlossen werden kann. Das wäre erst bei der Tiefe von 25 m der Fall, die ich in meiner Stellungnahme vom Juli 2012 gefordert hatte. Erst diese Tiefe würde also eine gesonderte FFH-Verträglichkeitsprüfung erübrigen, wie sie ansonsten obligatorisch wäre, um das Ausbleiben von Beeinträchtigungen nachzuweisen. Hält die Gemeinde also an der jetzt vorgesehenen Tiefe fest, so müsste eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt und auch mit entsprechendem positivem Ergebnis abgeschlossen werden. Dabei trägt die Gemeinde alleine die Beweislast, und sie müsste auch alleine für eventuelle Umweltschäden im Sinne des § 19 BNatSchG haften. Als Grundlage für eine FFH-Verträglichkeitsprüfung wären eine aktuelle Erfassung des status quo erforderlich, und nach Umsetzung der Planung bedürfte es eines kontinuierlichen Monitoring nach den üblichen Fachkonventionen.</p> | <p>Vogelschutzgebiet SPA 3630-401 in ihren für die Erhaltungsziele maßgeblichen Bestandteilen (§ 34 BNatSchG) vorliegen.</p> <p>Im Rahmen des Screenings im August 2012 wurde einvernehmlich beschlossen, um eine mögliche negative Auswirkung durch die Einengung des vorhandenen Verbindungskorridors zwischen den FFH-Gebieten DE 3630-302 und DE 3629-301 sowie die beiden Teile des EU-Vogelschutzgebietes SPA 3630-401 entgegenzuwirken, eine fünfteilige Baum-Strauch-Hecke auf der östlichen Grenze des Plangebietes anzulegen. Im Rahmen des Verfahrens wurde von der Unteren Naturschutzbehörde einen mindestens 25 m breiten Streifen gefordert. Die Gemeinde plant nunmehr diese Schutz- und Leitstruktur durch die Anlage einer siebenreihigen Baum-Strauch-Hecke sowie eines 3 m breiten Krautsaumes zu verwirklichen.</p> <p>Die Gemeinde lehnt die Vertritt den Standpunkt, dass unter Beachtung des Nds. Nachbarrechts (nach § 50 (1) Grenzabstand von 4 m für Bäume 2. Ordnung – siehe Umweltbericht S. 39-40) – ein entsprechender Pflanzplan wird im Rahmen der Ausführungsplanung erarbeitet - ein 10 m breiter Streifen mit einer siebenreihigen Baum-Strauch-Hecke die notwendige Schutz- und Leitfunktion in Bezug auf die Verträglichkeit des Bauvorhabens entsprechend der ursprünglichen Vorgabe des Landkreises aus der folgenden Ausführungen gleichwertig erfüllt. Eine FFH-Vorprüfung ist somit entbehrlich.</p> <p>Der Transferkorridor für die planungsrelevanten geschützten Tierarten zwischen den Natura 2000 Gebieten (FFH- und EU-Vogelschutzgebiete) im Bereich des Beienroder Holzes und des Flechtorfer Holzes nimmt eine Breite von ca. 920 m zwischen der Bundesautobahn BAB 39 und dem östlichen Ortsrand von Flechtorf ein. In Bezug auf die FFH-Verträglichkeit des Vorhabens sind folgende Arten wertbestimmend:</p> <ul style="list-style-type: none"> · Mopsfledermaus, Grauspecht, Mittelspecht, Schwarzspecht und Rotmilan. <p>Die Mopsfledermaus nutzt als Hauptleitlinie zwischen Beienroder und Flechtorfer Holz ein im Korridor zentral gelegenes ca. 0,6 ha großes naturnahes Feldgehölz begleitet mit Weißdorn-/Schlehengebüsch (HN/BMS) sowie eine daran in nördlichen Richtung anschließende 15 m breite und 270 m lange Strauch-Baum-Hecke (HFM) (vgl. Schmerber J.-M., Kreisel B.: Umweltverträglichkeitsstudie zum Bebauungsplan „Rückwinkel/Rückanger“, Wolfenbüttel, 2002). Sie meidet auf ihren Jagdflügen Siedlungen.</p> <p>Mit dem B-Plan „Vordere Westerberg“ wird der 920 m breite Durchflugskorridor für die Mopsfledermaus um etwa 170 m eingeengt.</p> <p>Relevante Beeinträchtigungen von Flugwegen der überwiegend strukturgebundenen relativ niedrig über dem Boden (2-5 m) fliegenden Mopsfledermaus sind durch die lückenlose und ausreichend dimensionierte Anbindung vorhandener Bepflanzung und Landschaftsstrukturen nicht zu erwarten. Funktionale Beeinträchtigungen dieser landschaftlicher Leitstrukturen durch Zerschneidungs-/ Barrierewirkungen werden durch das Bauvorhaben nicht entstehen. (Dies gilt auch für die anderen FFH Anhang IV-Fledermausarten).</p> <p>Für die Mopsfledermaus gilt, dass ein Verlust von Habitatbeständen durch die Planung nicht begründet wird. Da die Mopsfledermaus als ausbreitungsstarke Art über eine Standortdynamik mit relativ großen Aktionsräumen (8-10 km) ausgestattet ist, ermöglicht es ihr über die Schaffung geeigneter bzw. geänderter Ausweichrouten ihre potentiellen Jagdgebiete zu erreichen und somit ihre Nahrungsgrundlage aufrecht zu erhalten. Jede Einengung eines Wanderkorridors führt nicht zwangsläufig zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustands der Art. Jeder Flächenverlust in einem Wanderkorridor der Mopsfledermaus ist auch nicht mit einer Abnahme ihres Verbreitungsgebiets gleichzusetzen, das weit über alle Grenzen des FFH-Gebietes reicht (in Anlehnung am Urteil vom BVerwG 9 A 20.05 vom 17.01.2007). Durch telemetrische Messungen wurden Jagdgebiete der Mopsfledermaus im Waldchen „Wilshop“ nördlich von L. Brunsrode 2006 nachgewiesen (MÜHLBACH E, NIEMANN L, 2006: Untersuchung der Mopsfledermaus (Barbastella barbastellus) [FFH-Code: 1308] im Bereich Beienroder Holz [FFH-Code: DE 3630-30] zur Ermittlung von Quartieren und Jagdlebensräumen der Art; Hannover).</p> <p>Durch die Bebauung der bislang offenen landwirtschaftlichen Flächen ist mit einer Barrierewirkung der Wohnbebauung für die Mopsfledermaus auf Transferflügen zwischen den Wäldern nicht zu rechnen. Das Erreichen potentieller Jagdgebiete im Flechtorfer Holz ist weiterhin gesichert. Vorhandene Leitstrukturen werden durch die Anlage einer Baum-Strauchhecke trägt zur besseren Förderung des Austausch bei. Mit der Reduzierung des Durchflugskorridors ist ein signifikanter Isolationsseffekt nicht zu erwarten.</p> <p>Mit der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sollen einerseits auf einer Breite von ca. 40 m im der südlichen Spitze des Plangebietes eine Pufferfunktion zu den Natura 2000-Gebieten, andererseits als Feldhecke (siehe Anhang IV) eine unterstützende Verbindungsstruktur am westlichen Rand zur des Wanderkorridors zwischen dem Beienroder Holz, der Schunteraue und dem Flechtorfer Holz erzielt werden.</p> <p>Das Gerüst der 10 m breiten Feldhecke als lineare Leitstruktur bilden die Bäume, die in der mittleren Reihe unregelmäßig verteilt, mal lichter, mal dichter, einzeln oder in Trupps verteilt sind. Dabei werden Bäume 2. Ordnung verwendet, die bis 20 m erreichen können und einen Mindestabstand von 4 m zu den Grundstücksgrenzen halten, um den Bestimmungen des § 50 (1) u. (3) sowie § 51 des niedersächsischen Nachbarrechts zu genügen.</p> |

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzhalt der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|------------------------|--|--|
| | | | <p>zung und Landschaftsstrukturen nicht zu erwarten. Funktionale Beeinträchtigungen dieser landschaftlicher Leitstrukturen durch Zerschneidungs-/ Barrierewirkungen werden durch das Bauvorhaben nicht entstehen. (Dies gilt auch für die anderen FFH Anhang IV-Fledermausarten).</p> <p>Für die Mopsfledermaus gilt, dass ein Verlust von Habitatbeständen durch die Planung nicht begründet wird. Da die Mopsfledermaus als ausbreitungsstarke Art über eine Standortdynamik mit relativ großen Aktionsräumen (8-10 km) ausgestattet ist, ermöglicht es ihr über die Schaffung geeigneter bzw. geänderter Ausweichrouten ihre potentiellen Jagdgebiete zu erreichen und somit ihre Nahrungsgrundlage aufrecht zu erhalten. Jede Einengung eines Wanderkorridors führt nicht zwangsläufig zu einer Verschlechterung des Erhaltungszustands der Art. Jeder Flächenverlust in einem Wanderkorridor der Mopsfledermaus ist auch nicht mit einer Abnahme ihres Verbreitungsgebiets gleichzusetzen, das weit über alle Grenzen des FFH-Gebietes reicht (in Anlehnung am Urteil vom BVerwG 9 A 20.05 vom 17.01.2007). Durch telemetrische Messungen wurden Jagdgebiete der Mopsfledermaus im Waldchen „Wilshop“ nördlich von L. Brunsrode 2006 nachgewiesen (MÜHLBACH E, NIEMANN L, 2006: Untersuchung der Mopsfledermaus (Barbastella barbastellus) [FFH-Code: 1308] im Bereich Beienroder Holz [FFH-Code: DE 3630-30] zur Ermittlung von Quartieren und Jagdlebensräumen der Art; Hannover).</p> <p>Durch die Bebauung der bislang offenen landwirtschaftlichen Flächen ist mit einer Barrierewirkung der Wohnbebauung für die Mopsfledermaus auf Transferflügen zwischen den Wäldern nicht zu rechnen. Das Erreichen potentieller Jagdgebiete im Flechtorfer Holz ist weiterhin gesichert. Vorhandene Leitstrukturen werden durch die Anlage einer Baum-Strauchhecke trägt zur besseren Förderung des Austausch bei. Mit der Reduzierung des Durchflugskorridors ist ein signifikanter Isolationsseffekt nicht zu erwarten.</p> <p>Mit der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sollen einerseits auf einer Breite von ca. 40 m im der südlichen Spitze des Plangebietes eine Pufferfunktion zu den Natura 2000-Gebieten, andererseits als Feldhecke (siehe Anhang IV) eine unterstützende Verbindungsstruktur am westlichen Rand zur des Wanderkorridors zwischen dem Beienroder Holz, der Schunteraue und dem Flechtorfer Holz erzielt werden.</p> <p>Das Gerüst der 10 m breiten Feldhecke als lineare Leitstruktur bilden die Bäume, die in der mittleren Reihe unregelmäßig verteilt, mal lichter, mal dichter, einzeln oder in Trupps verteilt sind. Dabei werden Bäume 2. Ordnung verwendet, die bis 20 m erreichen können und einen Mindestabstand von 4 m zu den Grundstücksgrenzen halten, um den Bestimmungen des § 50 (1) u. (3) sowie § 51 des niedersächsischen Nachbarrechts zu genügen.</p> |

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzinhalte der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|------------------------|--|---|
| | | <p>Hinweis In der Planzeichenerklärung werden der „Fläche zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern“, als die der Heckenstreifen in der Planzeichnung erscheint, zur Inhaltsbestimmung gleichermaßen die textlichen Festsetzungen Nr. 2.2 und 2.3 zugeordnet. Diese widersprechen sich gegenseitig, indem Letztere ausschließlich Bäume und dabei auch in größerer Zahl nicht heimische Arten enthält.</p> | <p>Damit die Strauch-Baumhecke möglichst schnell die angestrebte Leitfunktion für Fledermäuse übernehmen kann, sind u.a. auch schnellwüchsige Gehölze (z.B. Zitterpappel <i>Populus tremula</i>) nur dienend, (Rodung nach ca. 7 Jahren) zu verwenden.</p> <p>Um eine möglichst große Lichtabschirmung gegenüber dem Wohngebiet zu erreichen, werden hochstämmige Baumarten verwendet, die mit Sträuchern unterpflanzt werden, so dass auch im Stammraum eine große Lichtabschirmung erzielt wird. Der sich östlich der Hecke befindliche 3 m breite Hochstaudensaum, der als dauerhafte Ruderalflur anzulegen ist, wird nicht angesät (gelenkte Sukzession). Zu seiner dauerhaften Sicherung gegenüber den angrenzenden Ackerflächen sind am ackerseitigen Rand des Krautsaumes in Abständen von ca. 20 m Eichenspallfähle zu setzen. Der Krautsaum kann auch als Befahrungsstreifen für die Pflanzung, Pflege und zukünftige Unterhaltung der Maßnahmenfläche genutzt werden.</p> <p>Die geplante Feldhecke erfüllt durch ihre besondere Gestaltung (fließender Übergang zur Ackerfläche) als lineare Randstruktur entlang einer weiträumigen Ackerfläche mit leichter Hangneigung voll und ganz (sicher) die Voraussetzung einer Leitstruktur für die Mopsfledermaus, da diese Art ihre Streckenflüge zwischen ihren Jagdgebieten oft in 2 - 3 m Höhe absolviert. Die ausgewählten Pflanzen (Weißdorn, Schlehe, Wildrosen, Schneeball, Hasel, Holunder und Weiden) sind wertvolle Gehölze für Nachtschmetterlinge und andere Insekten. Durch ihre Lage im rückwärtigen Bereich der Baugrundstücke (Privatgärten) sowie der Einsatz von LED-Lampen auf den öffentlichen Verkehrsflächen wird eine mögliche Dezimierung des Insektenangebotes entlang der Hecke entgegengewirkt.</p> <p>Ob sich die Anlage einer Strauch-Baum-Hecke entlang der zukünftigen Bebauung in Verbindung mit den vorhandenen Feldgehölzen bewährt, um die Wanderung bzw. die Wiederansiedlung (Artenaustausch) im Rahmen der Zerstreuungswandlung innerhalb eines Vernetzungskorridors zwischen zwei stark voneinander getrennten Bereichen eines Vogelschutzgebietes entscheidend zu ermöglichen, kann auf Grund der relativ ausgeprägten Ortstreue der wertgebenden Spechtarten mit kaum gerichteter Dismigration nicht beurteilt werden, zumal sich die Arten und insbesondere der Grauspecht nicht weit von Rückzugsmöglichkeiten entfernen.</p> <p>Der Hinweis wird beachtet. Die textliche Festsetzung 2.3 wird bezüglich des Einsatzes von heimischen standortgerechten Gehölzen bei der Strauch-Baum-Hecke redaktionell geändert.</p> |

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzinhalte der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|------------------------|---|--|
| | | <p>während Erstere ausdrücklich von „heimischen standortgerechten Gehölzen“ und von einer „Strauch-Baum-Hecke“ spricht. Werden tatsächlich in größerem Umfang nicht heimische Arten verwendet, so würde der Heckenstreifen nur eine begrenzte Funktion für den Naturhaushalt erfüllen und nur eine eingeschränkte Kompensationswirkung erreichen können.</p> <p>Die formale Integration der Artenliste in den Bebauungsplan ist in der erforderlichen Weise erfolgt.</p> <p>Hinweis Die vormaligen textlichen Festsetzungen Nr. 2 und 3 mit Bestimmungen zu Beleuchtung und Pflasterung des öffentlichen Straßenraumes hatte ich wegen der Möglichkeit der Gemeinde, diesbezüglich unmittelbaren Einfluss zu nehmen, als mindestens entbehrlich, wenn nicht sogar hinderlich bezeichnet und deshalb einen Verzicht auf sie empfohlen. Für die textliche Festsetzung Nr. 3 ist bereits so verfahren worden, die alte Nr. 2 erscheint jetzt jedoch wiederum als neue Nr. 2.4. Ich rege deshalb erneut an, auch auf sie zu verzichten, wobei der Sachverhalt als solcher selbstverständlich in der Begründung zum Bebauungsplan festgehalten werden kann und muss.</p> <p>Hinweis Die Bilanzierung zwischen bisherigem und plangemäßigem Zustand von Naturhaushalt und Landschaft im Abschnitt 7 des Umweltberichtes leidet nach meinem Dafürhalten grundsätzlich daran, dass nicht – wie in allen einschlägigen Bewertungsmodellen vorgesehen – Produkte aus Fläche und Wertigkeit miteinander verglichen werden, sondern dort erscheinen ausschließlich Flächen. Insoweit bezeichnend ist die Aussage oben auf Seite 44, „der gesamte Kompensationsbedarf beträgt 10.859 m²“. Ich empfehle, die Bilanzierung darauf hin zu überarbeiten und dabei auch jeweils den Wertzuwachs durch die Nennung von Ausgangs- und Zielwert zu dokumentieren.</p> <p>Hinweis Kompensationsmaßnahme Die von mir grundsätzlich begrüßte externe Kompensation ist inzwischen sowohl formal als auch inhaltlich überarbeitet worden. Formal ist – wie bereits erwähnt – ein zusätzlicher „Geltungsbereich B“ eingeführt und darin eine „Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft“ festgesetzt worden. Dabei ergibt sich bereits die Frage, aus welchen Überlegungen heraus die Abgrenzung dieses „Geltungsbereiches B“ gewählt worden ist; eine naturschutzfachliche Rechtfertigung sehe ich jedenfalls</p> | <p>Der Hinweis wird zurückgewiesen An den Planfestsetzungen und der Begründung wird festgehalten.</p> <p>Der Anregung wird gefolgt. Zur besseren Darstellung der Eingriffsregelung wird der Umweltbericht im Abschnitt 7.1 überarbeitet.</p> <p>Der Hinweis wird beachtet. Die bisher geplante Kompensationsmaßnahme im Bereich des Schunterwehres (Geltungsbereich B) wird nicht weiter verfolgt, da die vorgeschlagenen Ersatzmaßnahmen in keinem naturschutzfachlich funktionalen Ableitungszusammenhang mit den konkreten Eingriffsfolgen stehen und keinen angemessenen Beitrag zu ihrer Bewältigung leisten.</p> <p>Innerhalb der Gemarkung Flechtorf steht nördlich des Baugebietes Gerstenbreite in Nähe zur Schunter eine gemeindeeigene Fläche zur Verfügung, auf der die er-</p> |

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzinhalte der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|------------------------|--|---|
| | | <p>nicht.</p> <p>Inhaltlich ist als Reaktion auf meinen vormaligen Planungsbeitrag eine andere Maßnahme gewählt worden, die nach dem Wortlaut der textlichen Festsetzung Nr. 6 im Bau einer Brücke bestehen soll, die auch zukünftig die Querung der Schunter für Fußgänger im Bereich des umzubauenden Wehres an der Grenze zwischen den Gemarkungen Beienrode und Flechtorf ermöglichen soll. Ich vermag nicht zu erkennen, wie durch diese Maßnahme eine Aufwertung für irgend eines der in Betracht kommenden Schutzgüter des Naturhaushaltes eintreten soll, und auch im Umweltbericht fehlt eine Berechnung, die einen Kompensationseffekt nachweist als Produkt aus zu erzielendem naturschutzfachlichem Wertzuwachs und der Fläche, auf der dieser Zuwachs eintritt. Vielmehr handelt es sich bei dieser Baumaßnahme im Gegenteil ihrerseits um einen Eingriff in den Naturhaushalt, der zudem den Fußgänger- und Radverkehr nicht nur ermöglicht, sondern geradezu ermuntert, und damit die eingetretene Inanspruchnahme des Landschaftsraumes verstetigt und verstärkt. Obendrein muss sogar als fraglich gelten, ob die Brücke an dem gedachten Standort innerhalb des vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebietes der Schunter überhaupt mit den Besonderen Schutzvorschriften aus § 78 Abs. 1 WHG vereinbar wäre. Bei der Umgestaltung des Wehres selbst handelt es sich um eine unabhängige, vom Unterhaltungsverband Schunter initiierte und vom Land Niedersachsen finanzierte Maßnahme, die deshalb nicht ohne Weiteres der hier in Rede stehenden Planung zugerechnet werden kann. Unter diesen Umständen bleiben nahezu drei Viertel des ermittelten Kompensationsbedarfes ungedeckt, und es ist auch keine Abwägung erkennbar, die dieses Kompensationsdefizit tragfähig rechtfertigen könnte.</p> <p>Hinweis</p> <p>Die im Abschnitt 6.3.1 des Umweltberichtes als Minimierungsmaßnahme genannte zeitliche Beschränkung der Bauarbeiten hat in der jetzt vorliegenden Entwurfsfassung des Bebauungsplanes ihren Niederschlag in der textlichen Festsetzung Nr. 5 gefunden. Die gewählte Formulierung, die die Geltung der zeitlichen Sperre von einer (nochmaligen) Überprüfung in der Örtlichkeit abhängig macht, birgt allerdings in besonderem Maße die Gefahr, dass Fehler unterlaufen.</p> <p>Nach alledem habe ich grundlegende Bedenken gegen die Auseinandersetzung mit den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege in der vorgesehenen Form.</p> | <p>forderlichen Kompensationsmaßnahmen durchgeführt werden. Es erfolgt eine Änderung der Planfestsetzung (Neuer Geltungsbereich B), der textlichen Festsetzungen 2.3 sowie der Begründung und des Umweltberichtes.</p> <p>Mit der Aufgabe der bisher geplanten, in der Planfassung nach § 3 (2) BauGB enthaltenen externen Kompensationsmaßnahme im Bereich des Schunterwehres (Geltungsbereich B) wird den Anregungen von einzelnen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange entsprochen. Nach Abstimmung mit dem Landkreis Helmstedt stellt diese „Verlagerung“ auf eine gemeindeeigene Fläche keine wesentliche Änderung der Planungsgrundzüge dar, die zu einer zusätzlichen Anstoßwirkung führen könnte. Eine erneute öffentliche Auslegung ist daher nicht erforderlich.</p> <p>Der Hinweis wird zurückgewiesen</p> <p>An den Planfestsetzungen wird festgehalten.</p> <p>Um baubedingte Tötungen von Individuen bzw. Zerstörungen oder Beschädigungen von besetzten Nestern ist eine konfliktvermeidende Bauzeitenregelung erforderlich. Potenzielle Fortpflanzungsstätten von bodenbrütenden Vögeln werden vor der Baufeldfreimachung auf Besatz geprüft. Die Kontrolluntersuchung sollte durch fachlich geschultes Personal durchgeführt werden. Im Fall eines nachgewiesenen Brutplatzes findet die Baufeldräumung grundsätzlich außerhalb der Brutzeit vom 15.03. bis 31.08 statt.</p> |

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzinhalte der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|------------------------|--|---|
| | | <p>Hinweis</p> <p>Zu der Schallbelastung, der das geplante Baugebiet von der K 38 her ausgesetzt ist, liegt ausweislich der Auslegungsbekanntmachung und der Fußnote auf Seite 10 des Umweltberichtes bereits ein schalltechnisches Gutachten vor, das allerdings nicht mit den übrigen Unterlagen übersandt worden ist und in der Entwurfsbegründung nur bruchstückhaft zitiert wird. Unter diesen Umständen ist mir eine Beurteilung in diesem Punkt leider nicht möglich mit der Folge, dass ich meine ursprünglichen Zweifel an der Gewährleistung gesunder Wohnverhältnisse nicht für erledigt erklären kann. Ich stelle anheim, mir dieses Gutachten noch nachträglich in geeigneter Weise zugänglich zu machen. Im Übrigen heißt es im Abschnitt 5.1.1 des Umweltberichtes immer noch, ein schalltechnisches Gutachten sei nicht erstellt worden; diese Aussage wäre zu korrigieren.</p> <p>Eine Übernahme von (Mehr-)Kosten, wie sie durch die in der textlichen Festsetzung Nr. 4 festgeschriebenen passiven Schallschutzmaßnahmen entstehen dürften, lehne ich nach wie vor ab.</p> <p>Hinweis</p> <p>Der Fortbestand des Anschlussverbotes aus § 24 Abs. 1 NStRG ist in der aktuellen Entwurfsfassung durch eine entsprechende Festsetzung auf der Grundlage des § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB sicher gestellt. Diese Festsetzung werde ich in allen meinen in Betracht kommenden Funktionen dahin gehend lesen, dass auch die Errichtung von Brücken oder Stegen oder eine Verrohrung des Grabens zu Gunsten von privaten Zugängen nicht zulässig sein sollen und folglich auch keine diesbezüglichen wasserrechtlichen Genehmigungen erteilt werden dürfen. Zu einem Verzicht auf die Bauverbotszone aus dem § 24 NStRG hatte ich mich bereits in der Vergangenheit bereit erklärt; dabei bleibt es auch jetzt. Die überbaubare Fläche ist dabei inzwischen im Hinblick auf den Schallschutz zurückgenommen worden.</p> <p>Hinweis</p> <p>Meine Planungsbeiträge zum Ausbau des Knotenpunktes Westerbergweg / Beienroder Straße und zum Querschnitt des Westerbergweges sind erledigt, nachdem dieser nicht mehr für die verkehrliche Erschließung herangezogen werden soll und auch eine entsprechendes Anschlussverbot für die Grundstücke am nördlichen Rand des Baugebietes festgesetzt wird.</p> <p>Hinweis</p> <p>Statt dessen stellt sich freilich die Frage nach einer Umgestaltung des Knoten-</p> | <p>Der Hinweis wird beachtet.</p> <p>Dem Landkreis wird das Schallgutachten zur Verfügung gestellt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Begründung wird ergänzt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird beachtet.</p> <p>Im Zuge der Ausbauplanung des Knotenpunktes K 38/Planstraße wird ein Fahr-</p> |

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzinhalte der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|------------------------|---|--|
| | | <p>punktes Beienroder Straße / Planstraße. Bei der Verkehrsbelastung, die im Abschnitt 5.1.1 des Umweltberichtes für die zukünftige Erschließungsstraße angenommen wird, und bei dem bekannten Verkehrsaufkommen auf der K 38 ist aus meiner Sicht derzeit weder eine Linksabbiegespur noch eine Abbiegehilfe im Zuge der Kreisstraße erforderlich. Da in dem fraglichen Bereich ein Geschwindigkeitsniveau bekannt ist, das das innerorts Zulässige übersteigt, halte ich jedoch im Hinblick auf den Zugang zum ÖPNV und die Schulwegsicherung eine fußläufige Anbindung des Gebietes an den bestehenden Geh- und Radweg an der Südseite der K 38 für erforderlich. Um einerseits ein sicheres Queren der Fahrbahn der Kreisstraße zu ermöglichen und andererseits baulich auf die Einhaltung der zulässigen Fahrgeschwindigkeit hinzuwirken, bietet sich – wie am südwestlichen Orteseingang der K 38 bereits ausgeführt – ein Fahrbahnteiler als Querungshilfe an. Im Hinblick darauf ist es sinnvoll, dass dieser Teil der Straßenverkehrsfläche in den Planbereich einbezogen ist.</p> <p>Über den Anschluss der Erschließungsstraße an die Kreisstraße und die damit einhergehende Umgestaltung der Fahrbahn, über die beschriebene Querungshilfe und über die Umgestaltung und Unterhaltung der Neben- und Entwässerungsanlagen wird vor Baubeginn zwischen der Gemeinde Lehre und dem Geschäftsbereich „Kreisstraßen, Geoinformationssystem und Abfalltechnik“ in meinem Hause eine straßenrechtliche Kreuzungsvereinbarung abzuschließen sein. Diese wird auf Grundlage des § 34 Abs. 1 NStRG die Kostentragung zu regeln haben, wobei die Kosten für alle Bau-, Änderungs- und Unterhaltungsmaßnahmen ausschließlich dem Baulastträger der neu entstehenden Erschließungsstraße als Verursacher aufzuerlegen sein werden.</p> <p>Hinweis Meine Empfehlung, die Ortstafel an der K 38 südostwärts zu versetzen, wird inzwischen im Abschnitt 4.5.3 der Entwurfsbegründung aufgegriffen. Ein entsprechender Antrag müsste von der Gemeinde ausgehen. In diesem Zusammenhang halte ich nach wie vor eine Vorabstimmung und eine örtliche Besichtigung für sinnvoll, wie ich sie bereits in der vorausgegangenen Stellungnahme empfohlen hatte. Parallel dazu wird auch die Grenze der Ortsdurchfahrt, die sich aktuell in km 4,147 befindet, um etwa 45 m nach Südosten zu versetzen sein, um die Einmündung der Planstraße in die Ortsdurchfahrt einzubeziehen. Hierdurch wird sich freilich die Fläche der Nebenanlagen in der Baulast der Gemeinde vergrößern.</p> | <p>bahnteiler mit Querungshilfe vorgesehen. Diese Querungshilfe wird auch Gegenstand einer straßenrechtlichen Kreuzungsvereinbarung sein, die vor Baubeginn zwischen und dem Landkreis Helmstedt (Geschäftsbereich „Kreisstraßen, Geoinformationssystem und Abfalltechnik“) und der Gemeinde Lehre abzuschließen ist. Die Einbeziehung dieser Teilfläche in den Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist nicht erforderlich.</p> <p>Der Hinweis wurde beachtet. Die Gemeinde Lehre hat bereits vor der öffentlichen Auslegung gem. § 3 (2) BauGB einen Antrag auf Versetzung der Ortstafel gestellt.</p> |

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzinhalte der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|------------------------|--|---|
| | | <p>Hinweis Die Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfes gemäß § 3 Abs. 2 BauGB hat nach der vorgelegten Bekanntmachung am 26.09.2013 und damit nach dem Inkraft-Treten der Änderungen durch das „Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung ...“ vom 11.06.2013 begonnen. Als maßgebliche Fassung der Baunutzungsverordnung ist deshalb auf dem Bebauungsplan die BauNVO'13 anzugeben. Die Rechtsgrundlage, die diese Angabe fordert, hatte ich bereits in der vorausgegangenen Stellungnahme genannt.</p> <p>Hinweis Zu archäologischen Fundstellen liegen mir gegenüber der vorausgegangenen Stellungnahme keine neuen Erkenntnisse vor. Sollten dennoch Funde auftreten, so würde dies Meldepflichten gegenüber dem Landkreis als Unterer Denkmalbehörde oder gegenüber der Gemeinde auslösen.</p> <p>Hinweis Auf die Tatsache, dass am westlichen, südwestlichen und nördlichen Rand des Plangebietes Gräben mit Gewässerstatus verlaufen und in deren Nachbarschaft folglich wasserrechtliche Nutzungsbeschränkungen bzw. Genehmigungsvorbehalte gelten, hatte ich bereits in der Vergangenheit hingewiesen. Im Westen und im Südwesten sind die überbaubaren Flächen inzwischen – wenn auch aus anderen Gründen – so bestimmt, dass die Standorte der Hauptgebäude einen hinreichenden Abstand zu den Gräben erhalten müssen. Im Norden ist das dagegen nicht der Fall; die Baugrenze müsste also so weit südwärts verschoben werden, dass ein 5 m tiefer Streifen zwischen Gewässer und Gebäuden frei bleibt. Nicht ausgeschlossen ist bisher die Errichtung von Nebenanlagen im Rahmen des § 23 Abs. 5 BauNVO im Nahbereich der Gräben. Wenn es dabei bleiben sollte, müssten diese Nebenanlagen unabhängig von einer eventuellen Baugenehmigungsfreiheit jeweils einem wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren unterzogen werden. Im Hinblick darauf dürfte eine nachrichtliche Übernahme auf der Grundlage des § 9 Abs. 6 BauGB hilfreich sein.</p> <p>Hinweis Zur Gewährleistung der Unterhaltung für den Graben am westlichen Rand des Plangebietes ist nunmehr eine „mit Geh- und Fahrrechten zu belastende Fläche“ zu Gunsten des Unterhaltungspflichtigen festgesetzt. Dem ist an sich zuzustimmen. Ich weise allerdings darauf hin, dass die davon betroffene Fläche bei der gewählten Darstellungsweise nicht mehr im Sinne des § 19 Abs. 3 Satz</p> | <p>Der Hinweis wird beachtet. Die Angaben zu den Rechtsgrundlagen werden und auf dem Bebauungsplan und in der Begründung aktualisiert.</p> <p>Der Hinweis wird beachtet.</p> <p>Der Hinweis wird beachtet. Es erfolgt eine nachrichtliche Übernahme zum wasserrechtlichen Genehmigungsverfahren auf der Grundlage des § 9 Abs. 6 BauGB</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> |

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TOB | Stellungnahme Kurzhalt der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|---|---|--|
| | | <p>1 BauNVO „im Bauland liegt“ und deshalb bei der Berechnung der zulässigen Grundfläche nicht mehr berücksichtigt werden darf. Um dies zu vermeiden, müssten das „Allgemeine Wohngebiet“ und die „zu belastende Fläche“ einander überlagert werden.</p> <p>Hinweis Der offenbar beabsichtigten Schmutzwasserbeseitigung über die Kläranlage Lehre hatte ich bereits in der Vergangenheit zugestimmt. Die Frage der Niederschlagswasserbeseitigung ist inzwischen dahin gehend beantwortet, dass eine Versickerungbodenbedingung nicht möglich ist und also eine gedrosselte Einleitung in einen Vorfluter – hier letztlich die Schunter – erfolgen muss. Der erforderlichen Drosselung soll das Regenrückhaltebecken im Nordwesten des Geländebereiches A dienen, zu dessen Gunsten eine entsprechende Festsetzung getroffen wird. Auf die in diesem Zusammenhang erforderliche wasserrechtliche Erlaubnis hatte ich bereits in meiner Stellungnahme vom Juni 2012 hingewiesen. Für das auf den öffentlichen Verkehrsflächen auftretende Niederschlagswasser soll erklärtermaßen entsprechend verfahren werden. Ob dies angesichts der üblichen Vorbelastung beispielsweise mit Betriebs- und Schmierstoffen und Reifenabrieb möglich ist, wird zu gegebener Zeit im Rahmen des wasserrechtlichen Erlaubnisverfahrens unter Anwendung des DWA-Merkblattes M 153 im Einzelfall zu prüfen sein.</p> <p>Hinweis Eine Kostenbelastung für die Gemeinde aus der Durchführung des Bebauungsplanes wird im Abschnitt 9. der Entwurfsbegründung nach wie vor verneint.</p> | <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen der Ausbauplanung wird das erforderliche wasserrechtliche Erlaubnisverfahren durchgeführt.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise werden im Zuge der Ausführungsplanung beachtet. Auf der Grundlage eines Erschließungsvertrages werden mit dem Wasserverband einvernehmliche Regelungen zur Herstellung und zum Ausbau der erforderlichen Baumaßnahmen getroffen.</p> |
| 2. | Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr | | |
| 3. 30.09.13 | Wasserverband Weddeler Lehr | <p>Hinweise Zur Aufstellung der Bauleitpläne sind folgende Punkte zu berücksichtigen: 1. Die Trinkwasserversorgung wird durch eine Erweiterung des bestehenden Trinkwasserortsnetzes gewährleistet. 2. Im Baugebiet ist eine Trennkanalisation vorzusehen. Der Schmutzwasserkanal muss eine Mindestgröße von DN 200 und der Niederschlagswasserkanal eine Mindestgröße von DN 300 aufweisen. 3. Es muss eine Regenrückhaltung vorgesehen werden, welche mindestens 6 % der Gesamtfläche des angeschlossenen Bereichs umfasst. 4. Am östlichen Rand des Bebauungsplans befindet sich derzeit ein Graben, der</p> | |

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TOB | Stellungnahme Kurzhalt der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|----------------------------|---|--|---|
| | | <p>vom WWL unterhalten werden muss. Derzeit wird die Grabenräumung über die Felder vollzogen. Nach Erstellung des Baugebiets ist die nicht mehr möglich, so dass es folgende Variante einer Ausführung gibt. Die angestrebte Variante sieht vor, dass längs des Graben eine 4,5 m breiter Streifen vorgesehen wird, der mit Schotter tragfähig ausgebaut wird, damit die Unterhaltung über diesen Weg durchgeführt werden kann. Dadurch werden die neuen anliegenden Grundstücke jedoch kleiner und an den Grundstücksgrenzen ist zwingend ein Zaun zwischen Schotterweg und Eigentümergrundstücken notwendig, dass der Schotterweg nicht durch die Eigentümer genutzt wird.</p> <p>Grundsätzlich keine Bedenken.</p> | |
| 4. 29.09.13 | Unterhaltungsverband Schunter | | |
| 5. | Zweckverband Großraum Braunschweig | | |
| 6. 15.10.13 02.08.12 | Landesamt für Bergbau-, Energie und Geologie | <p>Verweis auf die Stellungnahme vom 02.08.2012: Bedenken Die Planung liegt in einem Rohstoffsicherungsgebiet von überregionaler volkswirtschaftlicher Bedeutung für den Rohstoff Ölschiefer (3630 Ö/23, vgl. Anlage). Im Sinne einer langfristigen Rohstoffsicherung sollte die Ölschieferlagerstätte von Überplanungen freigehalten werden.</p> | <p>Die Bedenken werden zurückgewiesen Der Planbereich ist weder im Landes Raumordnungsprogramm noch im Regionalen Raumordnungsprogramm als Vorranggebiet für die Gewinnung von Bodenschätzen festgelegt. Insofern kann die Gemeinde im Rahmen ihrer Planungshoheit hier ein Baugebiet planen und entwickeln, ohne dass dies gegen die Ziele der Raumordnung verstoßen würde.</p> |
| 7. 15.10.13 | Landwirtschaftskammer Niedersachsen Bezirksstelle Braunschweig | <p>Hinweise Nachdem wir die Planunterlagen geprüft und Rücksprache mit der örtlichen Landwirtschaft gehalten haben, kommen wir zu dem Ergebnis, dass die aktuellen Planänderungen für die Landwirtschaft relevant sind. Es handelt sich um die Erschließung des Plangebietes, die Ausgestaltung der Schutzhecke und die Auswahl der externen Kompensationsflächen. Neu ist darüber hinaus die Festsetzung eines Regenrückhaltebeckens im Nordwesten des Plangebietes zur Aufnahme des Oberflächenwassers.</p> <p>Wir begrüßen, dass nun die verkehrliche Anbindung des neuen Baugebietes im Süden über die Beienroder Straße vorgesehen ist. Hierdurch wird der ursprünglich überplante Westerbergweg, der als Wirtschaftsweg von besonderer Bedeutung für den landwirtschaftlichen Verkehr ist, nicht mehr als Erschließungsweg für das Plangebiet beansprucht.</p> <p>Die innerhalb des Plangebietes entlang des östlichen Grenzverlaufes vorgesehene Schutzhecke besteht aus einer 7 m breiten Strauch-Baum-Hecke sowie einem 3 m breiten Krautsaum, der ackerseitig von Eichenspaltfähen in Ab-</p> | <p>Die Hinweise werden berücksichtigt.</p> |

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzhalt der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|--|--|---|
| | | ständen von ca. 20 m begrenzt werden soll. Zur Pflege des Krautsaums wird sich in den textlichen Festsetzungen nicht geäußert. Deshalb weisen wir darauf hin, dass die Unterhaltung des Krautsaums und der ackerseitigen und wegsseitigen Gehölze sicherzustellen ist, um unerwünschte Unkrautgesellschaften (z.B. Disteln) und Verbüschungen einzudämmen. Hierdurch kann vermieden werden, dass die angrenzenden Ackerflächen durch Samenflug (z.B. Distelsamen) belastet und durch herüberwachsende Äste beeinträchtigt werden. Die Durchlässigkeit des Westerbergswegs bleibt darüber hinaus für den landwirtschaftlichen Verkehr erhalten. | |
| | | Hinweis Für externe Kompensationsmaßnahmen werden Flurstücke mit einer Fläche von 1,1 ha einbezogen: Hier soll im Rahmen von Renaturierungsmaßnahmen des Schunter-Systems das vorhandene Wehr in Flechtortf beseitigt werden. Darüber hinaus ist der Bau einer Holzbrücke über die Schunter für Fußgänger geplant. Mit den Grundeigentümern und Bewirtschaftern der Flächen sind hinsichtlich der Landinanspruchnahme bzw. der Renaturierungsmaßnahmen unbedingt einvernehmliche Absprachen zu führen. Darüber hinaus ist dafür zu sorgen, dass die Durchlässigkeit der Schunter gewährleistet bleibt, um zusätzliche Vernässungen der umliegenden landwirtschaftlichen Nutzflächen zu verhindern. Die Aussagen in der 12. Flächennutzungsplanänderung zur externen Kompensation stehen im Widerspruch zu den Aussagen der o.g. Bebauungsplanung. Wir bitten um Klärung. Abschließend halten wir fest, dass zur Planung keine grundsätzlichen Bedenken bestehen. Unsere Anregungen und Hinweise bitten wir zu berücksichtigen. | Der Hinweis wird beachtet. Die bisher geplante Kompensationsmaßnahme im Bereich des Schunterwehres (Geltungsbereich B) wird nicht weiter verfolgt, da die vorgeschlagenen Ersatzmaßnahmen in keinem naturschutzfachlich funktionalen Ableitungszusammenhang mit den konkreten Eingriffsfolgen stehen und keinen angemessenen Beitrag zu ihrer Bewältigung leisten. Innerhalb der Gemarkung Flechtortf steht nördlich des Baugebietes Gerstenbreite in Nähe zur Schunter eine gemeindeeigene Fläche zur Verfügung, auf der die erforderlichen Kompensationsmaßnahmen durchgeführt werden. Es erfolgt eine Änderung der Planfestsetzung (Neuer Geltungsbereich B), der textlichen Festsetzungen 2.3 sowie der Begründung und des Umweltberichtes. Mit der Aufgabe der bisher geplanten, in der Planfassung nach § 3 (2) BauGB enthaltenen externen Kompensationsmaßnahme im Bereich des Schunterwehres (Geltungsbereich B) wird den Anregungen von einzelnen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange entsprochen. Nach Abstimmung mit dem Landkreis Helmstedt stellt diese 'Verlagerung' auf eine gemeindeeigene Fläche keine wesentliche Änderung der Planungsgrundzüge dar, die zu einer zusätzlichen Anstoßwirkung führen könnte. Eine erneute öffentliche Auslegung ist daher nicht erforderlich. |
| 8. | GLL Behörde für Geoinformation, Landentwicklung und Liegenschaften | | |
| 9. | Deutsche Bahn Services Immobilien GmbH | | |
| 10. 11.10.13 | Deutsche Telekom Netzproduktion | Keine Einwände Hinweise: Die Hinweise beziehen sich auf die Ausführungsplanung. | Die Hinweise werden bei der Ausführungsplanung beachtet. |

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzhalt der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|--|---|--|
| 11. 08.10.13 | Kabel Deutschland Hannover | Keine Einwände | |
| 12. 23.10.13 | E.ON Avacon | Hinweise Da durch die Umsetzung des Flächennutzungsplanes erhebliche Anlagenerweiterungen unsererseits nötig werden, bitten wir Sie, uns an den weiteren Planungen zu beteiligen. Ferner gehen wir davon aus, dass der Fortbestand der im ausgewiesenen Gebiet vorhandenen Netzanlagen gesichert ist. Beim bestimmen der externen Ausgleichsflächen ist zu beachten, dass sich auf den betroffenen Flurstücken keine Anlagen unseres Unternehmens befinden (Leitungsrechte) bzw. diese nicht negativ beeinflusst werden. Weitere Anregungen bzw. Bedenken sind aus unserer Sicht nicht vorzubringen. | Die Hinweise werden beachtet. |
| 13. | E.ON Netz | | |
| 14. | TenneT TSO Lehnre | | |
| 15. | Nds. Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz | | |
| 16. | Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig | | |
| 17. | Zentrale Polizeidirektion Kampfmittelbeseitigung | | |
| 18. | Flughafen Braunschweig-Wolfsburg | | |
| 19. 26.09.13 | Nds. Forstamt Wolfenbüttel | Keine Anregungen | |
| 20. 20.09.13 | Industrie- und Handelskammer Braunschweig | Hinweis: Im Zuge der Bebauungsplanung soll im Osten von Flechtortf nördlich der Beienroder Straße ein Wohngebiet ausgewiesen werden. In nordwestlicher Richtung befindet sich nördlich des Flechtortf Mühlengrabens der Mühlenbetrieb der Flechtortf Mühle Walter Thönebe GmbH, Sofern - wie auf Seite 12 der Planbeurteilung unter dem Punkt "Gewerbeemissionen" dargelegt - davon ausgegangen werden kann, dass die Wohngebietsausweisung für den Mühlenbetrieb | Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. |

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzhalt der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|--|--|----------|
| | | keinerlei Einschränkungen seiner betrieblichen Nutzungs- und Erweiterungs- möglichkeiten zur Folge hat, bestehen von unserer Seite gegen die o.g. Bebau- ungsplanung keine Bedenken. | |
| 21. 30.09.13 | Handwerkskammer Braun- schweig | Keine Bedenken | |
| 22. | Ev.-luth. Landeskirche Braunschweig | | |
| 23. | Agentur für Arbeit Braun- schweig | | |
| 24. | Finanzamt Helmstedt | | |
| 25. 08.10.13 | Polizeikommissariat Helm- stedt | Keine Bedenken | |
| 26. | Staatliches Baumanage- ment | | |
| 27. 25.09.13 | LGLN Katasteramt Helmstedt | Keine Bedenken | |
| 28. | Nds. Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr Hannover | | |
| 29. | Bundesanstalt für Immo- bilienaufgaben Hannover | | |
| 30. | Freiwillige Feuerwehr Lehre | | |
| 31. 07.10.13 | Örtlicher Zivilschutzleiter | Keine Bedenken | |

Interessensverbände

| | | | |
|------------------|---------------|----------------|--|
| IV 1 09.08.12 | Nds. Landvolk | Keine Bedenken | |
|------------------|---------------|----------------|--|

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzhalt der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|--|---|---|
| IV 2 24.10.13 | Feldmarkinteressentschaft Flechtorf | Hinweis Es besteht die Möglichkeit, dass Drainageleitungen von anliegenden landwirt- schaftlichen Flächen durch das geplante Baugebiet verlaufen, die im Entwässer- ungsgraben an der Beienroder Straße enden würden. Eine Überprüfung hierzu wäre erforderlich. | Der Hinweis wird beachtet. Im Zuge der Ausbauplanung und deren Durchführung wird das Plangebiet auf durchlaufende Drainageleitungen untersucht. |
| 01.09.13 | Feldmarkinteressenten- schaft Beienrode | Bedenken Als Kompensationsmaßnahme ist u.a. eine Querung der Schunter im Bereich des jetzt noch vorhandenen Schunterwehres geplant. Das Schunterwehr wird hier als Verbindungsfunktion dargestellt, war aber immer durch Betretungsver- bot gesperrt. Wenn Personen das Wehr als Überweg benutzen, taten sie das auf eigene Gefahr und nutzten die anschließenden Wege ohne Erlaubnis der Eigentümer. Wenn nun die Gemeinde Lehre einen offiziellen Übergang von 2,5 m Breite für Fußgänger und Radfahrer schaffen will, müssen die anschließenden Wege auch dementsprechend ausgebaut sein und sich immer im verkehrssicheren Zustand befinden. Außerdem ist die Schuntermiederung in diesem Bereich Landschaftsschutzgebiet und keineswegs Naherholungsgebiet. Hier befinden sich Rückzugsgebiete für Wasser-, und Wiesenvögel, die durch die schon jetzt auftretenden Störungen durch Hundebesitzer, die ihre Hunde oft ohne Leine frei laufen lassen, im Bestand zurück gehen. Die Feldmarkinteressentschaft Beienrode hat in ihrer Verbandsversammlung einen Überweg über die Schunter in diesem Gebiet abgelehnt, und gibt vor- sorglich zu Protokoll, auch weiterhin an diesem Beschluss festzuhalten, denn die Verkehrs- und Versicherungsrechtlichen Probleme der Zuwegung bleiben bei der FIB hängen. Das Argument der Naherholungsfunktion der Schunteraue kann auch auf dem vorhandenen Rundweg über den Mühlengraben auf Flechtorfer Gebiet erlebt werden. Die FIB hätte eine Vorrabsprache in dieser Angelegenheit erwartet, bittet aber in Zukunft an dem Anhörungsverfahren beteiligt zu werden. | Die Bedenken werden berücksichtigt. Die bisher geplante Kompensationsmaßnahme im Bereich des Schunterwehres (Geltungsbereich B) wird nicht weiter verfolgt, da die vorgeschlagenen Ersatzmaß- nahmen in keinem naturschutzfachlich funktionalen Ableitungszusammenhang mit den konkreten Eingriffsfolgen stehen und keinen angemessenen Beitrag zu ihrer Bewältigung leisten. Innerhalb der Gemarkung Flechtorf steht nördlich des Baugebietes Gerstenbreite in Nähe zur Schunter eine gemeindeeigene Fläche zur Verfügung, auf der die er- forderlichen Kompensationsmaßnahmen durchgeführt werden. Es erfolgt eine Änderung der Planfestsetzung (Neuer Geltungsbereich B), der textlichen Festset- zungen 2.3 sowie der Begründung und des Umweltberichtes. Mit der Aufgabe der bisher geplanten, in der Planfassung nach § 3 (2) BauGB enthaltenen externen Kompensationsmaßnahme im Bereich des Schunterwehres (Geltungsbereich B) wird den Anregungen von einzelnen Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange entsprochen. Nach Abstimmung mit dem Landkreis Helmstedt stellt diese `Verlagerung` auf eine gemeindeeigene Fläche keine wesent- liche Änderung der Planungsgrundzüge dar, die zu einer zusätzlichen Anstoßwir- kung führen könnte. Eine erneute öffentliche Auslegung ist daher nicht erforderlich. |

Nachbargemeinden

| | | | |
|------|--------------------|--|--|
| N 1. | Stadt Braunschweig | | |
|------|--------------------|--|--|

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzhalt der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|---------------------------|--|----------|
| N 2. | Stadt Wolfsburg | | |
| N 3. | Gemeinde Cremlingen | | |
| N 4. | Samtgemeinde Papenteich | | |
| N 5. | Stadt Königslutter am Elm | | |
| N 6. | Samtgemeinde Isenbüttel | | |

Anerkannte Naturschutzverbände

| | | | |
|------|--|--|--|
| AN 1 | Aktion Fischotterschutz, Hankensbüttel | | |
| AN 2 | Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) | | |
| AN 3 | Landesjägerschaft Niedersachsen e.V. (LJN), Jägerschaft Helmstedt e.V. | | |
| AN 4 | NABU Niedersachsen | | |
| AN 5 | Niedersächsischer Heimatbund e.V. | | |
| AN 6 | LV Niedersachsen Deutscher Gebirgs- und Wandervereine e.V. | | |
| AN 7 | Schutzgemeinschaft Deutscher Wald | | |
| AN 8 | Verein Deutsche Naturschutzparke e.V. | | |
| AN 9 | Biologische Schutzgemeinschaft, Hunte-Weser-Ems | | |

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“

| Lfd. Nr. Datum | Behörden, sonstige TÖB | Stellungnahme Kurzhalt der Anregungen /Hinweise | Abwägung |
|-------------------|--|--|----------|
| AN10 | Landesverband Bürgerinitiativen, Umweltschutz Niedersachsen e.V. | | |
| AN11 | Landessportfischerverband Niedersachsen | | |
| AN12 | NaturFreunde Deutschlands | | |
| AN13 | Glatzer Gebirgs-Verein | | |
| AN14 | Touristenverein – Die Naturfreunde | | |

Private Stellungnahmen

| | | | |
|------------------|---------------------------------------|---|--|
| P 1. 19.11.13 | Gerhard Bachmann Beienroder Str. 6 | <p>Bedenken Schreiben an den Landkreis Helmstedt: Der Landkreis Helmstedt schreibt in seiner Stellungnahme vom 31.07.2013: <i>Die Tatsache alleine, dass beiderseits der K 38 eine Wohnbebauung vorhanden ist, die ihrerseits einer vergleichbaren Belastung ausgesetzt ist, rechtfertigt diese Annahme nicht; vielmehr muss plausibel gemacht werden, dass die festsetzungsgemäß zulässige Bebauung unter Berücksichtigung der heute einschlägigen Regelwerke gesunde Wohnverhältnisse bieten wird.</i> Es werden für die Flechtorfer „Neubürger“ also gesunde Wohnverhältnisse reklamiert, während sich diese für die Flechtorfer „Altbürger“ verschlechtern. Empfinden Sie diese Entwicklung für richtig? Vielleicht können Sie mir Ihre diesbezüglichen Ansichten mitteilen.</p> | <p>Die Bedenken werden zurückgewiesen Die zitierte Stellungnahme des LK HE wurde zum „ersten“ Bauleitplanverfahren nach § 4 (1) BauGB abgegeben. In der zwischenzeitlich überarbeiteten Planfassung wurde auf der Grundlage eines schalltechnischen Gutachtens der Nachweis erbracht, dass die Berücksichtigung von gesunden Wohnverhältnissen für das Neubaugebiet sichergestellt wird. Eine Verschlechterung der gesunden Wohnverhältnisse für die Flechtorfer „Altbürger“ ist nicht nachvollziehbar. Vielmehr ist mit der bereits beantragten Verlegung der Ortsstraße nach Osten und dem geplanten Ausbau der Beienroder Straße mit einem Fahrstreifen als Querungshilfe für Fußgänger und Radfahrer eine Reduzierung Durchfahrtsgeräuschminderung verbunden, die zur Einschränkung der Strassenverkehrsgeräusche und somit auch zur Verbesserung der gesunden Wohnverhältnisse für die Flechtorfer „Altbürger“ beiträgt.</p> |
|------------------|---------------------------------------|---|--|

Schütz Büro für Stadtplanung Braunschweig

ANLAGE I ZUR BEGRÜNDUNG

UMWELTBERICHT

ZUM BEBAUUNGSPLAN „VORDERER WESTERBERG“



erstellt im Auftrag der
GEMEINDE LEHRE

Bearbeitung: Dipl. Ing. Jean-Marie Schmerber – Landschaftsarchitekt BDLA
Holzmarkt 9
38 300 Wolfenbüttel
Telefon (05331) 94 64 24 E-Mail j-m.schmerber@t-online.de

Stand: MÄRZ 2014

INHALTSVERZEICHNIS

| | | |
|-----------|--|-----------|
| 1 | EINLEITUNG | 1 |
| 1.1 | Beurteilung gem. § 5 UVP | 1 |
| 2 | BESCHREIBUNG DER PLANUNG, DER GESETZLICHEN FESTSETZUNGEN UND DES STANDORTES | 2 |
| 2.1 | Lage und Abgrenzung des Planvorhabens | 2 |
| 2.2 | Kurzdarstellung des Planinhalts | 2 |
| 2.3 | Naturraum | 2 |
| 2.4 | Landschaftsbeschreibung - Vorhandener Bestand und Nutzung | 3 |
| 2.5 | Geländemorphologie | 3 |
| 2.6 | Schutzstatus | 3 |
| 2.6.1 | Schutzausweisungen | 3 |
| 2.6.2 | Benachbarte Schutzausweisungen | 3 |
| 2.6.3 | Weitere schutzwürdige Bereiche | 4 |
| 2.7 | Beurteilung gemäß § 34 BNatSchG – Prognose | 4 |
| 2.7.1 | Einschätzung der Auswirkungen auf das FFH-Gebiet, das Europäische Vogelschutzgebiet und auf die Kohärenz des Netzes „Natura 2000“ (Vorprüfung) | 6 |
| 2.8 | Entwicklungsziele des Naturschutzes | 6 |
| 2.8.1 | Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) | 6 |
| 2.8.2 | Bundesimmissionsschutzgesetz | 7 |
| 2.8.3 | Regionales Raumordnungsprogramm 2008 für den Großraum Braunschweig | 7 |
| 2.8.4 | Forstlicher Rahmenplan des Großraumes Braunschweig | 7 |
| 2.8.5 | Bodenschutz | 7 |
| 2.8.6 | Wasserschutz | 7 |
| 2.8.7 | Planungsvorgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege | 8 |
| 2.8.7.1 | Landschaftsrahmenplan Helmstedt | 8 |
| 2.8.7.2 | Landschaftsplan Gemeinde Lehre | 8 |
| 2.8.8 | Planungsvorgaben der Bauleitplanung | 9 |
| 2.8.8.1 | Flächennutzungsplan | 9 |
| 3 | LANDSCHAFTSDIAGNOSE - ERFASSUNG UND BEWERTUNG DER SCHUTZGÜTER | 10 |
| 3.1 | Angewandte Untersuchungsmethoden | 10 |
| 3.2 | Erfassung und Beschreibung der Schutzgüter | 10 |
| 3.2.1 | Schutzgut Mensch | 10 |
| 3.2.1.1 | Straßenverkehrslärm | 10 |
| 3.2.1.2 | Gewerbelärm | 11 |
| 3.2.2 | Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften | 12 |
| 3.2.2.1 | Heutige potentiell natürliche Vegetation (PNV) | 12 |
| 3.2.2.2 | Flora - vorkommende geschützte Arten | 13 |
| 3.2.2.3 | Flora - Biotoptypen | 13 |
| 3.2.2.3.1 | Innerhalb des Plangebietes vorkommende Biotope | 13 |
| 3.2.2.3.2 | An den Geltungsbereich des Bebauungsplanes angrenzende Biotope | 14 |
| 3.2.2.3.3 | Innerhalb der Eingriffsfläche vorkommende Tierarten | 16 |
| 3.2.2.3.4 | An den Geltungsbereich des Bebauungsplanes angrenzend lebende Tierarten | 18 |
| 3.2.3 | Schutzgut Boden | 21 |
| 3.2.3.1 | Naturräumliche Gegebenheiten | 21 |

| | | |
|-----------|--|-----------|
| 3.2.4 | Schutzgut Wasser | 22 |
| 3.2.4.1 | Schutzgut Grundwasser | 22 |
| 3.2.4.2 | Schutzgut Oberflächengewässer | 22 |
| 3.2.5 | Schutzgut Klima/Luft | 23 |
| 3.2.6 | Schutzgut Landschaftsbild und Landschaftserleben (Erholung) | 23 |
| 3.2.6.1 | Orts- und Landschaftsbild | 23 |
| 3.2.6.2 | Erholung | 24 |
| 3.2.7 | Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter | 25 |
| 3.2.8 | Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern | 25 |
| 4 | BESCHREIBUNG DER ZU ERWARTENDEN ERHEBLICHEN NACHTEILIGEN AUSWIRKUNGEN | 26 |
| 4.1 | Beschreibung der Wirkfaktoren | 26 |
| 4.1.1 | Baubedingte Wirkfaktoren | 26 |
| 4.1.2 | Anlagebedingte Wirkfaktoren | 27 |
| 4.1.3 | Betriebsbedingte Wirkfaktoren | 27 |
| 5 | BEWERTUNG DER ZU ERWARTENDEN NACHTEILIGEN AUSWIRKUNGEN DURCH DIE PLANUNGSMAßNAHMEN | 28 |
| 5.1 | Schutzgut Mensch | 28 |
| 5.1.1 | Verkehrslärm | 28 |
| 5.2 | Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften | 29 |
| 5.2.1 | Biotoptypen/Flora | 29 |
| 5.2.2 | Fauna | 30 |
| 5.2.2.1 | Artenschutzrechtliche Prüfung | 30 |
| 5.2.2.2 | Brutvogelarten | 31 |
| 5.2.2.3 | Fledermäuse | 32 |
| 5.2.2.4 | Fischotter | 34 |
| 5.2.2.4.1 | Bewertung der Beeinträchtigungen der Brutvögel und Nahrungsgäste im Rahmen der Eingriffsregelung | 35 |
| 5.3 | Schutzgut Boden | 37 |
| 5.4 | Schutzgut Wasser | 38 |
| 5.4.1 | Grundwasser | 38 |
| 5.4.2 | Oberflächengewässer | 39 |
| 5.5 | Schutzgut Klima und Luft | 40 |
| 5.6 | Schutzgut Landschaftsbild und Landschaftserleben (Erholung) | 41 |
| 5.7 | Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter | 41 |
| 5.8 | Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern | 41 |
| 6 | BESCHREIBUNG DER UMWELTRELEVANTEN MASSNAHMEN | 43 |
| 6.1 | Zulässigkeit des Eingriffs | 43 |
| 6.2 | Grünordnerisches Ziel- und Maßnahmenkonzept | 43 |
| 6.3 | Erläuterungen der festzusetzenden Maßnahmen | 43 |
| 6.4 | Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen | 44 |
| 6.4.1 | Vermeidungsmaßnahmen | 45 |
| 6.4.2 | Minimierungsmaßnahmen | 49 |
| 6.4.2.1 | Maßnahmen im öffentlichen Raum | 49 |
| 6.4.2.2 | Maßnahmen im privaten Raum | 50 |

| | | |
|-----------|--|-----------|
| 7 | NATURSCHUTZFACHLICHE BEWERTUNG UND KOMPENSATIONSERMITTLUNG DER BEEINTRÄCHTIGUNGEN AUF DEN NATURHAUSHALT UND DAS LANDSCHAFTSBILD | 52 |
| 7.1 | Eingriffsregelung | 52 |
| 7.1.1 | Kompensationsmaßnahmen | 52 |
| 7.1.2 | Beeinträchtigung des Schutzgutes „Arten- und Lebensgemeinschaften“ | 52 |
| 7.1.3 | Beeinträchtigung des Schutzgutes „Boden“ | 53 |
| 7.1.4 | Beeinträchtigung des Schutzgutes „Wasser“ | 54 |
| 7.1.4.1 | Grundwasser | 54 |
| 7.1.4.2 | Oberflächengewässer | 54 |
| 7.1.5 | Beeinträchtigung anderer Schutzgüter | 54 |
| 7.1.6 | Zusammenfassung der erheblichen Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter | 54 |
| 7.1.7 | Gesamtkompensationsbedarf | 55 |
| 7.1.8 | Maßnahmen zur Kompensation verbleibender erheblicher Beeinträchtigungen | 55 |
| 7.2 | Alternativlösungen und Berücksichtigung der Umweltauswirkungen in der Abwägungsentscheidung | 57 |
| 7.2.1 | Darstellung der räumlichen Alternativen und Begründung zur Auswahl | 58 |
| 7.2.2 | Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung | 58 |
| 7.2.3 | Entwicklung des Umweltzustandes ohne Umsetzung der Planung | 59 |
| 7.2.4 | Abwägungsentscheidung | 59 |
| 8 | ZUSÄTZLICHE ANGABEN IM UMWELTBERICHT | 60 |
| 8.1 | Methodik | 60 |
| 8.2 | Darstellung der Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben sowie der Kenntnislücken | 60 |
| 8.3 | Überwachungsmaßnahmen (Monitoring) | 61 |
| 9 | ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG DES UMWELTBERICHTES | 62 |
| 9.1 | Beschreibung des Vorhabens | 62 |
| 9.2 | Beschreibung der Umwelt | 62 |
| 9.3 | Auswirkung auf die Umwelt | 63 |
| 9.3.1 | Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen | 63 |
| 9.3.2 | Maßnahmen zur Verminderung von Beeinträchtigungen | 63 |
| 9.3.3 | Maßnahmen zur Kompensation verbleibender erheblicher Beeinträchtigungen | 64 |
| 9.3.4 | Zusammenfassung | 64 |
| 9.4 | Alternativlösungen | 64 |
| 10 | Anhang I Tabelle Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“ | 67 |
| 11 | Anhang II Biotoptypenkarte | 68 |
| 12 | Anhang III Artenliste für grünordnerische Festsetzungen | 69 |
| 13 | Anhang IV Pflanzanordnung der Strauch-Baumhecke, Pflanzliste | 70 |
| 14 | Anhang V Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalls im Rahmen einer FFH-Verträglichkeitsprüfung | 73 |
| 15 | Anhang VI Beschreibung der Erhaltungsziele der Natura 2000-Gebiete | 79 |

1 EINLEITUNG

Die Gemeinde Lehre beabsichtigt mit dem Bebauungsplanverfahren „Vorderer Westerberg“ die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Bebauung neuer Bauflächen im Osten der Ortslage Flechtorf zu schaffen.

Bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen hat die Gemeinde für die Belange des Umweltschutzes nach §§ 1 Abs. 6 Nr. 7, 2 und 2a Baugesetzbuch (BauGB) eine Umweltprüfung durchzuführen. Die im Rahmen der Umweltprüfung ermittelten, bewerteten und beschriebenen voraussichtlichen Umweltauswirkungen der Planung werden im Umweltbericht dargelegt.

1.1 Beurteilung gem. § 5 UVPG

Gemäß § 3c UVPG ist bei Beginn des Verfahrens, das der Entscheidung über die Zulässigkeit eines Vorhabens dient, festzustellen, ob für das Verfahren eine allgemeine Vorprüfung der Umweltverträglichkeit durchzuführen ist. Diese Vorprüfung wird dann erforderlich, wenn ein Bebauungsplan die Voraussetzungen der Nr. 18.7.2 und 18.8 (Städtebauprojekte mit einer zulässigen Grundfläche i. S. d. § 19(2) BauNVO zwischen 20.000 und 100.000 qm) der Anlage 1 zum UVPG erfüllt.

Der Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“ der Gemeinde Lehre stellt folgende zulässige überbaubare Grundflächen zur Verfügung:

| Baugebietsfläche Nettobauland | Grundflächenzahl (mit 50 % zulässiger Überschreitung) | Maximal bebaubare Grundfläche |
|----------------------------------|--|-------------------------------|
| 22.436 qm | 0,3 (0,45) | 10.096 qm |

Gemäß Anlage 1 Nr. 18.7.2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) erreicht das Vorhaben nicht die Prüfwerte für Größe und Leistungen zur Durchführung einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3c UVPG.

2 BESCHREIBUNG DER PLANUNG, DER GESETZLICHEN FESTSETZUNGEN UND DES STANDORTES

2.1 Lage und Abgrenzung des Planvorhabens

Der geplante Standort der Bebauung gehört zum Ortsteil Flechtorf im Nordosten der Gemeinde Lehre und befindet sich östlich der besiedelten Ortslage im Außenbereich.

Das Gebiet z. Z. aus Pferdeweiden bestehend wird

- im Norden durch einen landwirtschaftlichen Weg, der Westerberg Weg,
- im Westen eine Einfamilienhausbebauung,
- im Osten durch landwirtschaftliche Flächen, die sich auf einem nach Osten ansteigenden Hang befinden,
- im Süden Kreisstraße K 38 nach Beienrode.

Über die Verkehrsstraßen hinaus grenzt das Gebiet:

- im Norden an Acker- und Wiesenflächen der Schunterniederung,
- im Süden an eine Wohnsiedlung der 70er Jahre mit dem südlich anschließenden Beienroder Holz.

2.2 Kurzdarstellung des Planinhalts

Die Planung trägt die Nachfrage nach Wohnbebauung. Eine 30.020 qm große Weidefläche wird überplant und ein Allgemeines Wohngebiet (WA) festgesetzt.

Die Erschließung des Baugebietes erfolgt durch die südlich gelegene Kreisstraße K 38.

Auf die Umwelt sind dabei insbesondere durch die folgende Festsetzung Auswirkungen möglich:

- durch die geplante Nutzung (WA – allgemeines Wohngebiet) bei einer festgesetzten Grundflächenzahl (GRZ) von 0,3 mit einer Überschreitung von 50 % wird eine Fläche von 10.096 qm als überbaubare Grundfläche und
- durch befestigte Straßenverkehrsflächen wird eine Fläche von ca. 3.030 qm in Anspruch genommen.

Die geplante Bebauung und Bodenversiegelung können insbesondere auf die Schutzgüter Menschen, Pflanzen und Tiere, Boden, Wasser und Landschaftsbild erhebliche Auswirkungen hervorrufen.

2.3 Naturraum

Der Standort der Wohnbebauung ist der naturräumlichen Region „Börde“ mit der Haupteinheit „ostbraunschweigische Hügelland“ und der Untereinheit Schuntertal zuzuordnen.

Der Naturraum der Gemeinde wird durch zwei Landschaftseinheiten gekennzeichnet:

- das Lehrer Lehmplatten- und Hügelland,
- die Schunterniederung und Nebenbäche,

eine mit einer Vielzahl von Landnutzungen und guter Ausstattung mit gliedernden Elementen geprägte schwach hügelige Landschaft mit größeren Waldkomplexen und geglie-

derter Feldflur, durchzogen in Südwest-Nordost Richtung von der Schunterniederung mit vielfältiger Auenstruktur.

2.4 Landschaftsbeschreibung - Vorhandener Bestand und Nutzung

An der östlichen Grenze, einer relativ ungestörten Lage im dörflichen Randbereich des Ortsteils Flechtorf liegend, ist die Landschaft wesentlich durch die deutlich wahrnehmbaren Terrassenhänge der Schunter, die im Norden weit sichtbar stehende Flechtorfer Mühle mit der umgebenden Einfamilienhausbebauung geprägt. Dazwischen liegen die landschaftlich gut strukturierten Grünländereien der Niederungsbereiche im Nordosten sowie die nahe gelegenen Laubwaldbestände des Beienroder Holzes im Süden.

2.5 Geländemorphologie

Das Plangebiet liegt am Fuß der Schunterterrasse, die in diesem Bereich eine in westlicher Richtung eine Kuppe bildet. Vom tiefsten Punkt im Westen am Entwässerungsgraben steigt das Gelände von durchschnittlich 81,0 m ü. NN erst allmählich dann etwas steiler mit einem Steigungsgrad von ca. 6,2 % in östlichen Richtung auf 93,00 m ü. NN an. Von der K 38 am südöstlichen Geltungsbereich steigt das Gelände mit einer sanfteren Hangneigung von ca. 4,5 % nach Norden an.

2.6 Schutzstatus

2.6.1 Schutzausweisungen

Schutzausweisungen gemäß §§ 22-30 BNatSchG sowie bezüglich des Denkmalschutzes liegen im Geltungsbereich des B-Planes nicht vor.

2.6.2 Benachbarte Schutzausweisungen

In unmittelbarer Nähe des Standorts in einem naturräumlich funktionalen Zusammenhang befinden sich (siehe nachstehende Karte) folgende größere geschützte Gebiete:

in 30 m Entfernung

südlich ein ausgewiesenes Landschaftsschutzgebiet „Beienroder Holz“ HE 1

in 50 m Entfernung

südöstlich Gebietsvorschlag n° 102 zur abschließenden Umsetzung der FFH-RL der EU (92/93/EWG) - FFH-Gebiet DE 3630-302 „Beienroder Holz“

sowie mit den gleichen Abgrenzungen

das gemeldete EU-Vogelschutzgebiet SPA 3630-401 „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“ gemäß EU-Vogelschutzrichtlinie (79/409/EWG).

in 90 m Entfernung

nördlich ein ausgewiesenes Landschaftsschutzgebiet „Schuntertal“ HE 20

in 1,7 km Entfernung

nördlich Gebietsvorschlag n° 101 zur abschließenden Umsetzung der FFH-Richtlinie der EU (92/93/EWG) - FFH-Gebiet DE 3629-301

„Eichen-Hainbuchenwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“

sowie mit den gleichen Abgrenzungen

das gemeldete EU-Vogelschutzgebiet SPA 3630-401 „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“ gemäß EU-Vogelschutzrichtlinie (79/409/EWG).

2.6.3 Weitere schutzwürdige Bereiche

Im Umfeld des Plangebietes gehört das Beienroder Holz zu einem für die Fauna (Säuger und Käfer) und die Brutvögel (Vogelschutzgebiet) wertvollen Bereich.

2.7 Beurteilung gemäß § 34 BNatSchG – Prognose

Gemäß § 34 BNatSchG ist bei Beginn des Verfahrens, das der Entscheidung über die Zulässigkeit eines Vorhabens dient, festzustellen, ob für das Verfahren eine allgemeine Vorprüfung der Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Gebietes von gemeinschaftlicher Bedeutung oder eines Europäischen Vogelschutzgebietes durchzuführen ist.

Nach Art. 6 Abs. 3 Satz 1 FFH-RL sind Pläne oder Projekte einer Prüfung zu unterziehen, wenn sie FFH-Gebiete einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Plänen oder Projekten erheblich beeinträchtigen können.

Es handelt sich dabei um die im räumlichen Zusammenhang stehenden folgenden Gebiete:

- FFH-Gebiet DE 3630-302 – „Beienroder Holz“, bestehend überwiegend aus feuchten Eichen-Hainbuchen-Wäldern sowie diversen Mischwäldern aus Buche, Eiche, Edellaubholz sowie standortfremden Nadelbäumen auf wechselfeuchten, tonigen Standorten. Prioritäre Lebensraumtypen gem. Anhang I der FFH-Richtlinie kommen nicht vor. Lebensraumtypen von gemeinschaftlicher Bedeutung sind Pfeifengraswiesen (LRT 6410), Hainsimsen-Buchenwald (LRT 9110) und feuchter Eichen-Hainbuchenwald (9160). Das Gebiet wurde vorrangig gewählt, da sich in alten Munitionsbunkern Quartiere verschiedener Fledermäuse und insbesondere der innerhalb Niedersachsens seltenen Mopsfledermaus (*Barbastella barbastellus*) befinden. Weitere Arten des Anhangs II der FFH-Richtlinie sind der Kammmolch (*Triturus cristatus*) und der Eremit (*Osmoderma eremita*)

sowie am Rand eines Korridors zwischen dem oben genannten Gebiet mit dem

- FFH-Gebiet DE 3629-301 – „Eichen-Hainbuchenwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“, (Siehe Anhang VI) ein vielfältig strukturiertes naturnahes Waldgebiet bestehend aus Eichen-Hainbuchenwäldern mit hohem Altholzanteil auf frischen bis feuchten, mäßig basenreichen Standorten, durchzogen von mäandrierenden, im Sommer vielfach trocken fallenden Bächen. Übergänge zu Buchen-Mischwald, stellenweise Flattergras-Buchenwald, kleinflächig sumpfiger Erlen-Eschenwald sowie gut ausgebildeter Erlen-Bruchwald, kleinflächig artenreiche Pfeifengraswiesen, mesophiles Grünland, Waldsimsen- und Schlankseggenried. Das Gebiet wurde aufgrund seiner repräsentativen Eichen-Hainbuchen- und Buchen-Mischwälder sowie Vorkommen von feuchten Waldwiesen und landesweit seltenen Pfeifengras-Wiesen gewählt. Prioritäre Lebensraumtypen gem. Anhang I der FFH-Richtlinie kommen nicht vor. Lebensraumtypen von gemeinschaftlicher

Bedeutung sind Pfeifengraswiesen (LRT 6410), Feuchte Hochstaudenfluren der planaren und montanen bis alpinen Stufe (LRT 6430), Magere Flachland-Mähwiesen (LRT 6510), Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130), Eichen-Hainbuchenwald (9160), Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior* (LRT 91E0). Art des Anhangs II der FFH-Richtlinie ist der Kammmolch (*Triturus cristatus*).

- Das EU-Vogelschutzgebiet, SPA 3630-401 – „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“, bei dem die FFH - Gebietsvorschläge 101 und 102 einen Anteil von 60 % am Gesamtanteil besitzen. Dieses Gebiet als Verbund unterschiedlich großer, naturnaher Waldgebiete, überwiegend geprägt von Laubholzarten mit hohem Anteil an Altholzbeständen, wurde wegen seiner bedeutenden Vorkommen von Greifvogel- und Spechtarten insbesondere wegen der herausragenden Siedlungsdichte und Bestandsgröße des Mittelspechtes (ca. 440 Brutpaare) gewählt. Wertbestimmende Vogelbestände zur Auswahl dieses Gebietes nach Art. 4 der EU-Vogelschutzrichtlinie sind Rotmilan (*Milvus milvus*), Grauspecht (*Picus canus*), Schwarzspecht (*Drycopus martius*), Mittelspecht (*Dendrocopos medius*). Darüber hinaus wurden die für die Gebietsauswahl nicht ausschlaggebenden Arten des Anhangs I Wespenbussard (*Pernis apivorus*), Eisvogel (*Alcedo atthis*), Neuntöter (*Lanius collurio*) sowie die Zugvögel gem. Art. 4 Abs. 2 EU-Vogelschutzrichtlinie: Baumfalke (*Falco subbuteo*), Wendehals (*Jynx torquilla*), Nachtigall (*Luscinia megarhynchos*), Pirol (*Oriolus oriolus*) im Gebiet regelmäßig nachgewiesen (Siehe Anhang VII).

Im Rahmen der Planaufstellung wurde am Anfang des Verfahrens im Zusammenhang mit dem Screening (Eingangsbeurteilung) die Ermittlung der Prüfbedürftigkeit (Prüfpflichtigkeit) des Bauvorhabens durchgeführt.

„Das Screening hat die Aufgabe vorzuklären, ob ein Vorhaben im Einzelfall erhebliche (nachteilige) Umweltauswirkungen haben kann. Ob eine Erheblichkeit vorliegt, ist anhand der Anlage 2 UVPG zu entscheiden. Im Einzelnen kommt es auf die Merkmale des Vorhabens (Nr. 1), des Standortes (Nr. 2) sowie der möglichen Umweltauswirkungen (Nr. 3) an.“

Charakteristisch für das Screening ist der Möglichkeitsmaßstab. Es genügt, dass einschlägige Umweltauswirkungen hervorgerufen werden können. Eine überschlägige Prüfung genügt allerdings nur, wenn entweder die UVP-Pflichtigkeit des Vorhabens bejaht wird oder wenn offensichtlich es ausgeschlossen werden kann, dass nachteilige Auswirkungen durch das Vorhaben ausgelöst werden können. Das Screening vermag ein Vorhaben nur in evidenten Fällen seiner Nicht-Relevanz von der UVP freizustellen.¹

In Bezug auf die Prüfschwelle der Vorprüfung der FFH-Verträglichkeit (§ 34 Abs. 1 Satz 1) ist der Begriff „erhebliche Beeinträchtigung“ von besonderer Bedeutung, da jede Beeinträchtigung von Erhaltungszielen grundsätzlich erheblich ist.²

¹ Gassner/Winkelbrandt/Bernotat; UVP Rechtliche und fachliche Anleitung für die Umweltverträglichkeitsprüfung, 5. Auflage; C.F. Müller, Heidelberg, München, Landsberg, Frechen, Hamburg, 2010, S. 37

² BVerwG 9 A 20.25 vom 17.01.2007, Planfeststellung eines Teilstückes der Bundesautobahne A 143 (Westumfahrung Halle)

2.7.1 Einschätzung der Auswirkungen auf das FFH-Gebiet, das Europäische Vogel-schutzgebiet und auf die Kohärenz des Netzes „Natura 2000“ (Vorprüfung)

Grundlage der Vorprüfung sind die im Anhang des Umweltberichtes dargelegten „Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalls im Rahmen einer FFH-Verträglichkeitsprüfung“.

Beim Screeningtermin am 06.06.2012 mit dem Vertreter der UNB des Landkreises Helmstedt wurde darüber Einigkeit erzielt, dass bei dem geplanten Vorhaben mit der Anlage einer Feldhecke an der östlichen Grenze des Plangebietes innerhalb von Grün-flächen die Wahrscheinlichkeit einer erheblichen Beeinträchtigung der Integrität der FFH-Gebiete DE 3629-301 und DE 3630-302 sowie des Europäischen Vogelschutzgebietes DE 3630-401 oder des Schutzzweckes maßgeblicher Bestandteile dieser Gebiete in Anlehnung an ihre festgelegten Erhaltungs- und Entwicklungsziele nicht vorliegt.

Die Erkenntnisse, die zu dieser Einschätzung geführt haben, lassen sich aus der durchgeführten Vorprüfung des Einzelfalls im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung wie folgt zusammenfassen:

- Das Vorhaben liegt außerhalb der beiden FFH-Gebiete, damit findet keine direkte Inanspruchnahme eines nach Anhang I FFH-Richtlinie geschützten Lebensraumtyps statt,
- Vorhabensbedingte Beeinträchtigungen (bau- und innerörtliche verkehrsbedingte Immissionen) können in den Bereich dieser Lebensraumtypen (LRT) hineinwirken, werden im Bezug auf die Erhaltungsziele der LRT als unbedeutend eingestuft,
- das Bauvorhaben nimmt einen verhältnismäßig schmalen Bereich des an dieser Stelle breiten Korridors zwischen den beiden Teilgebieten des Vogelschutzgebietes in Anspruch, sodass funktionelle Beziehungen durch Zerschneidung nicht nachteilig gestört werden; außerdem kommt der Grauspecht seit 2004 nicht mehr vor und die Brutstandorte des Mittelspechts und des Schwarzspechts liegen in ausreichender Entfernung.
- die Ackerflächen sowie die zukünftige Bebauung stellen keine wichtigen Lebens-räume der Mopsfledermaus dar, da die Art ihr Jagdgebiet bevorzugt in Waldberei-chen hat. Relevante Beeinträchtigungen von Flugwegen der überwiegend struktur-gebundenen relativ niedrig über dem Boden (2-5 m) fliegenden Mopsfledermaus sind nicht zu erwarten.

2.8 Entwicklungsziele des Naturschutzes

2.8.1 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG)

Im § 1 BNatSchG werden die allgemeinen Ziele des Naturschutzes und der Landschafts-pflege genannt.

Danach sind Natur und Landschaft so zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und ggf. wiederherzustellen, dass die biologische Vielfalt, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Regenerationsfähigkeit und nachhaltige Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie der Erholungswert von Natur und Landschaft auf Dauer gesichert sind.

In der Bauleitplanung werden im Zusammenhang mit der Eingriffsregelung nach § 1a Abs. 3 BauGB diese Ziele u.a. durch die Anwendung der § 14 (Eingriffe in Natur und Land-

schaft), § 15 (Verursacherpflichten, Unzulässigkeit von Eingriffen) und § 18 (Verhältnis zum Baurecht) berücksichtigt.

2.8.2 Bundesimmissionsschutzgesetz

Nach § 50 Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) sind raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen auf aus-schließlich oder überwiegend dem Wohnen dienende Gebiete sowie auf sonstige schutz-bedürftige Gebiete so weit wie möglich vermieden werden.

2.8.3 Regionales Raumordnungsprogramm 2008 für den Großraum Braunschweig

Das Regionale Raumordnungsprogramm (RRÖP) trifft für das Plangebiet folgende zeich-nerische Festlegungen:

- für die Gesamtfläche Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft.

Die Planung liegt in einem Rohstoffsicherungsgebiet von überregionaler volkswirtschaft-licher Bedeutung für den Rohstoff Ölschiefer. Der Planbereich ist weder im Landes Raum-ordnungsprogramm noch im Regionalen Raumordnungsprogramm als Vorranggebiet für die Gewinnung von Bodenschätzen festgelegt. Insofern kann die Gemeinde im Rahmen ihrer Planungshoheit hier ein Baugebiet planen und entwickeln, ohne dass dies gegen die Ziele der Raumordnung verstoßen würde.

Auf Grund der Planungsschärfe des RRÖP sowie der Topographie, der bisherigen Nutzung und der ökologischen Standortverhältnisse kann nach hiesiger Auffassung der Bebauungsplan aus diesen Festlegungen entwickelt werden.

2.8.4 Forstlicher Rahmenplan des Großraumes Braunschweig

Für das Plangebiet und die unmittelbar angrenzenden Flächen sind im forstlichen Rahmenplan keine Aussagen getroffen worden.³

2.8.5 Bodenschutz

Aus Sicht des vorsorgenden Bodenschutzes der gemeinsame Erlass des Nds. Minis-teriums für Umwelt und Klimaschutz und des Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 06.11.2009 „Leitfaden Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB“ in Niedersachsen berücksichtigt.

In übergeordneten Raumplanungen werden Ziele des Bodenschutzes nicht formuliert. Schutzwürdige Böden kommen im Plangebiet nicht vor.

2.8.6 Wasserschutz

Das Plangebiet liegt außerhalb des vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebietes der Schunter (gültig seit 17.03.2010), dessen Grenze unmittelbar nördlich des Westerberg Weges verläuft.⁴

Das nächst gelegene Wasserschutzgebiet III Groß Brunsrode zur Wassergewinnung. liegt in ca. 2,1 km Entfernung westlich des Plangebietes.

³ Niedersächsische Landesforsten, Dez. 2002: Forstlicher Rahmenplan Großraum Braunschweig, Pla-nungs- und Maßnahmenkarte, Blatt 3, Braunschweig.

⁴ www.umweltkarten-niedersachsen.de/GlobalNetFX_Umweltkarten/

2.8.7 Planungsvorgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege

Inhalte des Landschaftsrahmenplanes und der Landschaftsplanes der Gemeinde Lehre werden als Informationsbasis dargestellt. Wenn dem Landschaftsrahmenplan ein anderes Erkenntnisinteresse und ein anderer Betrachtungsmaßstab zu Grunde liegen und er deswegen nur erste naturschutzfachliche Hinweise für zukünftige Nutzungen geben kann, ist gleichwohl der Landschaftsplan der Fachplan, der sich mit der Ebene der Flächennutzungsplanung deckt.

2.8.7.1 Landschaftsrahmenplan Helmstedt

In dem von der Naturschutzbehörde aufgestellten Landschaftsrahmenplan werden gem. § 5 NNatG gutachterlich der gegenwärtige Zustand von Natur und Landschaft sowie die voraussichtlichen Änderungen, die Teile von Natur und Landschaft, die die Voraussetzungen der §§ 24 bis 28 b, 33 und 34 NNatG erfüllen sowie die für sie erforderlichen Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen, die erforderlichen Maßnahmen des Artenschutzes, die sonst erforderlichen Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele und Grundsätze von Naturschutz und Landschaftspflege, insbesondere beim Bodenabbau und für die Erholung in der freien Natur und Landschaft dargestellt.

Nach dem LRP des Landkreises Helmstedt⁵ wird vorrangig die Entwicklung und Wiederherstellung von Gebieten für Arten und Lebensgemeinschaften, Boden, Wasser, Luft/Klima, Vielfalt, Eigenart und Schönheit in dieser offenen Agrarlandschaft durch einen hohen Anteil an Kleinstrukturen als Anforderung an die Nutzungen genannt. In der Karte 8.2 „Einzelziele und Maßnahmen“ wird mit dem Erhalt der Grünlandnutzung und der Vermeidung von Nutzungsintensivierung eine weitere Anforderung an die Nutzung Landwirtschaft für den Bereich des Plangebietes gestellt.

Der Landschaftsrahmenplan des Landkreises Helmstedt⁶ nennt Gebiete, die die Voraussetzung zur Ausweisung als NSG aufweisen und am Plangebiet angrenzen:

- das ausgewiesene Landschaftsschutzgebiet HE 20 „Schuntertal“ östlich Flechtorf erfüllt die Voraussetzung zum Naturschutzgebiet - Schunterniederung im Bereich Flechtorf und Lehre (NSG 18).
- das ausgewiesene Landschaftsschutzgebiet HE 1 „Beienroder Holz“ südlich Flechtorf erfüllt die Voraussetzung zum Naturschutzgebiet - Schunterniederung im Bereich Flechtorf und Lehre (NSG 29).

2.8.7.2 Landschaftsplan Gemeinde Lehre

Der Landschaftsplan soll die überörtlichen Zielsetzungen des LRP konkretisieren und Konflikte zwischen der vorbereitenden Bauleitplanung und der Landschaftsplanung benennen und bewerten. Er stellt als eigenständige gemeindliche Planung die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.

Die Gemeinde Lehre hat 2006 einen Landschaftsplan aufgestellt.

⁵ U. Cassel, G. Quentin, (1995-2004): Landschaftsrahmenplan Landkreis Helmstedt, Karte 7 Zielkonzept/ökologisches Verbundsystem.

⁶ U. Cassel, G. Quentin, (1995-2004): Landschaftsrahmenplan Landkreis Helmstedt

In der Karte 6 „Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen“ werden keine Anforderungen an die Nutzungen gestellt.

2.8.8 Planungsvorgaben der Bauleitplanung

2.8.8.1 Flächennutzungsplan

Die rechtswirksame Fassung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Lehre stellt für die vom vorliegenden Bebauungsplan überplanten Flächen die Nutzung für Landwirtschaft dar.

Im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes gemäß § 8 ABs. 3 BauGB wird im Zuge der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes Wohnbauflächen im Umfang von 3,0 ha dargestellt.

3 LANDSCHAFTSDIAGNOSE - ERFASSUNG UND BEWERTUNG DER SCHUTZGÜTER

Der Bebauungsplan überplant eine Fläche von insgesamt rd. 3.002 ha als Allgemeines Wohngebiet einschließlich Erschließung sowie deren Begrünung. Die Anlage einer Wohnbebauung erfüllt den Tatbestand eines Eingriffes und wird im Rahmen des Umweltberichtes und der angeschlossenen Eingriffsregelung im Folgenden beschrieben.

3.1 Angewandte Untersuchungsmethoden

Die Ermittlung und Beurteilung der Auswirkungen der Planung auf Natur und Landschaft erfolgte unter Verwendung des „Breuer - Modells“⁷. Für das Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften wird die aktualisierte Fassung mit Stand 2012 des Kartierschlüssels der Biotoptypen in Niedersachsen⁸ verwendet.

Es werden zusätzlich die besonderen Werte der Schutzgüter als "eigenständige Bewertung" berücksichtigt.

3.2 Erfassung und Beschreibung der Schutzgüter

3.2.1 Schutzgut Mensch

Der Bebauungsplan setzt bei einer angestrebten Zahl von 33 Einfamilienhausgrundstücken die Ausweisung von 3.030 qm Straßenverkehrsflächen und 10.096 qm maximalem versiegelbarem Bauland fest.

Das verkehrsgünstig gelegene Bauvorhaben schließt östlich direkt an ein bestehendes Einfamilienhausgebiet mit Hausgärten und an erholungsrelevante Landschaftsstrukturen der Ortschaft Flechtorf an. Der nördlich verlaufende Westerberg Weg sowie der Radweg entlang der Kreisstraße K 38 kann zur wohnungsnahen Erholung genutzt werden.

Vorbelastung / Empfindlichkeit

Die Schunterniederung mit ihrem Abbaugewässer sowie das Beienroder Holz stellen wichtige Erholungsgebiete für die Ortschaft Lehre dar.

Im Osten und Norden grenzen landwirtschaftliche Flächen ohne Tierhaltung an. Potentielle Emissionsbeeinträchtigungen in Form von Lärm, Staub, Gerüchen sind im Umfeld nicht auszuschließen; sie sind jedoch im Rahmen der guten fachlichen Praxis zu tolerieren.

Der Bereich ist durch die südlich verlaufende Kreisstraße K 38 und die im Osten in 800 m Entfernung vorbei führende BAB 39 vorbelastet.

Zur Beurteilung potentieller Immissionsbeeinträchtigungen liegt ein Lärmgutachten vor.

3.2.1.1 Straßenverkehrslärm

Bei städtebaulichen Aufgabenstellungen wie der Aufstellung eines Bebauungsplans ist die DIN 18005 Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“ vom Juli 2002 in Verbindung mit dem Beiblatt 1 zu DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ Teil 1 'Schalltechnische Orientierungs-

⁷ Niedersächsisches Landesamt für Ökologie: Naturschutzfachliche Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung, Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 1/94; NLWKN, Beiträge zur Eingriffsregelung V Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 1/2006, S. 53).

⁸ Olaf von Drachenfels: Einstufungen der Biotoptypen in Niedersachsen; Regenerationsfähigkeit, Wertstufen, Grundwasserabhängigkeit, Nährstoffempfindlichkeit, Gefährdung, Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, 32. Jg. Nr. 1 1 – 60 Hannover 2012

werte für die städtebauliche Planung' vom Mai 1987 die maßgebliche Beurteilungsgrundlage. Für die Gebietsart Allgemeines Wohngebiet (WA) ist der Orientierungswert in dB(A) tags (6.00-22.00) 55 dB(A), nachts (22.00-6.00 - lauteste Nachtstunde) 45 dB(A) festgelegt.

Nach der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) sind für WA-Gebiete Immissionsgrenzwerte von 59 / 49 dB(A) einzuhalten.

Der Planbereich ist durch die südlich verlaufende Kreisstraße K 38 vorbelastet. Die zukünftige Bebauung liegt im Durchschnitt 20 m von der Straße entfernt. Die Randbebauung wird einer Schallbelastung ausgesetzt, die von dem Verkehr auf der K 38 mit einer zulässigen Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h abhängt, da geplant ist das Ortschild um ca. 130 m ortsauwärts zu verlegen.

Angaben zu durchschnittlicher täglicher Verkehrsbelastung (DTV aus den Jahren 2005 bis 2009 geben für die K 38 in dem hier betroffenen Abschnitt eine Nutzung von 1500 bis 2100 Kfz/Tag, darunter zwischen 40 und 122 Lkw.

Nach den Ergebnissen der Schalltechnischen Berechnungen wird im Rahmen der Abwägung, bei freier Schallausbreitung eine Überschreitung des Orientierungswerts (Bezugspegel von 58 dB(A) am Tage) um bis zu 1 dB(A) für die niedrig gelegenen schutzbedürftigen Freiflächen (Terrassen, Freisitze im Garten usw.) der ersten Bebauungsreihe als nicht „wesentlich“ eingestuft.

Für die straßennächsten Randbebauung wird der WA-Orientierungswert am Tage eingehalten, nachts wird der für WA-Gebiete zu beachtende Bezugspegel von 49 dB(A) um bis zu 1 dB(A) für die südöstlich gelegenen Gebäudezeile überschritten.⁹ Für die oberen Geschoßebenen wären bis zu einer Entfernung von 25 m zur Straßenachse passive Lärmschutzmaßnahmen im Bebauungsplan festzulegen. Aktive Lärmschutzmaßnahmen entlang der südlichen Plangebietsgrenze sind nicht erforderlich.

Ca. 750 m östlich des geplanten Baugebietes verläuft die Bundesautobahn BAB 39. Teilweise im Schallschatten der östlich gelegenen Geländeerhebung Westerberg liegend, ist damit zu rechnen, dass die Anforderungen des Immissionsschutzes erfüllt werden und die Orientierungswerte der DIN 18005 mit 55/45 dB(A) durch die vorliegenden Schallimmissionen bei dem geplanten Baugebiet voraussichtlich unterschritten werden.

Durch Ihre Entfernung zum Plangebiet sind von der Landesstraße L 295 (ca. 1,4 km) und der Weddeler Schleife (ca. 2,0 km) keine negativen Auswirkungen zu erwarten.

3.2.1.2

Gewerbelärm

Das Plangebiet liegt ca. 950 m südlich des geplanten Gewerbegebietes Rückwinkel & Rückanger III. Die Rechenergebnisse des für die Planung erstellten Schallgutachtens zeigen, dass in der Summe aller "Gewerbelärmimmissionen" im Bereich der am stärksten betroffenen Wohnbebauung am nordöstlichen Ortsrand von Flechtorf in 350 m Entfernung die Orientierungswerte eingehalten bzw. allenfalls geringfügig (um 0,3 bis 0,4 dB(A)) nicht messbar überschritten werden. Aus diesem Grund kann davon ausgegangen werden, dass das weiter entfernte geplante Baugebiet von Immissionsbelastungen durch das Gewerbegebiet nicht betroffen wird.

⁹ Bonk-Maire-Hoppmann GbR: Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“, Ortschaft Flechtorf, Gemeinde Lehre, Mittelungspegel durch Straßenverkehrslärm von der K 38 und der BAB 39; Garbsen/Hannover-Berlin-Jena-Rostock, 05.06.2013

Bezüglich der Möglichkeit der Realisierung eines Hubschrauberlandeplatzes im Gewerbegebiet kommt das Gutachten zu der Einschätzung, dass der Landeplatz grundsätzlich möglich ist, da sein Abstand zum nächstgelegenen, schutzbedürftigen Immissionsgebiet (vorhandene Wohnbebauung am nördlichen bzw. östlichen Rand der Ortslage Flechtorf) mindestens 550 m beträgt und die An-/ Abflugsektoren nicht über die bebaute Ortslage von Flechtorf führen.

Nordwestlich des Plangebietes in ca. 250 m Entfernung liegt der Mühlenbetrieb der Flechtorfer Mühle Walter Thönebe GmbH. Aus der schalltechnischen Untersuchung ist zu entnehmen, dass die vom Betrieb hervorgerufenen Geräusche den Orientierungswert bzw. Immissionsrichtwert für WA-Gebiete innerhalb des Plangebiets sowohl am Tage als auch in der Nachtzeit deutlich (um mindestens 10 dB(A)) unterschreiten.

Bewertung

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich bei entsprechenden passiven Lärmschutzmaßnahmen maßgebende Orientierungswerte in allen Teilen des geplanten Baugebietes tags und nachts grundsätzlich auf ein unbedenkliches Maß einschränken lassen und dass sich in unmittelbarer Nähe keine Emissionsquellen befinden, die der menschlichen Gesundheit abträglich sein könnten.

3.2.2 Schutzgut Arten und Lebensgemeinschaften

Das Planungsgebiet ist der naturräumlichen Untereinheit Schuntertal zuzuordnen, das in der Haupteinheit „Ostbraunschweigesches Flachland“ der Region Börden liegt.

Für die Einstufung der in Niedersachsen gefährdeten Arten in Gefährdungskategorien gehört das Plangebiet zur Roten Liste-Region T „Tiefeland“, für die Umsetzung der FFH-Richtlinie gehört das Plangebiet zur atlantischen biogeographischen Region.

Um Aussagen über das Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften zu erhalten, wurden zwischen Mai und Juni 2012 drei Ortsbegehungen im Bereich des Plangebietes durchgeführt. Darüber hinaus wurden die Bestandsaufnahmen verwertet, die im Rahmen der Planaufstellung „Gewerbegebiet Rückwinkel/Rückanger“ 2002-2003 bzw. 2011 stattfanden. Schließlich wurde die Biotoptypenkartierung des Landkreises Helmstedt von 2011 zugrunde gelegt.

3.2.2.1 Heutige potentiell natürliche Vegetation (PNV)

Nach SCHRÖDER (1987) würde sich im Plangebiet als vorherrschende Pflanzengesellschaften ein Flattergras-Buchenwald (*Milio-Fagetum*) mit Übergängen zu Eichen-Hainbuchenwald und entlang der westlichen Planungsraumabgrenzung zum Auebereich der Schunter hin ein Geißblatt-Stieleichen-Hainbuchenwald (*Stellario-Carpinetum lonicerotosum*) bzw. ein Waldziest-Stieleichen-Hainbuchenwald (*Stellario-Carpinetum stachysotum*) entwickeln.

Als Tieflagen-Buchenwald des Flachlandes und des unteren Hügellandes wächst der Flattergras-Buchenwald auf tiefgründigen sandigen Lehmböden und ist in der Bodenschicht durch eine üppige Krautvegetation gekennzeichnet. Die Geißblatt/Waldziest-Eichen-Hainbuchenwälder verkörpern eine Ausbildung der Eichen-Hainbuchenwälder und stocken bevorzugt auf basenarmen Böden mit hoch anstehendem Grundwasser.

3.2.2.2 Flora - vorkommende geschützte Arten

Geschützte bzw. gefährdete Pflanzenarten kommen weder innerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes noch auf den umliegenden Flächen vor. Aus diesem Grund wird die Weidefläche durch das Fehlen gefährdeter Pflanzenarten als Gebiet von allgemeiner bis geringer Bedeutung (Wertstufe II) eingestuft.

3.2.2.3 Flora - Biotoptypen

Die Bestandsaufnahme erfolgt auf Grundlage des Kartierschlüssels für Biotoptypen in Niedersachsen¹⁰. Der jeweilige Biotopcode ist analog dem Kartierschlüssel angegeben.

3.2.2.3.1 Innerhalb des Plangebietes vorkommende Biotope

Das Plangebiet wird als Pferdeweide genutzt. Der festgestellte Biototyp (Intensivgrünland) im Bereich der Wohnbebauung sind bei sehr intensiver Nutzung überwiegend von geringem ökologischem Wert.

Im Rahmen der Bestandsaufnahme Ende Mai bis Mitte Juni 2012 wurden artenreiche Grünland- bzw. Feldwegrandstreifen mit Wildkrautfluren nicht festgestellt.

Die Bestandssituation für das Schutzgut im B-Plangebiet wird durch die Biotoptypen der folgenden Tabelle charakterisiert und bewertet.

| Biotop-typennr. | Biotoptypen-kürzel | Biototyp | Flächen-größe in ha | Wert-stufe | gesetzlicher Schutz BNatSchG |
|-----------------|--------------------|---|---------------------|------------|------------------------------|
| 2.2.1 | BMS | Mesophiles Weißdorn-/Schlehengebüsch | 0,022 | III | |
| 2.13.1 | HBE | Sonstiger Einzelbaum | 1 Stck | III | |
| 9.6.1 | GIT w/m | Intensivgrünland trockener Mineralböden | 2,970 | II | |

Tabelle 1 Biotoptypen innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes

Durch langjährige intensive Nutzung und Düngung der Grünlandflächen fehlen gefährdete Pflanzenarten und die Pflanzenartenzahl entspricht nicht den biotopspezifischen Erwartungswerten. Bezogen auf den biotopspezifischen Erwartungswert sind Vorkommen regional oder lokal gefährdeter oder zurückgehender Arten nicht zu erwarten.

Bewertung

Im Landschaftsrahmenplan Helmstedt¹¹ ist das Plangebiet als Bereich mit Bedeutung für Arten- und Lebensgemeinschaften (eingeschränkte Leistungsfähigkeit) eingestuft.

Die Weideflächen sind aus floristischer Sicht nach dem Kartierschlüssel der Biotoptypen (v. DRACHENFELS) einem naturfernen Biototyp von allgemeiner bis geringer Bedeutung (Wertstufe II), das mesophile Weißdorn-/Schlehengebüsch entlang des Feldweges einem naturnahen Biototyp von hoher Bedeutung (Wertstufe III) zuzurechnen. Die überwiegend von dem Plangeltungsbereich in Anspruch genommene Fläche ist nach der

¹⁰ Olaf von Drachenfels: Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, Kartierschlüssel für Biotoptypen in Niedersachsen unter besonderer Berücksichtigung der gesetzlich geschützten Biotope sowie der Lebensraumtypen von Anhang I der FFH-Richtlinie, Stand: März 2011.

¹¹ U. Cassel, G. Quentin, (1995-2004): Landschaftsrahmenplan Landkreis Helmstedt.

Einstufung nach Naturnähe¹² einem Gebiet von geringer Bedeutung (Wertstufe 3) zuzurechnen, darüber hinaus kommen gefährdete Pflanzenarten nicht vor.

3.2.2.3.2 An den Geltungsbereich des Bebauungsplanes angrenzende Biotope

In der weiteren Umgebung östlich der Dorflage herrschen Ackerflächen vor. Diese werden durch einen landwirtschaftlichen Weg sowie Vegetationstrukturen (Strauch-Baumhecke, naturnahe Feldgehölze) gegliedert.

Im Norden schliesst die Schunteraue mit ihren intensiv und extensiv genutzten feuchten bis frischen Wiesen und Weiden an, die oft von wertvollen Feuchtbiotopen (§ 30 BiotopBNatSchG - Flutrasen, Schilf- oder Wasserschwaden-Landröhricht) durchsetzt und mit naturnahen Gehölzen umsäumt sind.

Im Süden liegen auf feuchten, mäßig basenreichen Standorten die wertvollen Eichen- und Hainbuchenmischwälder des Beienroder Holzes, das in seinem östliche Teil als FFH-Gebiet ausgewiesen ist.

Die im 500 m Umkreis des Plangebietes oben beschriebenen Biotope sind in der folgenden Tabelle vorzufinden (siehe Plan im Anhang).

| Biotop-typennr. | Biotop-typenkürzel | Biototyp | Wert-stufe | gesetzl. Schutz BNatSchG |
|------------------------------------|--------------------|---|------------|--------------------------|
| WÄLDER | | | | |
| 1.7.3 | WCA | Sonstiger Pionier- und Sukzessionswald | V | |
| 1.7.5 | WCE | Eichen- und Hainbuchenmischwald mittlerer, mäßig basenreicher Standorte | V | |
| 1.20.7 | WPS | Sonstiger Pionier- und Sukzessionswald | III | |
| 1.24.4 | WRF | Waldrand feuchter Standorte | VI | (§ 30) |
| 1.21.2 | WXP | Hybrid-Pappelforst | II | |
| 1.22.2 | WZK | Kiefernforst | III | |
| 1.23.1 | WJL | Laubwald-Jungbestand | III | |
| GEBÜSCHE UND GEHÖLZBESTÄNDE | | | | |
| 2.2.1 | BMS | Mesophiles Weißdorn-/Schlehengebüsch | III | |
| 2.7.1 | BFR | Feuchtgebüsch nährstoffreicher Standorte | IV | |
| 2.13.1 | HBE | Sonstiger Einzelbaum/Baumgruppe | | |
| 2.13.3 | HBA | Allee/Baumreihe | | |
| 2.11 | HN | Naturnahes Feldgehölz | III | |
| 2.10.1 | HFM | Strauch-Baumhecke | III | |
| 2.15 | HOJ | Junger Streuobstbestand | III | |

¹² Niedersächsisches Landesamt für Ökologie: Naturschutzfachliche Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung, Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 1/94, S. 38-39.

| Biotop-typennr. | Biotop-typenkürzel | Biototyp | Wert-stufe | gesetzl. Schutz BNatSchG |
|---|--------------------|---|------------|--------------------------|
| BINNENGEWÄSSER | | | | |
| 4.5.2 | FMH | Mäßig ausgeb. Bach des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat | III | |
| 4.8.2 | FVL | Mäßig ausgeb. Fluss des Berg- und Hügellands mit Feinsubstrat | IV | |
| 4.13.3 | FGR | Nährstoffreicher Graben | II | |
| GEHÖLZFREIE BIOTOPE DER SÜMPFE, NIEDERMOORE UND UFER | | | | |
| 5.2.1 | NRS | Schilf-Landröhricht | V | (§ 30) |
| 5.2.3 | NRW | Wasserschwaden-Landröhricht | III | (§ 30) |
| GRÜNLAND | | | | |
| 9.6.1 | GIT | Intensivgrünland trockener Mineralböden | II | |
| 9.6.3 | GIA | Intensivgrünland der Überschwemmungsbereiche | II | |
| 9.1.5 | GMS | Sonstiges mesophiles Grünland | II | |
| 9.4.2 | GFF | Sonstiger Flutrasen | IV | (§ 30) |
| ACKER- UND GARTENBAUBIOTOPE | | | | |
| 11.1 | A | Acker | I | |
| RUDERALFLUREN | | | | |
| 10.4.2 | UHM | Halbruderaler Gras- und Staudenflur mittlerer Standorte | III | |
| GEBÄUDE, VERKEHRS- UND INDUSTRIEFLÄCHEN | | | | |
| 13.9.2 | OEL | Locker bebautes Einzelhausgebiet | I | |
| 13.12.1 | OVS | Straße | I | |
| 13.12.5 | OVW | Weg | I | |

Tabelle 2 - Biototypen außerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes (500 m Umkreis)

Im Umfeld des Bauvorhabens sind Schutzgebiete gem. § 26 BNatSchG ausgewiesen und es befinden sich besonders geschützte Biotope gem. § 30 BNNatSchG.

Bewertung

Die östlich des Plangebietes liegenden Ackerflächen sind aus floristischer Sicht nach dem Kartierschlüssel der Biototypen (v. DRACHENFELS) einem naturfernen Biototyp von allgemeiner bis geringer Bedeutung (Wertstufe II) zuzurechnen.

Das mittelbar an das Planungsgebiet im Norden angrenzende Feuchtgrünland ist durch die teilweise extensive landwirtschaftliche Nutzung bedingt beeinträchtigt. Das durch eingestreute halbruderaler Gras- und Staudenfluren sowie nach § 30-BNatSchG geschützte Biotope in kleinflächiger Ausbildung gekennzeichnete Grünland mäßig feuchter Standorte mit Übergängen zu nährstoffreichen Nasswiesen, das durch Mahd und Beweidung im

Wechsel genutzt wird, verleiht der Schunterniederung eine sehr hohe Wertigkeit sowie eine besondere Empfindlichkeit gegenüber Veränderungen des Wasserhaushaltes.

Im Landschaftsrahmenplan Helmstedt¹³ werden Teilbereiche der Niederung als Bereich mit hoher Bedeutung für Arten- und Lebensgemeinschaften (mäßig eingeschränkte Leistungsfähigkeit) eingestuft und dieser Auenbereich erfüllt die Voraussetzung zur Ausweisung als Naturschutzgebiet (NSG 18).

Das sich südlich des Plangebietes befindliche Beienroder Holz besitzt eine sehr hohe Bedeutung für den Naturschutz und wurde aufgrund der Bedeutung des Winterquartiers der Mopsfledermaus sowie des repräsentativen Vorkommens von Eichen-Hainbuchenwäldern ausgewählt. Im Landschaftsrahmenplan Helmstedt¹⁴ erfüllen Teilbereiche des Beienroder Holzes die Voraussetzung zur Ausweisung als Naturschutzgebiet (NSG 29).

3.2.2.3.3 Innerhalb der Eingriffsfläche vorkommende Tierarten

Das Gebiet liegt außerhalb von Gebieten mit besonderer Bedeutung für den Artenschutz. Angaben zu den für die Fauna wertvollen Bereichen, den für die Gastvögel avifaunistisch und die Brutvögel wertvollen Bereichen werden für die Fläche des geplanten Bauvorhabens nicht verzeichnet.

Aktuelle Tierkartierungen bzw. konkrete Artnachweise liegen für das Planungsgebiet nicht vor. Bedingt durch die Habitatausprägung und die Nutzung des Plangebietes erscheint eine faunistische Kartierung als abkömmlich.

Von der Bebauung werden überwiegend Biotoptypen in Anspruch genommen, die intensiv genutzt werden und von geringem ökologischem Wert sind.

Grundsätzlich liegt die Besonderheit des B-Plangebietes im Sinne einer Worst-Case-Betrachtung in seiner Eignung als potentiell Brutgebiet für die folgenden Wiesenbrüter: Braunkehlchen (*Saxicola rubetra*) [RL Nds 2], Wachtelkönig (*Crex crex*) [RL Nds 2], Feldlerche (*Alauda arvensis*) [RL Nds 3], Kiebitz (*Vanellus vanellus*) [RL Nds 3], Rebhuhn (*Perdix perdix*) [RL Nds 3], Wiesenpieper (*Anthus pratensis*) [RL Nds 3], die in der Roten Liste Niedersachsens als gefährdet bzw. stark gefährdet eingestuft werden.¹⁵

Bodenbrüter der extensiv genutzten Feucht- und Frischwiesen [Großer Brachvogel (*Numenius arquata*), Rotschenkel (*Tringa totanus*), Uferschnepfe (*Limosa limosa*)] sind im Plangebiet auf Grund der Standorteigenschaften nicht zu erwarten.

Die Eignung des Plangebietes für Wiesenbrüter wird gegenwärtig jedoch dadurch sehr stark vermindert, da die Wiesen- und Weidenflächen intensiv genutzt werden. Die frühe und großflächige Mahd sowie die frühe Beweidung (Ende April/Anfang Mai) mit den Einflüssen von Tritt und Fraß wirken sich extrem negativ auf die Brutvogelfauna aus und dürften einen möglichen Bruterfolg verhindern.

Der **Wachtelkönig** (streng geschützte Art) bevorzugt grünlandgeprägte Feuchtlebensräume, besiedelt auch Brachflächen und Getreidefelder. Er reagiert aber empfindlich auf Straßenlärm und Störungen am Brutplatz und hält sich in größerer Entfernung zu

¹³ U. Cassel, G. Quentin, (1995-2004): Landschaftsrahmenplan Landkreis Helmstedt.

¹⁴ Ebenda

¹⁵ Vgl. NLWKN: Verzeichnis der in Niedersachsen besonders oder streng geschützten Arten; Tabelle Teil A: Wirbeltiere, Pflanzen und Pilze; Stand 01.11.2008 (Korrigierte Fassung 01.01.2010)

befahrenen Straßen auf. Aus diesem Grund dürfte der B-Planbereich durch die Weidenutzung keine besondere Bedeutung für die Art aufweisen.

Strukturbedingt sind das **Braunkehlchen** sowie die **Feldlerche** (beide besonders geschützte Arten) nicht zu erwarten, da ersteres strukturreiche Flächen mit dichten ruderalen Vegetationsbereichen an Zäunen, an Weg- und Grabenrändern bevorzugt und letztere ihre Umwelt in erster Linie optisch wahrnimmt und zu verschiedenen Landschaftselementen einen für Singvögel unüblich großen Abstand hält (Daunicht 1998)¹⁶ und hier eine hohe Gehölzdichte (Beienroder Holz) in der näheren Umgebung vorherrscht. Die Feldlerche wird zwar als schwach empfindlich gegenüber Lärm eingestuft, sie ist aber sehr hoch empfindlich gegenüber optischen Störungen. Deswegen wird hier die planerisch zu berücksichtigende Fluchtdistanz der Art für punktuelle Störungen (Fußgänger, Radfahrer, Einzelfahrzeug) von 200 m angenommen. Dadurch dürfte sich das Plangebiet als Bruthabitat als ungeeignet erweisen.

Der **Kiebitz** (streng geschützte Art) besiedelt als Sekundärlebensraum großflächige Ackerflächen, da die Art zur Prädationsvermeidung weite Sichtbeziehungen benötigt. Durch die Nähe zum Dorfrand ohne Gebüsch- und Baumbestand dürfte der sichere, geeignete Lebensraum im Bereich des Bebauungsplanes sehr stark eingeschränkt sein.

Die Offenlandart **Rebhuhn** (besonders geschützte Art) als ursprünglicher Steppenbewohner bevorzugt strukturierte Kulturlandschaften mit Ackerflächen, Brachen und Grünlandereien. Entscheidend für die Art sind ein ausreichendes insektenreiches Nahrungsangebot sowie günstige Versteckmöglichkeiten. Aus diesem Grund dürfte das Plangebiet kein geeignetes Brutgebiet für diesen Bodenbrüter, der das Nest gut versteckt unter Gras- und Krautbeständen in flachen Bodenvertiefungen anlegt, darstellen.

Der **Wiesenpieper** (besonders geschützte Art) kommt schwerpunktmäßig auf Grünlandstandorten vor. Er bevorzugt offenes oder zumindest baum- und straucharmes, etwas unebenes oder von Gräben oder Böschungen durchzogenes Gelände. Und benötigt in der Nähe geeignete Habitatstrukturen (z. B. Brachen ohne zu hohe und dichte Vegetationsdecke, magere Böschungen, gering frequentierte Feldwege mit breiten Säumen, sowie einzelne erhöhte Strukturen als Sitz- und Singwarten) vorhanden sind. Auf Grund der Habitatstruktur stellt das Plangebiet keinen geeigneten Brutlebensraum für die Art dar.¹⁷

Lediglich für Greife, die in benachbarten Wäldern, Feldgehölzen und Ortsrandlagen nisten, spielt das Intensivgrünland eine gewisse Rolle als Nahrungsraum. Von besonderer Planungsrelevanz wären für den Planbereich der Nahrungsgast **Rotmilan** zu nennen.

Eine Erfassung der an die Schlehenhecke gebundenen Vogelarten liegt nicht vor. Jedoch sind die Hecken ein bevorzugtes oder häufiges Brutgebiet für viele Vogelarten. Für Tiere wurden im Laufe der Jahrhunderte die Hecken zu Lebensräumen und Wanderwegen (Leitlinie). Die Hälfte aller heimischen Säugetiere, sämtliche Reptilien und ein Fünftel unserer heimischen Vogelwelt leben in Hecken. Für eine mögliche Brut des Neuntöters

¹⁶ zitiert in Annick Garniel & Dr. Ulrich Mierwald, KiFL – Kieler Institut für Landschaftsökologie; Arbeitshilfe Vögel und Straßenverkehr; Ergebnis des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens FE 02.286/2007/LRB „Entwicklung eines Handlungsleitfadens für Vermeidung und Kompensation verkehrsbedingter Wirkungen auf die Avifauna“; Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Bonn 2010.

¹⁷ Für einzelne Arten der Seite 18 und 19, Vgl. Niedersächsische Strategie zum Arten- und Biotopschutz - Vollzugshinweise zum Schutz von Brutvogelarten in Niedersachsen, Wertbestimmende Brutvogelarten der EU-Vogelschutzgebietemit Priorität für Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen.

(*Lanius colluri*), eine gefährdete Art der Gehölzbrüter stark offenlandgeprägt, der vor allem in den Heckenstrukturen der Wiesen- bzw. Ackerbereiche brütet, ist sicherlich die Nähe zur Siedlung und zum für Erholungssuchende genutzten landwirtschaftlichen Weg ein erschwerender Faktor.

Bewertung

Verglichen mit anderen Landschaftsstrukturtypen ist das B-Plangebiet von seiner Struktur und Nutzung her als ein faunistisch armes Biotop zu betrachten.

Da es anzunehmen ist, dass regional oder lokal gefährdete Tierarten fehlen, sind die Wiesen- und Weidenflächen des Bauvorhabens als Wertstufe 3 (Gebiet von geringer Bedeutung) einzustufen.¹⁸

3.2.2.3.4 An den Geltungsbereich des Bebauungsplanes angrenzend lebende Tierarten

Die an das Plangebiet angrenzenden landschaftlichen Strukturtypen, der Schunternerie- derung und des Beienroder Holzes sind als Brut-, Schutz- und Nahrungsbiotop für die Tierwelt von besonderer Bedeutung.

Das Beienroder Holz ist insbesondere für das Vorkommen mehrerer Spechtarten hervor- zuheben.

Die wertbestimmenden Anhang I-Arten (Art. 4 Abs. 1 der EU-Vogelschutzrichtlinie), die im Gebiet brüten, sind v. a. Mittel-, Grau- und Schwarzspecht. Der auf grob korkige Bäume (v. a. Alt-Eichen) angewiesene Mittelspecht hat im Gebiet seinen bedeutendsten Brutbestand in Niedersachsen. Die Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg gehören zu den bedeutendsten Mittelspecht-Vorkommen in Deutschland.¹⁹

In einer Entfernung von 750 zum B-Plangebiet befinden sich im Beienroder Holz 3 Brutreviere des Mittelspechtes sowie jeweils 1 Revier des Schwarzspechtes, die für das Bauvorhaben planungsrelevant sind.

Darüber hinaus ist das Beienroder Holz insbesondere durch die Vorkommen von Amphibien, Libellen und Nachtfaltern faunistisch von besonderer Bedeutung und Lebensraum einer Vielzahl gefährdeter Arten wie u. a. der Laubfrosch (*Hyla arborea*) [RL Nds. 2], der Kammolch (*Triturus cristatus*), der Nachtfalter Kleiner Eichenkarmin (*Catocala promissa*) [RL Nds. 1].

Im Beienroder Holz und seinem Waldrand wurde aus Untersuchungen von 2001, 2002, 2006 und 2009 bei den Fledermäusen eine Artengemeinschaft mit einem hohen Gefährdungs- und Schutzstatus festgestellt, die die herausragende Bedeutung unterstreicht, die das Beienroder Holz für den Fledermausschutz in Niedersachsen hat, da 14 der 24 in Deutschland vorkommende Fledermausarten beherbergt werden, darunter:

- 3 Arten des Anhangs II (Mopsfledermaus, Großes Mausohr und Bechsteinfledermaus) sowie
- 11 Arten des Anhangs IV der FFH-Richtlinie (Breitflügelfledermaus, Große Bartfledermaus, Kleine Bartfledermaus, Fransenfledermaus, Graues Langohr, Großer

¹⁸ Niedersächsisches Landesamt für Ökologie: Naturschutzfachliche Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung, Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 1/94; S. 38.

¹⁹ J-M Schmerber; Bebauungsplan „Muna Kampstüh, Teilbereich west“ - Gemeinde Lehre Verträglichkeitsvorprüfung für das FFH-Gebiet 301 „Beienroder Holz“ und das EU-Vogelschutzgebiet V 48 „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“, Mai 2010.

Abendsegler, Kleiner Abendsegler, Rauhaufledermaus, Zwergfledermaus, Braunes Langohr, Wasserfledermaus²⁰).

Für einige Arten konnte beobachtet werden, dass sie diesen Raum in Richtung Schunter- aue verließen. Die Beobachtung einer Reihe dieser Arten auch in den anderen Gebiets- teilen zwischen Beienroder und Flechtorfer Holz (s.o.) belegt die Funktion dieses Raumes als Austausch bzw. Wanderschienen.

Das wohl letzte Brutpaar des Rotmilans hat seinen Brutbereich und vermuteten Horst- standort südwestlich des Beienroder Holzes.

Avifaunistisch ist die Schunteraue als bedeutend einzustufen, da sie bereits als Vogel- brutgebiet regionale Bedeutung für verschiedene geschützte Vogelarten hat. Nachge- wiesen wurde u. a. der Wachtelkönig (*Crex crex*) [RL Nds. 1] (gleichzeitig Art der EU- Vogelschutzrichtlinie), die Schafstelze (*Motacilla flava*) [RL Nds. 3], der Zwergtaucher (*Tachybaptus ruficollis*) [RL Nds. 3], die Nachtigall (*Luscinia megarhynchos*) [RL Nds. 3], die Dorngrasmücke [RL Nds. 3] und schließlich die Greifvogelarten Rotmilan (*Milvus milvus*) [RL Nds. 3] und Rohrweihe (*Circus aeruginosus*) [RL Nds. 3] als Nahrungsgäste. Diese Bedeutung wird durch die Brutvogelerfassung im Frühjahr 2007 im Rahmen der Planung zur Schunterrenaturierung unterstrichen²¹. Dabei wurden 66 Arten in der Schun- teraue südwestlich von Flechtorf nachgewiesen. In den Roten Listen Niedersachsen und Deutschland sind 11 der nachgewiesenen Arten einer Gefährdungskategorie zugeordnet (Bekassine [RL Nds 2], Wachtelkönig [RL Nds 2], Braunkehlchen [RL Nds 2], Nachtigall [RL Nds 2], Kolkrabe [RL Nds 2], Neuntöter [RL Nds 2], Eisvogel [RL Nds 2], Grünspecht [RL Nds 2], Feldlerche [RL Nds 2], Rauchschwalbe [RL Nds 2], Schlagschwil [RL Nds 2]. Weitere 15 wurden in die Vorwarnlisten aufgenommen.

Die Schunteraue mit ihren Grünlandflächen und ihrem Flachsee wird von Fledermäusen als großflächiger Verbindungskorridor zwischen Flechtorfer und Beienroder Holz genutzt. Gleichzeitig besitzt sie eine sehr hohe Bedeutung als Nahrungsraum für die Tiere, die hierhin aus beiden Gebieten zur Jagd fliegen. Der See und das umliegende Grünland sind, mit dem Vorkommen von teilweise vom Aussterben bedrohten Fledermäusen und FFH – Arten, ebenfalls von sehr hoher Bedeutung für den Fledermausschutz.

Auf Untersuchungsflächen in der Schunteraue wurden neun Heuschreckenarten, darunter die Sumpfschrecke (*Stethophyma grossum*) - für Niedersachsen als gefährdet eingestuft [RL Nds. 3] - nachgewiesen.

Der östlich des Planungsgebietes gelegene 6,5 ha großen Flachsee wurden die folgenden Arten nachgewiesen,:

- Wasserfrösche (*Rana kl. esculenta* - *Rana lessonae*)
- 15 Libellenarten, 8 Arten waren mit der Häufigkeitsklasse 3 (über 15 Exemplare), fünf Arten mit der Häufigkeitsklasse 2 (6-15 Individuen) vertreten. Bis zu fünf

²⁰ Elke Mühlbach, Kristine Mayer (Januar 2009): Untersuchung von Gebäuden auf dem Gelände der ehem. Muna Lehre - Kampstüh - (Gemeinde Lehre) auf Fledermausquartiere und Vorkommen von Fledermäusen; Hannover. Elke Mühlbach, I Niermann (2006): Untersuchung der Mopsfledermaus (*Barbastella barbastellus*) [FFH-Code: 1308] im Bereich Beienroder Holz [FFH-Code: DE 3630-30] zur Ermittlung von Quartieren und Jagdlebensräumen der Art; Hannover

²¹ PLANB (2008): Renaturierung der Schunter und ihre Aue zwischen Flechtorf und Lehre, Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 3a Satz 1 UVPG und § 4 Satz 1 NUVPG

Libellen wurden vom Frühen Schilffäger (*Brachytron pratense*) [RL Nds. 3] und der Gemeinen Winterlibelle (*Sympecma fusca*) [RL Nds. 3] gezählt.

An der Schunter und dem Schuntergraben sind sechs Arten nachgewiesen, von denen die Gebänderte Prachtlibelle (*Calopteryx splendens*) [RL Nds. 3] mit Abstand die häufigste war. Die restlichen Arten lagen im mittleren Häufigkeitsbereich von 6-15 Individuen, unter anderem die Gemeine Flussjungfer (*Gomphus vulgatissimus*) [RL Nds. 1].

Der Fischotter (*Lutra lutra*) ist in Niedersachsen vom Aussterben bedroht [RL Nds. 1] und streng geschützt. Die Aller gilt als Einwanderungsachse und er wandert von Norden und Osten kommend in den Großraum Braunschweig/Helmstedt. Der Schunter und ihren Nebengewässern als Wanderkorridor kommen eine große Bedeutung zu. Die Vielfalt der Uferstrukturen und der angrenzenden Flächen sowie Gewässerqualität und Fischreichtum zeichnen derzeit die Schunter aus. Das Gewässer und seine Uferzonen bieten eine ausgesprochen gute Nahrungsgrundlage, attraktive Verstecke und ungestörte Bereiche für den Fischotter (mdl. Karl-Friedrich Weber). Der Fischotter ist bereits 2000 20 km südlich Flechtorf, 2007²² und 2010 an der Scheppau und schließlich als Totfund im Mühlengraben bei Wendhausen August 2011 nachgewiesen worden. Angesichts von expandierenden Beständen seit Ende der 90er Jahre sowie der großen Mobilität der Art kann von einer sehr wahrscheinlichen Besiedlung der Schunter und ihrer Nebengewässer ausgegangen werden.²³

Bewertung

Besondere Planungsrelevanz besitzen folgende Tierarten:

- die am nördlichen Waldrand in früheren Kartierungen beobachteten Fledermausarten Breitflügelfledermaus, Großer Abendsegler, Kleiner Abendsegler, Zwergfledermaus und Mopsfledermaus aufgrund ihres Gefährdungsgrades und ihres Schutzstatus (FFH-Richtlinie),
- die sich im Beienroder Holz in einer Entfernung von 750 zum B-Plangebiet befindlichen 3 Brutreviere des Mittelspechtes sowie das Revier des Schwarzspechtes,
- der Fischotter als streng zu schützende Art des Anhangs IV der FFH-Richtlinie, der im Anhang II der FFH-Richtlinie aufgeführt ist, in dem Tier- und Pflanzenarten von gemeinschaftlichem Interesse aufgelistet sind, für deren Erhaltung besondere Schutzgebiete ausgewiesen werden müssen.
- der Rotmilan, Art der EU-Vogelschutzrichtlinie, der das Gebiet als Nahrungsraum nutzt,

Bedingt durch die naturräumlichen Gegebenheiten und das Vorkommen gefährdeter Arten, wird dem unmittelbaren Umland des Vorhabens wegen Vorkommen von stark gefährdeter bzw. gefährdeten Tierarten der Wertstufe 1 (Gebiet von besonderer Bedeutung) zugerechnet.

²² RUTSCHKE, Aktion Fischotterschutz e. V., mdl. 2007 in PLANB (2008): Renaturierung der Schunter und ihre Aue zwischen Flechtorf und Lehre, Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 3a Satz 1 UVPG und § 4 Satz 1 NUVPG.

²³ J-M Schmerber (Juli 2011): Gemeinde Lehre, 13. Änderung des Flächennutzungsplanes, Beurteilung des Umweltzustandes.

3.2.3 Schutzgut Boden

3.2.3.1 Naturräumliche Gegebenheiten

Die heute sichtbaren Merkmale des Landschaftsbildes im Plangebiet wurden wesentlich im Quartär geprägt, das sich gliedern lässt in die Eiszeit (Pleistozän) und die heute noch andauernde Warmzeit. Im Pleistozän drangen riesige Gletscher aus Skandinavien vor, die bis dahin vorhandene Mulden und Sättel glätteten und teilweise einebneten. Dabei wurden teilweise von weither transportierte Sedimente am Fuß des Gletschers als Geschiebelehm oder –sand abgelagert.

Durch das Abschmelzen der Gletscher im Holozän kam es zur Ausbildung der heutigen Urstromtäler, worin sich das Wasser einen Weg zum Meer suchte. Aus dieser Zeit stammen die Schmelzwassersande der Allerniederung sowie die mehr Schluff enthaltenden Sedimente der Schunterniederung. (BIRKIGT – QUENTIN 2000)

Nach der vom Kartenserver des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie erstellten und mit Hilfe der Methodenbank des Niedersächsischen Bodeninformationssystems (NIBIS) entstandenen Bodenübersichtskarte (BÜK) im Maßstab 1: 50.000 hat sich im Plangebiet im Laufe der Bodengenese über den Tonstein des mittleren Jura (Dogger) auf Ablagerungen aus glazifluvialen sandig-toniger Schluff aus dem älteren Drenthe-Stage überwiegend feinkörnige, bindige, leicht plastische, Pseudogleye aus geringmächtigen periglazialen Decken, örtlich vergesellschaftet mit Braunerden, z.T. Pelosole aus Tonsteinverwitterung entwickelt.²⁴ Diese frischen meist staunassen Lehm Böden (mittelschwer lösbare Bodenart – Bodenklasse 4), sind durch ein mittleres landwirtschaftliches Ertragspotential für Acker- und Grünland gekennzeichnet.

Seltene oder naturnahe Böden kommen nicht vor.

Der Plangbereich liegt über Lagerstätte 1. Ordnung, von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung (Ölschiefer), die weder im Landes-Raumordnungsprogramm noch im Regionalen Raumordnungsprogramm als Vorranggebiet für die Gewinnung von Bodenschätzen festgelegt sind.

Altlasten

Der Gemeinde liegen keine Hinweise über das Vorhandensein von Böden vor, die im Geltungsbereich des geplanten Baugebietes erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sein könnten.

Aus diesen Gründen wird davon ausgegangen, dass auch im Planbereich keine Gefährdung der Schutzgüter Boden und Wasser besteht.

Vorbelastung / Empfindlichkeit

Eine Vorbelastung des Bodens ist in der sehr langjährigen Weidennutzung zu sehen, die den Eintrag von Nährstoffen hervorruft.

Im Plangebiet sind die Weidenflächen nicht überflutungsgefährdet. Der Pseudogley-Boden weist eine geringe Trockengefährdung auf.²⁵

²⁴ www.lbeg.niedersachsen.de - NIBIS-Datenbank des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie.

²⁵ Niedersächsischer Landesamt für Bodenforschung, Geowissenschaftliche Karten des Naturraumpotentials von Niedersachsen und Bremen, 1:200.000, Hannover 1979.

Die Tragfähigkeit des Bodens steht im Zusammenhang mit ihrer Bodenart. Die Sedimente bestehen aus feinkörnigen, bindigen, leicht plastischen Lockergesteinen und sind mit einer guten Tragfähigkeit als Baugrund geeignet.

Böden mit besonderen Standorteigenschaften (Extremstandorte), Böden mit naturgeschichtlicher oder kulturhistorischer Bedeutung, seltene oder naturnahe Böden kommen nicht vor.

Im Landschaftsrahmenplan Helmstedt²⁶ ist das Plangebiet als Bereich mit mäßig beeinträchtigten Funktionen der Böden im Naturhaushalt eingestuft.

Bewertung

Als stark überprägter Naturboden mit durch die langjährige intensive Acker- und Weidenutzung hervorgerufener Zerstörung des Bodenprofils sowie der Bodeneigenschaften (Nährstoff- und Biozideintrag) ist das Plangebiet der Wertstufe 2 (Bereich von allgemeiner Bedeutung) zuzuordnen.

3.2.4 Schutzgut Wasser

3.2.4.1 Schutzgut Grundwasser

Mit einem Grundwassergeringleiter ist die Durchlässigkeit der oberflächennahen Gesteine als mittel einzustufen.

Das Schutzz Potenzial der Grundwasserüberdeckung im Planungsgebiet ist mittel bzw. hoch. Die Grundwasserneubildungsrate auf den Weidenflächen liegt zwischen 51-100 mm/a (gering).²⁷

Vorbelastung / Empfindlichkeit

Mit einer mittleren Durchlässigkeit der oberflächennahen Gesteine und einer mittleren bzw. hohen Grundwasserüberdeckung werden die Empfindlichkeit des Grundwassers gegenüber Schadstoffeinträgen sowie eine potentielle Gefährdung des Grundwassers derzeit als gering eingeschätzt.

Im Landschaftsrahmenplan Helmstedt²⁸ wird die Funktionsfähigkeit des Grundwassers im Naturhaushalt als mäßig beeinträchtigt eingestuft und in Bezug auf die Grundwasserversorgung die potentielle Auswaschungs- und Grundwassergefährdung durch Dichlorprop und Mecoprop als mittel eingeschätzt.

3.2.4.2 Schutzgut Oberflächengewässer

Im Plangebiet kommen keine natürlichen Oberflächengewässer vor.

An den westlichen und südlichen Grenzen des Planbereiches verläuft ein Entwässerungsgraben als Gewässer III. Ordnung, für den die südlich parallel verlaufende Kreisstraße K 38 ein ausreichender Gewässerunterhaltungstreifen darstellt.

Bewertung

Das Plangebiet ist hinsichtlich der Grundwassersituation und Oberflächengewässer nach dem Breuer Modell der Wertstufe 2 (Bereich von allgemeiner Bedeutung) zuzuordnen.

²⁶ U. Cassel, G. Quentin, (1995-2004): Landschaftsrahmenplan Landkreis Helmstedt

²⁷ www.lbeg.niedersachsen.de - NIBIS-Datenbank des Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie

²⁸ U. Cassel, G. Quentin, (1995-2004): Landschaftsrahmenplan Landkreis Helmstedt

3.2.5

Schutzgut Klima/Luft

Großklimatisch liegt das Planungsgebiet in einer Übergangszone zwischen ozeanischem und kontinentalem Klima. Im Plangebiet ist das Klima den gemäßigt subkontinental geprägten Regionen Südost-Niedersachsens zuzuordnen. Diese subkontinentale Prägung ist durch kürzere, dafür aber wärmere Sommer und eher kühlere Winter gekennzeichnet. Die Jahrestemperatur liegt bei durchschnittlich 12,5° C im gemäßigten Bereich, wobei die mittleren Temperaturschwankungen 16,0 – 17,0°C betragen. Das Klima mit einer geringeren Niederschlagsmenge und ein Niederschlagsmaximum im Sommer ist als mittelfeucht bei Jahresniederschlägen mit 580 bis 700 mm jährlich zu kennzeichnen.

Vorbelastung / Empfindlichkeit / Wertigkeit

Lokale Luftströmungen und Windsysteme können sich auf Grund des flachen Reliefs und der Tallage nur relativ schwach ausbilden.

Der Bereich des Plangebietes ist im LRP Helmstedt als Stagnationsgebiet ohne besondere Bedeutung für den lokalen Luftaustausch eingeordnet, das bei austauscharmen, windschwachen Wetterlagen mit Dunst oder Nebel auf empfindliche Menschen belastend wirken kann. Durch seine Nähe zum Beienroder Holz können jedoch bioklimatische und lufthygienische Belastungen im Plangebiet abgemildert werden.

Besondere Schadstoff-, Abgas- und Staubbelastrungen bestehen nicht.

Die Funktionsfähigkeit von Klima/Luft dieses Raumes im Naturhaushalt und für den Menschen wird im LRP als beeinträchtigt eingestuft.²⁹

Bewertung

In klimaökologischer Hinsicht ist das aus Weide ohne Baumbestand bestehende Planungsgebiet mit einer mittleren Kaltluftproduktivität angesichts seiner Lage am Rand der Schunteraue mit einer dörflich geprägten Siedlungsstruktur ohne signifikante Kaltluftabflüsse als beeinträchtigter Bereich zu betrachten und nach dem Breuer-Modell der Wertstufe 2 (Bereich von Bedeutung) einzuordnen.

Aus dem Kfz-Verkehr der in 10 m Entfernung verlaufenden Kreisstraße K 38 können sich Schadstoffe anreichern.

3.2.6

Schutzgut Landschaftsbild und Landschaftserleben (Erholung)

3.2.6.1

Orts- und Landschaftsbild

Das Plangebiet liegt am östlichen Siedlungsrand des Ortsteils Flechtorf. Das Landschaftsbild ist hier durch eine Einfamilienhausbebauung mit Ziergärten geprägt. Diese werden als schlecht eingebundene, das Landschaftsbild beeinträchtigende Gebäude bewertet. Im Anschluss an die vorhandene Bebauung ist der Landschaftsraum durch gegliederte Acker- und Grünlandflächen der Schunteraue mit naturnahen Einzelstrukturen gekennzeichnet. Biotope mit hoher oder sehr hoher Erlebnisqualität kommen in unmittelbarer Nähe vor. Im Anschluss an die Wohnbebauung im Süden beherrscht der gut ausgebildete Waldrand des Beienroder Holzes.

Das Landschaftsbild ist weiterhin geprägt durch das Relief des vorderen Westerberges mit einer deutlich wahrnehmbaren Hangneigung.

²⁹ Ebenda, Karte 5 Klima/Luft.

Für das Landschaftserleben ist die Hanglage mit einem gesamten Höhenunterschied von über 10 m zwischen Schunterniederung und Hügelkuppe prägend. Weite freie Blickbeziehungen insbesondere in westliche, nördliche und östliche Richtungen sind möglich, die das Erlebnis einer geschlossenen vielfältigen Landschaftseinheit vermitteln.

Die Wertungen der einzelnen Eigenschaftsmerkmale Vielfalt, Eigenart und Naturwirkung, die unter dem Begriff Landschaftsbild zusammen gefasst werden können, werden im LRP mit 5 verschiedenen Stufen dargestellt (hoch, mäßig bis hoch, mäßig, gering bis mäßig, gering).

In dem betroffenen Erlebnisraum werden die drei Eigenschaftsmerkmale Vielfalt, Eigenart und Naturwirkung als mäßig bewertet.³⁰

Weite freie Blickbeziehungen, die das Landschaftserleben prägen, insbesondere in westliche und südwestliche Richtungen (auf das Liep in 500 m Entfernung), sind möglich. Diese vermitteln das Erlebnis einer z.T. geschlossenen vielfältigen Landschaftseinheit.

Das Landschaftsbild am und südwestlich des Standortes zeichnet sich durch folgende Eigenschaften aus:

- Bereich mit hohem Anteil naturnaher Elemente bzw. natürlich wirkender Biotoptypen im unmittelbar benachbarten Bereich des Vorhabens,
- natürliche landschaftsbildprägende Oberflächenform (Hang),
- dörflicher Siedlungsrand ohne regional- oder ortstypische Bauformen,
- eingegrünter Ortsrand verglichen mit der Baukörpergestalt,
- bei vorhandener Grundstückseinfassung vorherrschende Verwendung von nicht heimischen Gehölzen (Lebensbaum, etc).
- einen niedrigen Grad an Zerschneidung durch stark befahrene Verkehrsstrassen wie Autobahn, Bundesstraße.

3.2.6.2 Erholung

Nahe, attraktive Landschaftselemente und -Komplexe in einem Umkreis von 500 m laden zu wohnungsnahen Erholungsaktivitäten ein.

- die ackerbaulich genutzten Flächen des vorderen und hinteren Westerberg, mäßig durch Gehölzbestände strukturiert und mit besonderen Blickbeziehungen,
- die schunterniederung geprägt durch Grünlandflächen, teils gegliedert durch Gehölzstrukturen teils durch feuchte Ruderalflächen, Röhrichtbestände und Gräben sowie ein naturnahes Stillgewässer,
- die großflächigen Eichen-Hainbuchenwälder und Mischwälder des Beinroder Holzes.

Alle diese Bereiche sind gut mit ausgebauten land- und forstwirtschaftlichen Wegen ausgestattet und vom Plangebiet gut erreichbar.

Zusammenfassend besitzt die Planfläche und seine Umgebung ein ansprechendes, abwechslungsreiches Landschaftsbild mit hohem Erholungswert.

³⁰ Ebenda, S. 107

Vorbelastung / Empfindlichkeit

Das Planungsgebiet und das umgebende Areal haben durch die leicht bewegte Topographie sowie die Nähe zu wertvollen Naturräumen ein hohes Potential für die Erholung in der freien Landschaft. Allerdings weisen in diesem Landschaftsausschnitt durch Einzelobjekte wie die „Flechtorfer Mühle“ und das Gewerbegebiet „Rückwinkel/-Rückanger“ aufgrund ihrer besonderen Fernwirkung ein besonders hohes visuelles Störpotential auf. Des weiteren wird die Landschaft durch die überörtlich bedeutsamen Straßen A 39 sowie die Kreisstraße K 38 technisch überprägt. Von ihnen gehen zudem Lärm- und Schadstoffemissionen aus, die zu einer Minderung der Erholungsqualität der Landschaft führen.

Bewertung

In der Karte 6 des Landschaftsrahmenplanes des Landkreises Helmstedt „Voraussetzung für die Erholung und Natur und Landschaft“ wird der Planbereich und seine Umgebung als mäßig beeinträchtigter Raum - die zweite von vier Wertstufen - bewertet.

Im Landschaftsplan befindet sich das Plangebiet innerhalb einer kleinen Landschaftsbildeinheit mit mittlerer Bedeutung, das nach Norden und Süden von Landschaftsbildeinheit mit sehr hoher Bedeutung umgeben ist.

Nach dem Breuer-Modell wird für das Untersuchungsgebiet das Schutzgut Landschaftsbild von allgemeiner Bedeutung (Wertstufe 2) beurteilt.

3.2.7

Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter

Innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes sind weder Bodendenkmäler noch Anlagen nach § 4 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NDSchG), die dem Denkmalschutz unterliegen, oder andere wertvolle Kultur- und sonstige Sachgüter bekannt. Bezüglich dieses Schutzgutes ist das Plangebiet ohne Bedeutung.

3.2.8

Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern

Die o.g. Schutzgüter stehen in Beziehung zueinander. Die getroffenen Festsetzungen und Maßnahmen des Vorhabens können sich positiv oder negativ auf die jeweiligen Schutzgüter auswirken.

Die Wirkungen der Versiegelung haben Folgewirkungen sowohl auf den Boden als auch auf den Wasserhaushalt, diese wiederum auf das Kleinklima und damit auf die Standorte bestimmter Tiere und Pflanzen.

Die Überbauung führt zum Verlust belebten intensiv genutzten Bodens sowie von Versickerungs- und Verdunstungsfläche. Mit dem Vorhaben können angrenzende Lebensräume für die heimische Tierwelt beeinträchtigt werden. Das Landschaftsbild wird über das jetzige Maß hinaus negativ verändert.

Die Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern im Bestand wirken sich nicht erheblich nachteilig auf einzelne Schutzgüter aus.

Es ist keine relevante, über die oben beschriebenen Wirkungen hinausgehende Verstärkung der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern durch das Bauvorhaben zu erkennen.

4 BESCHREIBUNG DER ZU ERWARTENDEN ERHEBLICHEN NACHTEILIGEN AUSWIRKUNGEN

4.1 Beschreibung der Wirkfaktoren

Die vom Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“ zu erwartenden Umweltauswirkungen sind im Folgenden differenziert nach anlage-, bau- und betriebsbedingten Wirkfaktoren dargestellt.

4.1.1 Baubedingte Wirkfaktoren

Flächeninanspruchnahme/Bodenverdichtung

Die nicht bebaute Fläche der jeweiligen Grundstücke wird vorübergehend als Lager- oder Arbeitsfläche in Anspruch genommen. Innerhalb der Arbeitsflächen wird der Boden durch Baumaschinen verdichtet.

Bodenentnahme, Abgrabungen, Aufschüttungen

Zum Bau des Wohngebietes werden Bodenentnahme für Rückhaltungsmaßnahmen und Erdarbeiten für Abgrabungen erforderlich sein.

Wasserentnahmen

Im westlichen Teil des geplanten Baugebietes liegen nur geringe Grundwasserabstände zur Oberfläche vor. Aus diesem Grund sind bei unterkellelter Bauweise Maßnahmen zum Schutz gegen Grund- und Stauwasser erforderlich.

Mit Entnahme von Grundwasser ist nicht zu rechnen.

Abwässer

Mit dem Anfall baubedingter Abwässer ist zu rechnen.

Erschütterungen

An- und abfahrende Baufahrzeuge verursachen Erschütterungen.

Licht

Der Baubetrieb erfolgt in der Regel bei Tage.

Lärm

Während der Bauzeit sind beim Betrieb von Baumaschinen, dem Abtransport von Bodenmassen und der Anlieferung von Baustoffen Lärmentwicklungen zu erwarten.

Luftverunreinigungen

Der Betrieb von Baumaschinen und Transportfahrzeugen führt zu einem Ausstoß von Luftschadstoffen.

Abfälle

Abfallstoffe unterschiedlichster Art fallen u.a. durch den Betrieb von Maschinen sowie durch überschüssige Bau- und Verpackungsmaterialien an.

Optische Störungen

Sie können bei Tierarten zur Aufgabe der Nahrungssuche oder des Brutplatzes führen.

Visuelle Wirkfaktoren

Die gesamte Baustelle mit ihren Arbeitsflächen, den im Betrieb befindlichen Baufahrzeugen und dem LKW-Verkehr wird das Erscheinungsbild der Landschaft vorübergehend verändern.

4.1.2 Anlagebedingte Wirkfaktoren

Flächeninanspruchnahme

Sie führt zum vollständigen Verlust von Bodenfunktionen und Lebensräumen für Pflanzen und Tiere.

Veränderung des Kleinklimas

Im direkten Umfeld der versiegelten Flächen kommt es zur Veränderung des Mikroklimas.

Veränderung des Grundwassers

Durch die Versiegelung verringert sich die für die Infiltration von Regenwasser vorhandene Fläche. Das von den versiegelten Verkehrsflächen abfließende Wasser erhöht das Risiko von Schadstoffeinträgen in das Grundwasser.

Veränderung des Niederschlagsabflusses

Das anfallende Oberflächenwasser versickert nicht vor Ort, sondern wird direkt in die Vorflut abgeleitet.

Visuelle Wirkfaktoren

Von den zu errichtenden Gebäuden können optische Störwirkungen ausgehen.

Die derzeitigen Lichtverhältnisse werden sich ändern. Straßenverkehrsanlagen werden mit Beleuchtungsanlagen ausgestattet.

4.1.3 Betriebsbedingte Wirkfaktoren

Abwässer

In Abhängigkeit vom Verkehrsaufkommen wird das auf den Verkehrsflächen anfallende Regenwasser mit Schadstoffen belastet.

Erschütterungen

Mit schwerwiegenden betriebsbedingten Erschütterungen ist nicht zu rechnen.

Lärm

Die angrenzenden Wohnbereiche und die Tierlebensräume werden stärker als bisher verlärm.

Optische Störungen

Sie können bei einzelnen Tierarten zur Aufgabe der Nahrungssuche oder des Brutplatzes führen.

Luftverunreinigungen

Durch den Kfz-Verkehr wird die Luft mit Schadstoffen angereichert.

5 BEWERTUNG DER ZU ERWARTENDEN NACHTEILIGEN AUSWIRKUNGEN DURCH DIE PLANUNGSMAßNAHMEN

5.1 Schutzgut Mensch

5.1.1 Verkehrslärm

Bei städtebaulichen Aufgabenstellungen wie der Aufstellung eines Bebauungsplans ist die DIN 18005 Teil 1 „Schallschutz im Städtebau“ von Juli 2002 in Verbindung mit dem Beiblatt 1 zu DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“ Teil 1 'Schalltechnische Orientierungswerte für die städtebauliche Planung' von Mai 1987 die maßgebliche Beurteilungsgrundlage. Für die Gebietsart Allgemeines Wohngebiet (WA) ist der Orientierungswert in dB(A) tags (6.00-22.00) 55 dB(A), nachts (22.00-6.00 - lauteste Nachtstunde) 45 dB(A) festgelegt.

Nach der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) sind für WA-Gebiete Immissionsgrenzwerte von 59 / 49 dB(A) einzuhalten.

Die Erschließung des Baugebietes erfolgt von Süden über die Kreisstraße K 38, die den Verlauf der inneren Erschließung weitestgehend bestimmt.

Konflikte für die südlich und westlich angrenzende Wohnbebauung können durch eine Erhöhung des Kfz-Verkehrs entstehen. Zur Untersuchung dieser Frage ist ein Schallgutachten erstellt worden.³¹

Baubedingte Wirkungen

Während der Bauphase ist mit erhöhter Entwicklung von Lärm und Staub durch Baufahrzeuge und Baumaschinen zu rechnen.

Anlagebedingte Wirkungen

Es sind keine Wirkungen vorhanden.

Betriebsbedingte Wirkungen

Eine Beeinträchtigung der Wohn- und Wohnumfeldqualität der angrenzenden Wohnbebauung kann durch Schallemissionen durch Besucher- und Lieferverkehr erfolgen. Da die Erschließung über die Kreisstraße K 38 erfolgt, können Konflikte für die Anlieger der Kreisstraße durch eine Erhöhung des Kfz-Verkehrs entstehen.

Vom geplanten Wohngebiet ist ein Verkehrsaufkommen von voraussichtlich ca. 220 Kfz/Tag (33 Wohneinheiten - 1,5 PKW/WE – 4 x am Tag bewegt + Besucher und Versorgungsdienste) zu erwarten.

Da es sich um eine bestehende Straße handelt, löst die verkehrliche Erschließung des neuen Baugebietes unter Berücksichtigung der Vorsorgengrenzwerte der 16. BImSchV keinen Anspruch auf Lärminderungsmaßnahmen für die jetzigen Anlieger der Beienroder Straße aus. Jedoch um die Lärmbelastung entlang des geplanten Baugebietes zu reduzieren, ist beabsichtigt der Standort der Ortstafel an den östlichen Rand des Baugebietes zu verlegen, da die Höhe der Lärmimmissionen (Roll- und Windgeräusche eines Fahrzeuges) bekanntlich von der gefahrenen Geschwindigkeit abhängt. Dies wird auch

³¹ Bonk-Maire-Hoppmann GbR: Bebauungsplan „Vorderer Westernberg“, Ortschaft Flechtort, Gemeinde Lehre, Mittelungspegel durch Straßenverkehrslärm von der K 38 und der BAB 39; Garbsen/Hannover-Berlin-Jena-Rostock, 05.06.2013

notwendig, um den verkehrlichen Anforderungen an der Sicherheit im Einmündungsbereich gerecht zu werden.

Bewertung

Es wird eingeschätzt, dass mit der Planung von 33 Einfamilienhäusern mit Anschluss an die Kreisstraße K 38 die Immissionsgrenzwerte der Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) eingehalten werden.

Eine erhebliche Lärmbelastung der angrenzenden Wohn- und Dorfbereiche durch den zusätzlichen Ziel- und Quellverkehr im Plangebiet ist nicht zu erwarten.

5.2 Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften

5.2.1 Biotoptypen/Flora

Zur Errichtung der Wohnbebauung erfolgen folgende eingriffswirksame Maßnahmen:

- Vollversiegelung durch Straßenverkehrsflächen von 3.030 qm Weidenflächen,
- Verlust durch Straßenverkehrsflächen von 220 qm Mesophiles Weißdorn-/Schlehengebüsch im Rahmen der Erschließung,
- Teilversiegelung durch Bebauung von 22.436 qm Weidenflächen,
- Umwandlung einer ca. 1.221 qm großen Weidenfläche zur Anlage eines Regenwasserrückhaltebeckens,
- Vollversiegelung durch eine 10 m lange Verrohrung eines nährstoffreichen Grabens mit Ruderalflur,
- Umwandlung einer ca. 3.064 qm großen Weidenfläche in eine öffentliche Grünfläche.

Baubedingte Wirkungen

Während der Bauphase ist mit Staubemissionen zu rechnen, die zu einer temporären Funktionsbeeinträchtigung von benachbarten Lebensräumen führen können.

Die Bebauung des Geländes zur Wohnbebauung sowie die Straßenverkehrsflächen führen zum kleinflächigen Verlust von intensiv bewirtschafteten Grünlandflächen und von Heckenstrukturen insbesondere mit der notwendigen Einsehbarkeit des Einmündungsbereiches an der Kreisstraße K 38.

Durch die Verrohrung des Entwässerungsgrabens findet ein kleinflächiger Totalverlust der Grabenvegetation statt und bringt gleichzeitig die Zerstörung der daran gebundenen Flora und Fauna mit sich. Die verrohrte Fläche steht der Pflanzenproduktion nicht mehr zur Verfügung. Wasser reinigende Effekte entfallen. Durch die Maßnahme wird auf kleiner Fläche der Fauna die Nahrungsgrundlage und der Lebensraum entzogen.

Anlagebedingte Wirkungen

Durch die geplante Bebauung werden landwirtschaftliche Flächen in Anspruch genommen. Im Eingriffsraum liegen keine Wuchssorten der gefährdeten Hügellandsippen, der besonders geschützten Sippen nach Bundesnaturschutzgesetz oder der gefährdeten Flachlandsippen vor. - Der Eingriff ist als unerheblich zu betrachten -

Durch die Anlage von Hausgärten werden neue Lebensräume für an den Siedlungsraum angepasste Arten geschaffen. Diese Flächen werden – je nach Ausstattung – eine geringe bis mittlere Lebensraumbedeutung für Pflanzen haben.

Durch die Anlage eines Rückhaltebeckens wird eine Weidefläche in Anspruch genommen. Sie führt zum Verlust des Biotoptyps. Die abgetragene Fläche steht zeitweise der Pflanzenproduktion nicht mehr zur Verfügung. Mit der Regenwasserrückhaltung wird ein technisches Bauwerk geschaffen, das als naturfernes Stillgewässer eingestuft wird. Durch die Maßnahme findet ein Biotopwertverlust statt.

Betriebsbedingte Wirkungen

Durch die Regenwasserrückhaltung wird ein technisches Bauwerk geschaffen, das regelmäßig unterhalten wird. Mit der regelmäßigen extensiven Mahd entsteht anstelle der Weidefläche punktuell ein geringwertiges Biotop (artenreicher Scherrasen).

Bewertung

Die Weideflächen besitzen i. d. R. eine geringe Bedeutung für den Schutz von Arten- und Lebensgemeinschaften. Die Wildkrautfluren sind durch die Intensität der Bewirtschaftung sehr stark verarmt und werden an Randstreifen und Böschungen zurückgedrängt.

Im Eingriffsraum liegen keine Wuchssorten der gefährdeten Tieflandsippen sowie der besonders oder streng geschützten Sippen nach Bundesnaturschutzgesetz vor.

Eine Erheblichkeit von Beeinträchtigungen des Schutzgutes Arten- und Lebensgemeinschaften (Biotoptyp/Flora) durch das Vorhaben liegt vor, da Biotoptypen der Wertstufe V - III vorkommen.

5.2.2 Fauna

5.2.2.1 Artenschutzrechtliche Prüfung

Aufgrund der im Umfeld des Plangebietes potentiell vorkommenden geschützten Arten kann angenommen bzw. zumindest nicht ausgeschlossen werden, dass die Wirkungen des Vorhabens (Bebauung) zu artenschutzrechtlichen Konflikten führen können. Hierzu zählen:

- Mittelspecht und Schwarzspecht,
- Breitflügelfledermaus, Großer Abendsegler, Kleiner Abendsegler, Zwergfledermaus und Mopsfledermaus,
- Fischotter,
- Rotmilan.

Für diese Arten ist damit eine potentielle Betroffenheit hinsichtlich der Zugriffsverbote des § 44 (1) 1-3 BNatSchG anzunehmen, die es gilt im Vorfeld einzuschätzen.

Fortpflanzungs- und Ruhestätten

Die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung dient der artspezifischen Überprüfung, ob die Aufstellung des B-Planes geeignet ist, die Verbote des § 44 Abs. 1 Nr. 1-3 BNatSchG in Zusammenhang mit Abs. 5 zu erfüllen.

Die Verbote beinhalten im Einzelnen:

- wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,
- wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert,
- Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören.

Einschränkungen dieser Verbote finden sich in § 44 Abs. 5 Satz 2 BNatSchG:

Sind in Anhang IV Buchstabe a der FFH-Richtlinie aufgeführte Tierarten oder europäische Vogelarten betroffen, liegt ein Verstoß gegen das Verbot des Absatzes 1 Nr. 3 und im Hinblick auf damit verbundene unvermeidbare Beeinträchtigungen wild lebender Tiere auch gegen das Verbot des Absatzes 1 Nummer 1 nicht vor, soweit die ökologische Funktion der vom Eingriff betroffenen Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt wird. Soweit erforderlich, können hierfür auch vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen festgesetzt werden.

Wenn die besonders geschützten Arten von den artenschutzrechtlichen Verboten bei Planungs- und Zulassungsvorhaben praktisch pauschal freigestellt sind, werden die Belange der national geschützten Arten prinzipiell im Rahmen der Eingriffsregelung berücksichtigt.

Nahrungs- und Jagdhabitate

Nahrungs- und Jagdhabitate unterliegen nicht den Bestimmungen des § 44 (1) BNatSchG. Allerdings ist von einer artenschutzrechtlichen Relevanz von Nahrungsstätten auszugehen, wenn die geschützte Fortpflanzungs- und Ruhestätte infolge der Vernichtung einer mit ihr in einem direkten funktionalen Zusammenhang stehenden Nahrungsstätte an Wert verlieren würde.

5.2.2.2 Brutvogelarten

MITTELSPECHT UND SCHWARZSPECHT

Fang, Verletzung, Tötung gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG

Die Wiesen- und Weidenflächen sowie die zukünftige Bebauung stellen keine wichtigen Lebensräume der Spechte dar, da die Arten ihre Jagdgebiete und Quartiere in Waldbereichen haben.

Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt.

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG

Siehe oben

Störung der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG

Durch Baustellenverkehr und Betrieb der Anlage ist mit zusätzlichen Schadstoff-, Schall- und Lichtemissionen zu rechnen.

Für diese lärmempfindliche Artengruppe³² wird eingeschätzt, dass durch die Entfernung zum Bauvorhaben (250 m und 700 m südlich des geplanten Baugebietes) die Zunahme der Beeinträchtigung (Vorbelastung durch die Kreisstraße K 38) zu keinem Verlassen eines vorhandenen bzw. potentiellen Brutreviers und zur Abnahme des Reproduktionserfolges führen wird.

ROTMILAN

Durch die geplante Überbauung verliert der Nahrungsgast Rotmilan Nahrungsflächen. Da die Art große Raumannsprüche (struktureiche Landschaft aus Äckern, Grünland, Gewässern oder Dorfrandbereiche) zum Nahrungserwerb aufweist, wird die Art in den angrenzenden Bereichen genügend Strukturen vorfinden, die als Nahrungsraum geeignet sind. Diese Verkleinerung des Jagdhabitates ist für diese Art flächenmäßig nicht relevant. Eine Prüfung nach § 44 BNatSchG für diese geschützte Vogelart ist somit nicht erforderlich.

5.2.2.3 Fledermäuse

BREITFLÜGELFLEDERMAUS

Fang, Verletzung, Tötung gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG

Die vom Bauvorhaben betroffenen Flächen sind keine Lebensräume der Art. Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt.

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG

Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt, da Quartiere der Breitflügelfledermaus nicht im Planbereich liegen.

Störung der Fortpflanzungs- Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG

Die Grünlandfläche sowie die zukünftige Bebauung stellen keine wichtigen Lebensräume der Breitflügelfledermaus dar, da die Art ihr Jagdgebiet bevorzugt im Siedlungsbereich an Gebäuden, Bäumen, beleuchteten Plätzen und Straßen hat. Damit tritt der Verbotstatbestand nach § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG nicht ein.

GROSSER ABENDSEGLER - KLEINABENDSEGLER

Fang, Verletzung, Tötung gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG

Akustisch aktiv jagende Fledermausarten sind wenig sensibel gegenüber Lärmwirkungen und können den Straßenraum und seine parallel verlaufenden Vegetationsstrukturen frequentieren. Aufgrund der geringen Verkehrsstärke zum und im Baugebiet in der Aktivitätszeit der beiden Arten sind Kollisionsverluste sehr unwahrscheinlich. Darüber hinaus erfolgt der Jagdflug beider meistens über 10 m Höhe über dem Gelände.

³² eine mögliche Störung der Kommunikationssignale dieser Vogelarten ist ab einem Störschallpegel von 47 dB(A) zu verzeichnen. Reck, Herden, Rasmus & Walter (2001) und Reck et al (2001) liefern Eckwerte, wonach Immissionsgebiete 54- 47 dB(A) die Lebensraumeignung um ca. 10-40 %, gemessen an der momentanen Revierdichte, mindern.

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG

Negative Wirkungen durch Lärm können insgesamt vernachlässigt werden, da Kleinabendsegler und Großer Abendsegler sehr bedingt lärmempfindlich sind bzw. nicht auf niedrigfrequente Geräusche von Fahrzeugen reagieren.

Störung der Fortpflanzungs- Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG

Die jetzigen Grünlandflächen stellen keine wichtigen Lebensräume des Großen Abendseglers dar, da die Art ihr Jagdgebiet bevorzugt sowohl an Wäldern als auch im Offenland, an Gewässern und im Siedlungsbereich an beleuchteten Plätzen und Straßen hat.

Da beide Arten wenig lichtempfindliche Fledermausart sind, die bei der Jagd oft in der Nähe von Beleuchtungskörpern beobachtet wird, ist eine Beeinträchtigung der Arten durch Beleuchtungsanlagen des geplanten Baugebietes nicht zu erwarten.

Dabei wird der Kleinabendsegler durch seine Fähigkeit unterstützt, einen raschen Wechsel zwischen den im Untersuchungsgebiet vorhandenen vielfältigen Jagdgebieten zu vollziehen.

Negative Wirkungen durch Lärm können insgesamt vernachlässigt werden, da die beiden Arten sehr bedingt lärmempfindlich sind bzw. nicht auf niedrigfrequente Geräusche von Fahrzeugen reagieren.

ZWERGFLIEDERMAUS

Fang, Verletzung, Tötung gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG

Die vom Bauvorhaben betroffenen Flächen sind keine Lebensräume der Art. Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt.

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG

Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt, da Quartiere der Zwergfledermaus nicht im Planbereich liegen.

Störung der Fortpflanzungs- Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG

Die Zwergfledermaus nutzt als Jagdlebensraum im Untersuchungsgebiet die Gehölzstrukturen um den Schuntersee. Somit sind Beeinträchtigungen durch Zerschneidung, Barriere und/ oder Kollisionswirkung im Bereich von bedeutenden Flugwegen/Jagdhabitaten in Bezug auf die Zwergfledermaus durch das Bauvorhaben nicht zu erwarten.

Durch die Anlage von Hausgärten werden neue Nahrungs-, Rückzugs- und Lebensräume für diese an den Siedlungsraum angepasste Art geschaffen. Diese Flächen sowie besonders die Baum- und Heckenpflanzungen um das Baugebiet können als Jagdhabitats von der Zwergfledermaus genutzt werden.

MOPSFLEDERMAUSFang, Verletzung, Tötung gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG

Die Wiesen- und Weidenflächen sowie die zukünftige Bebauung stellen keine wichtigen Lebensräume der Mopsfledermaus dar, da die Art ihr Jagdgebiet bevorzugt in Waldbe-
reichen hat. Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt.

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG

Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt, da Quartiere der Zwergfledermaus nicht im Planbereich liegen.

Störung der Fortpflanzungs- Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG

Bei der Planung werden Quartiere der Mopsfledermaus als maßgebliche Bestandteile nicht so verändert oder gestört, dass sie ihre Funktion für das Erhaltungsziel „Schutz und Entwicklung naturnaher Eichen-Hainbuchen- und Buchenwälder als Teillebensraum der Mopsfledermaus, Sicherung der Fledermausquartiere in den alten Bunkern“ nur noch in deutlich eingeschränkter Form erfüllen würden.

Relevante Beeinträchtigungen von Flugwegen der überwiegend strukturgebundenen relativ niedrig über dem Boden (2-5 m) fliegenden Mopsfledermaus sind nicht zu erwarten.

5.2.2.4 FischotterFang, Verletzung, Tötung gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG

Die vom Bauvorhaben betroffenen Flächen sind keine Lebensräume der Art. Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt. Damit tritt der Verbots-
tatbestand gemäß § 44 (1) Nr. 1 BNatSchG nicht ein.

Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- oder Ruhestätten gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG

Bau-, anlage- und betriebsbedingte Wirkungen finden nicht statt, da im Bau-
feld sich keine Fortpflanzungs- und Ruhestätten des Otters befinden. Relevante Beeinträchtigungen der Art sind entsprechend nicht zu erwarten. Damit tritt der Verbotstatbestand gemäß § 44 (1) Nr. 3 BNatSchG nicht ein.

Störung der Fortpflanzungs- Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten gemäß § 44 (1) Nr. 2 BNatSchG

Erhebliche vorhabensbedingte Lärm-, Licht- und Scheuchwirkungen durch das geplante Baugebiet, die zu einem vorübergehenden Verlust von Teilen des Lebensraumes der Art führen könnten, sind nicht zu erwarten, da

- Barriere- und Isolationswirkung durch die Baumaßnahme nicht verursacht werden; mit der Beeinträchtigung einer Verbundachse oder eines Wanderkorridors des Fischotters ist nicht zu rechnen,
- der Fischotter überwiegend dämmerungs- und nachtaktiv ist und eine geringe Empfindlichkeit gegenüber Störwirkungen wie Verkehrslärm und Licht aufweist,
- das geplante Wohngebiet sich in ca. 300 m Entfernung der Schunter befindet,

- eine bedeutende Zunahme des Verkehrs auf dem Westerberg Weg nicht zu erwarten ist.

5.2.2.4.1 Bewertung der Beeinträchtigungen der Brutvögel und Nahrungsgäste im Rahmen der EingriffsregelungBaubedingte Wirkungen

Während der Bauphase ist mit akustischen und optischen Störungen zu rechnen, die zur Aufgabe der Nahrungssuche der Vogelfauna führen können. Das Gebiet wird nicht mehr aufgesucht.

Während der Bauphase ist mit Störungen (Schall, Lärm, Staub, optische Störreize) zu rechnen, die zu einer temporären Funktionsbeeinträchtigung von benachbarten Lebens-
räumen, insbesondere der angrenzenden Acker-, Wiesen, und Waldflächen führen, die das Verlassen eines potentiellen Brutreviers und/oder die Abnahme des Reproduktions-
erfolges einer gefährdeten Vogelart der Vogelschutzrichtlinie nach sich ziehen kann.

Der Transferkorridor für die planungsrelevanten geschützten Tierarten zwischen den räumlich getrennt liegenden Teile der Natura 2000 Gebieten (FFH- und EU-Vogelschutz-
gebiete) im Bereich des Beienroder Holzes und des Flechtorfer Holzes nimmt eine Breite von ca. 920 m zwischen der Bundesautobahn BAB 39 und dem östlichen Ortsrand von Flechtorf ein. In Bezug auf die FFH-Verträglichkeit des Vorhabens sind folgende Arten wertbestimmend:

Mopsfledermaus, Grauspecht, Mittelspecht, Schwarzspecht und Rotmilan.

Die Mopsfledermaus nutzt z. Z. als Hauptleitlinie zwischen Beienroder und Flechtorfer Holz ein im Korridor zentral gelegenes ca. 0,6 ha großes naturnahes Feldgehölz begleitet mit Weißdorn-/Schlehengebüsch (HN/BMS) sowie eine daran in nördlicher Richtung anschließende 15 m breite und 270 m lange Strauch-Baum-Hecke (HFM)³³. Sie meidet auf ihren Jagdflügen Siedlungen.

Durch den Bebauungsplan wird der 920 m breite Durchflugkorridor für die Mopsfleder-
maus um etwa 170 m eingeengt.

Relevante Beeinträchtigungen von Flugwegen der überwiegend strukturgebundenen relativ niedrig über dem Boden (2-5 m) fliegenden Mopsfledermaus sind durch die lücken-
lose und ausreichend dimensionierte Anbindung vorhandener Bepflanzung und Land-
schaftsstrukturen nicht zu erwarten. Funktionale Beeinträchtigungen dieser landschaft-
lichen Leitstrukturen durch Zerschneidungs-/ Barrierewirkungen werden durch das Bau-
vorhaben nicht entstehen. (Dies gilt auch für die anderen FFH Anhang IV-Fleder-
mausarten).

Für die Mopsfledermaus gilt, dass ein Verlust von Habitatbeständen durch die Planung nicht begründet wird. Da die Mopsfledermaus als ausbreitungsstarke Art über eine Stand-
ortdynamik mit relativ großen Aktionsräumen (8-10 km) ausgestattet ist, wird es ihr ermö-
glicht über die Schaffung geeigneter bzw. geänderter Ausweichrouten ihre potentiellen
Jagdgebiete zu erreichen und somit ihre Nahrungsgrundlage aufrecht zu erhalten. Jede
Einengung eines Wanderkorridors führt nicht zwangsläufig zu einer Verschlechterung des
Erhaltungszustands der Art. Jeder Flächenverlust in einem Wanderkorridor der Mops-

³³ Vgl. Schmerber J.-M., Kreisel B.: Umweltverträglichkeitsstudie zum Bebauungsplan „Rückwinkel /Rückanger“, Wolfenbüttel, S. 21-22, 2002.

fledermaus ist auch nicht mit einer Abnahme ihres Verbreitungsgebiets gleichzusetzen, das weit über alle Grenzen des FFH-Gebietes reicht³⁴. Durch telemetrische Messungen wurden Jagdgebiete der aus dem Beienroder Holz kommenden Mopsfledermaus im Wäldchen „Wilshop“ nördlich von Klein Brunsrode 2006 nachgewiesen³⁵.

Durch die Bebauung der bislang offenen landwirtschaftlichen Flächen ist mit einer Barrierewirkung der Wohnbebauung für die Mopsfledermaus auf ihren Transferflügen zwischen den Wäldern nicht zu rechnen. Das Erreichen potentieller Jagdgebiete im Flechtorfer Holz ist weiterhin gesichert. Mit der Reduzierung des Durchflugskorridors ist ein signifikanter Isolationseffekt nicht zu erwarten.

Bei der Vorprüfung des Einzelfalls im Rahmen der Feststellung der UVP-Pflicht des Bauvorhabens „Vorderer Westerberg“ wurde auf Grund einer überschlägigen Prüfung nach den Kriterien der Anlage 2 zum UVPG prognostiziert, dass durch die Realisierung des geplanten Vorhabens keine Anhaltspunkte für nachteilige Umweltauswirkungen auf die FFH-Gebiete DE 3630-302 und DE 3629-301 sowie das EU-Vogelschutzgebiet SPA 3630-401 in ihren für die Erhaltungsziele maßgeblichen Bestandteilen (§ 34 BNatSchG) vorliegen.

Zusammenfassend liegen Beeinträchtigungen der Integrität der FFH-Gebiete DE 3629-301 und DE 3630-302 sowie des Europäischen Vogelschutzgebietes DE 3630-401 oder des Schutzzweckes maßgeblicher Bestandteile dieser Gebiete in Anlehnung an ihre festgelegten Erhaltungs- und Entwicklungsziele nicht vor. Eine Beeinträchtigung der Lebensraumtypen sowie der wertbestimmenden Tierarten der 3 Natura 2000-Gebiete sind nicht zu erwarten und die potentiellen Projektauswirkungen des Projektes überschreiten nicht etwaige Bagatellschwellen für die planungsrelevanten LRT und Arten (Siehe Umweltbericht S. 4-5). Eine FFH-Vorprüfung ist somit entbehrlich.

Anlagebedingte Wirkungen

Die Bebauung des Geländes zur Wohnbebauung sowie die Errichtung von Straßenverkehrsflächen führen zum Verlust von Nahrungsräumen.

Durch das Planungsvorhaben kommt es zu einem Verlust des angestammten Nahrungsraumes einer Art der EU-Vogelschutzrichtlinie, des Rotmilans.

Durch die Anlage von Hausgärten werden neue Nahrungs-, Rückzugs- und Lebensräume für an den Siedlungsraum angepasste Arten geschaffen. Diese Flächen werden – je nach Ausstattung - eine geringe bis mittlere Lebensraumbedeutung für Pflanzen und Tiere haben.

Betriebsbedingte Wirkungen

Durch den Betrieb der Anlage ist potentiell mit Beeinträchtigungen (Lärm, Licht, optische Störreize) und Beunruhigungen (erhöhter Erholungsdruck) zu rechnen, die zu einer geringfügigen Funktionsbeeinträchtigung von benachbarten Lebensräumen und somit zur Aufgabe eines Brutreviers von Brut- und Gastvögeln der angrenzenden Naturräume (Spechte) können.

³⁴ In Anlehnung am Urteil vom BVerwG 9 A 20.05 vom 17.01.2007.

³⁵ (Mühlbach E, Niermann L, 2006: Untersuchung der Mopsfledermaus (*Barbastella barbastellus*) [FFH-Code: 1308] im Bereich Beienroder Holz [FFH-Code: DE 3630-30] zur Ermittlung von Quartieren und Jagdlebensräumen der Art; Hannover)

Bewertung

Durch die geplante Überbauung verlieren die Nahrungsgäste Rotmilan Nahrungsflächen. Diese Verkleinerung der Jagdhabitate ist jedoch für die Arten flächenmäßig nicht relevant, da sie sich durch vielfältige große Raumansprüche (struktureiche Landschaft aus Äckern, Grünland, Gewässern oder Dorfrandbereiche) auszeichnen und in den angrenzenden Bereichen genügend Strukturen vorfinden werden, die als Nahrungsraum geeignet sind.

Mit der Planung findet daher keine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Arten- und Lebensgemeinschaften statt.

5.3

Schutzgut Boden

Baubedingte Wirkungen

Während der Bauphase ist durch Flächeninanspruchnahme und temporäre Stoffeinträge mit einer Beeinträchtigung der Bodenfunktionen (Bodenlebewelt, Filter- und Pufferfunktion) zu rechnen.

Aufgrund des Baustellenverkehrs mit schweren Fahrzeugen kommt es bei den strukturrempfindlichen Böden im Plangebiet zu verstärkten Bodenverdichtungen. Die daraus resultierende Verminderung des Porenvolumens führt zu irreparablen Veränderungen des Wasser-, Luft-, und Wärmehaushaltes im Boden mit gravierenden Auswirkungen für die Bodenlebewesen sowie das Pflanzenwachstum.

Prinzipiell kann es bei jeder Baustelle zum Verlust von Oberboden durch Erosionserscheinungen an frisch angelegten Böschungen oder Bodenmieten kommen. In diesem Baugelände kann jedoch durch die Hanglage eine verstärkte Bodenerosion nach Entfernen der Vegetationsschicht eintreten.

Anlagebedingte Wirkungen

Bei Verwirklichung der Planung kommt es zu einem naturschutzrechtlich ausgleichspflichtigen Verlust von offenem, belebtem Boden durch Versiegelung, Überbauung und Bodenentnahme durch das Regenwasserrückhaltebecken (Verlust von Filter- und Produktionsfunktionen). Die Versiegelung beträgt 3.030 qm Straßenverkehrsflächen, 10.096 qm überbaubare Grundfläche, die Teilversiegelung 269 qm Schotterrasenfläche und die Bodenentnahme für die Rückhaltung 1.221 qm. Betroffen sind Böden mit mittlerem landwirtschaftlichem Ertragspotential.

Mit der Begrenzung der Grundflächenzahl auf 0,3 wird der Erhalt von belebten Bodenzonen mit örtlicher Versickerung sichergestellt.

Die Aufgabe der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung führt zu einer Minderung des Stoffeintragsrisikos und die Anlage von Gärten zu einer lokalen Verbesserung der Bodeneigenschaften.

Betriebsbedingte Wirkungen

Betriebsbedingte Wirkungen sind nicht vorhanden.

Bewertung

Durch das Vorhaben wird die Bedeutung eines Gebietes mit Böden von allgemeiner Bedeutung für die versiegelten Bereiche um zwei Wertstufen verringert (von Wertstufe III auf Wertstufe I).

Durch die Planung findet daher eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden statt.

Diese erhebliche Beeinträchtigung ist nicht ausgleichbar, da eine ähnliche oder gleichwertige Wiederherstellung der Bodenfunktionen in gleicher Ausprägung und Größe mittelfristig nicht möglich ist. Es sind Kompensationsmaßnahmen durch die Aufwertung von für den Naturhaushalt weniger wertvollen Biotopen vorzunehmen.

5.4 Schutzgut Wasser

5.4.1 Grundwasser

Baubedingte Wirkungen

Während der Bauphase besteht eine erhöhte Gefahr der Verschmutzung des anstehenden Grundwassers im benachbarten Niederungsbereich, insbesondere bei Freilegung der Sandschicht durch Tiefbau- bzw. Gründungsarbeiten im westlichen Teil des Plangebietes (Verletzung der belebten Bodenschicht, Verminderung der Mächtigkeit der Bodenschichten).

Eine Veränderung der Grundwasserqualität und des Grundwasserstandes ist nicht zu erwarten, da eine Freilegung bzw. ein Anschnitt des Grundwasserleiters durch Oberbodenabtrag nicht beabsichtigt ist.

Während der Bauphase sind temporäre Stoffeinträge mit möglicher Verunreinigung des Grundwassers nicht zu erwarten.

Anlagebedingte Wirkungen

Als Folge der Versiegelung von Weidenflächen durch Verkehrsflächen und Bebauung ist der Verlust von Grundwasserneubildungsflächen zu verzeichnen. Die dezentrale Versickerung des auf überbauten und befestigten Flächen anfallenden unbelasteten Niederschlagswassers auf dem Grundstück ist auf Grund der Bodeneigenschaften nicht möglich (lehmiges Material). Das Oberflächenwasser wird direkt in die Vorflut abgeleitet und damit dem örtlichen Wasserhaushalt entzogen. Von der Anlage der Schmutz- und Regenwasserkanalisation geht eine Beeinträchtigung des Wasserhaushaltes im Boden hervor.

Mit der Begrenzung der Grundflächenzahl auf 0,3 wird jedoch auf den Gartenflächen eine örtliche natürliche Versickerung der Niederschläge in den Boden und Untergund sichergestellt.

Betriebsbedingte Wirkungen

Betriebsbedingte Stoffeinträge mit möglicher Verunreinigung des Grundwassers sind nicht zu erwarten.

Bewertung

Durch das Vorhaben ist eine erhebliche Reduzierung der Grundwasserneubildung und die Verringerung der Bedeutung des Gebietes hinsichtlich Natürlichkeitsgrad des Grundwassers nicht zu erwarten, da der Versiegelungsgrad < 50 % beträgt.

Mit der Rücknahme der grundwasserbelastenden landwirtschaftlichen Nutzung (Düngereintrag) wird die Bedeutung des Gebietes hinsichtlich Natürlichkeitsgrad des Grundwassers nicht verringert (gleiche Wertstufe).

Der Eingriff in den Wasserhaushalt ist als unerheblich zu beurteilen.

5.4.2 Oberflächengewässer

Bau- und anlagebedingte Wirkungen

Auszugleichen ist die Verrohrung eines Entwässerungsgrabens (Gewässer III. Ordnung) auf einer Länge von 10 m sowie die mit der Versiegelung in Zusammenhang stehenden nachteiligen Auswirkungen auf den örtlichen Wasserhaushalt durch die Veränderung der hydrologischen Verhältnisse insbesondere in der Schunterau (schnelle Ableitung des Regenwassers sowie eine Erhöhung der Gefahr von Hochwasserspitzen in den Vorfluter - Schunter).

Baubedingte Wirkungen

Durch die Verrohrung eines Gewässers III Ordnung und die Teilversiegelung einer Fläche von ca. 269 qm (Schotterweg des Unterhaltungstreifens) steht die an Anspruch genommene Fläche der Pflanzenproduktion nicht mehr zur Verfügung, Wasser reinigende Effekte entfallen. Auf kleiner Fläche wird der Fauna die Nahrungsgrundlage und der Lebensraum entzogen. Nachteiligen Auswirkungen auf den örtlichen Wasserhaushalt durch die Veränderung der hydrologischen Verhältnisse insbesondere in der Schunterau (schnelle Ableitung des Regenwassers sowie eine Erhöhung der Gefahr von Hochwasserspitzen in den Vorfluter - Schunter) sind möglich.

Der Eingriff in das Schutzgut Oberflächengewässer ist als erheblich zu beurteilen. Für die Maßnahme wird ein Wasserrechtsantrag gestellt.

Anlagebedingte Wirkungen

Die Flächeninanspruchnahme von ca. 1,312 ha Oberfläche (überbaute versiegelte Gesamtfläche) führt zu einer möglichen Veränderung der hydrologischen Verhältnisse, einer Beschleunigung der Abflussgeschwindigkeit des Oberflächenwassers und einer stärkeren Belastung der Vorfluter-Systeme.

Das auf Gebäuden und Verkehrsflächen anfallende Oberflächenwasser wird direkt in ein ausreichend dimensioniertes Regenwasserrückhaltebecken mit Drosselvorrichtung auf einer öffentlichen Grünfläche in der südöstlichen Spitze des Plangebietes abgeleitet. Damit wird das Oberflächenwasser verzögert in die Vorflut geführt und dem örtlichen Wasserhaushalt bedingt entzogen.

Durch die Rückhaltung können die o. g. negativen Auswirkungen abgemildert werden, doch bleibt prinzipiell die Gefahr der Verschmutzung der Vorfluter durch Reifenabrieb, Öl, aufgelöste Salze, Schmier- und andere Stoffe bestehen.

Mit der Sammlung des Niederschlagswassers und die Weiterleitung in ein Rückhaltebecken werden Baumaßnahmen so durchzuführen sein, dass gemäß § 36 WHG keine schädlichen Gewässerveränderungen zu erwarten sind und die Gewässerunterhaltung im Einleitungsbereich nicht mehr erschwert wird, als es den Umständen nach unvermeidbar ist. Das Regenrückhaltebecken muss gemäß § 60 WHG nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik errichtet, betrieben und unterhalten werden. Dimensionierung und technische Endgestaltung der Maßnahmen erfolgen im Rahmen der wasserrechtlichen Erlaubnis nach § 10 WHG, die für die Einleitung des Niederschlagswassers in die Schunter eingeholt werden muss.

Betriebsbedingte Wirkungen

Eine erhebliche Beeinträchtigung ist in den mit der Versiegelung von ca. 1,312 ha Oberfläche in Zusammenhang stehenden nachteiligen Auswirkungen auf die Gefahr von Hochwasserspitzen in den Vorfluter zu sehen.

Durch die Verrohrung ist anlage- und betriebsbedingt auf der Länge der Kanalrohre eine minimale Erhöhung der Fließgeschwindigkeit zu erwarten. Eine Verringerung des Selbstreinigungsvormögens durch das Fehlen der Vegetation der Grabensohle ist zwar zu verzeichnen, Veränderungen des Grundwasserflurabstandes und –neubildungsrate sind jedoch nicht zu erwarten.

Durch die Anlage eines Regenwasserretentionsbeckens werden die negativen Auswirkungen auf die Gewässerhydraulik vermindert.

Bewertung

Die oben genannten Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes werden durch Rückhaltungsmaßnahmen vermindert und kompensiert.

5.5 Schutzgut Klima und LuftBaubedingte Wirkungen

Während der Bauphase ist mit einem erhöhten Verkehrsaufkommen durch Baufahrzeuge zu rechnen, welches durch temporäre Staub-, Schall- und Lärmemissionen die Lufthygiene auf der Baustelle und im angrenzenden Wohngebiet beeinträchtigt.

Anlagebedingte Wirkungen

Als Folge der Flächeninanspruchnahme mit niedrigem Versiegelungsgrad (GFZ 0,3) durch Verkehrsflächen und Bebauung ist der Verlust von Flächen zu verzeichnen, die geringe Klima ausgleichende und lufthygienische Funktionen am Rand eines Stagnationsgebietes erfüllen.

Die Flächeninanspruchnahme von intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen durch eine Bebauung mit niedrigen Versiegelungsanteilen (> 50 %) lässt eine nachteilige Veränderung der momentanen kleinklimatischen Verhältnisse nicht erwarten. Die nachts eintretende, lokale Erhöhung der Temperaturen und die Verringerung der relativen Luftfeuchtigkeit liegen im reduzierten Verdunstungspotential der Oberflächen, der größeren Adsorptionsfähigkeit und der damit stärkeren Erwärmung der Oberflächen sowie der gesteigerten Wärmespeicherfähigkeit der verwendeten Materialien begründet.

Da es sich um eine lockere Bauweise handelt, werden Bebauung und Versiegelung nur kleinklimatische nachteilige Veränderungen bewirken. Die punktuelle Aufheizung im versiegelten Bereich ist zu vernachlässigen.

Die Auswirkungen dieser Temperaturerhöhung beschränken sich größtenteils auf das Baugebiet selbst und die direkt angrenzenden Bereiche; es ist also nicht davon auszugehen, dass es zu einer signifikanten Beeinträchtigung der thermischen Situation im umliegenden Bereich kommt.

Betriebsbedingte Wirkungen

Zusätzlich produzierte Abgase von Gebäudefeuerungsanlagen und erhöhtem Kfz-Verkehrsaufkommen sowohl im Wohngebiet als auch im benachbarten Verkehrswegenetz führen zu einer Erhöhung der lufthygienischen Belastung des schon belasteten Lokal-

bereiches. Betriebsbedingte Staub-, Schall- und Lärmemissionen mit erheblicher Beeinträchtigung der Lufthygiene sind nicht zu erwarten.

Bewertung

Durch das Vorhaben mit der Begrenzung der Grundflächenzahl auf 0,3 werden klein-klimatische Änderungen verursacht und die Bedeutung eines Gebietes ohne Klimaausgleichsfunktion (Wertstufe II) nicht verringert.

Der Eingriff in das Schutzgut Klima/Luft wird als nicht erheblich eingestuft.

5.6**Schutzgut Landschaftsbild und Landschaftserleben (Erholung)**Baubedingte Wirkungen

Während der Bauphase ist durch den Baustellencharakter mit offenen Erdaushubstellen und Baukränen sowie starkem Baustellenlärm und Stoffemissionen mit einer erheblichen Beeinträchtigung des lokalen Landschafts- und Ortsbildes, der wohnungsnahen Erholungsnutzung sowie der Erholung auf den privaten angrenzenden Grundstücken zu rechnen.

Anlagebedingte Wirkungen

Die Siedlungserweiterung wurde in einem ökologisch und landschaftlich unempfindlichen Bereich geplant und befindet sich am Rande einer Siedlung mit umgebenden Gartenflächen aber ohne harmonische Einbindung in die Landschaft.

Aufgrund der festgesetzten Grundflächenzahl von 0,3 wird ein ausreichender Grünanteil in Form von Gärten im Plangebiet sichergestellt. Durch die Lage der Erschließung und der Baugrenze kann zusätzlich eine Verbesserung der bisherigen Ortsrandeingrünung erreicht werden.

Betriebsbedingte Wirkungen

Betriebsbedingte Schall- und Lärmemissionen durch den Verkehr zwischen dem Wedesbütteler Weg sowie dem Gartenweg und dem Baugebiet sowie innerhalb des Baugebietes können in der menschlichen Wahrnehmung zu einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der Erholung führen.

Bewertung

Der Eingriff in das Schutzgut Landschaftsbild und -erleben ist als unerheblich zu beurteilen.

5.7**Schutzgut Kulturgüter und sonstige Sachgüter**

Beeinträchtigungen von Kultur- und sonstigen Sachgütern i. S. des Umweltrechts sind nicht zu erwarten, da im Plangebiet keine Objekte von kulturhistorischer Bedeutung bekannt sind.

5.8**Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern**

Die o.g. Schutzgüter stehen in Beziehung zueinander. Die getroffenen Festsetzungen und Maßnahmen des Vorhabens können sich positiv oder negativ auf die jeweiligen Schutzgüter auswirken.

Die Wirkungen der Versiegelung haben Folgewirkungen sowohl auf den Boden als auch auf den Wasserhaushalt, diese wiederum auf das Kleinklima und damit auf die Standorte bestimmter Tiere und Pflanzen.

Die Überbauung führt zum Verlust belebten intensiv genutzten Bodens sowie von Versickerungs- und Verdunstungsfläche. Mit der Aufgabe landwirtschaftlicher Nutzung wird das Stoffeintragsrisiko vermindert und gleichzeitig wird mit der Anlage von Gärten eine Verbesserung der Bodeneigenschaften ermöglicht. Mit dem Vorhaben gehen Nahrungsflächen für den Rotmilan verloren, mit den angelegten Gärten kommt es jedoch im Gegensatz zur derzeitigen Situation zu struktureicheren Biototypen für Arten und Lebensgemeinschaften. Das Landschaftsbild wird nicht negativ verändert.

Es sind keine relevanten, über die oben beschriebenen Wirkungen hinaus keine Verstärkung der Wechselwirkungen zwischen den Umweltschutzgütern zu erkennen.

6 BESCHREIBUNG DER UMWELTRELEVANTEN MASSNAHMEN

Der Bebauungsplan überplant eine Fläche von insgesamt rd. 3,002 ha Bruttobauland als Allgemeines Wohngebiet sowie deren Begrünung und Erschließung.

6.1 Zulässigkeit des Eingriffs

Durch die Bauleitplanung werden im Planungsgebiet Maßnahmen vorbereitet bzw. ermöglicht, deren Durchführung den Eingriffstatbestand erfüllt und Beeinträchtigungen der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts in seinen in § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe a bezeichneten Bestandteilen darstellt.

Nach § 1a Abs. BauGB ist der Verursacher eines Eingriffs verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen sowie unvermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auszugleichen oder zu ersetzen.

Grundsätzlich ist ein Eingriff unzulässig, wenn die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes überwiegen. Dieses ist in der Regel in Gebieten der Fall, in denen die Voraussetzungen eines Schutzes nach den §§ 23 - 30 BNatSchG erfüllt sind. Im Geltungsbereich des Bebauungsplangebietes liegen diese Ausweisungen jedoch nicht vor.

Für den Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“ sind die Belange des Umweltschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere des Naturhaushalts, des Wassers, der Luft und des Bodens sowie des Klimas zu berücksichtigen.

Dazu gehören die Verpflichtungen, Beeinträchtigungen zu vermeiden und die Eingriffswirkungen auf ein unerhebliches Maß zu reduzieren.

6.2 Grünordnerisches Ziel- und Maßnahmenkonzept

Für das Plangebiet sind folgende grünordnerische Ziele abzuleiten:

- Sicherung und Erhaltung des Bodens und seiner Funktionen durch sparsamen und schonenden Umgang mit Grund und Boden (möglichst geringe Bodenversiegelung),
- Schutz des Grundwassers durch Reduzierung der Niederschlagsverluste für den Wasserhaushalt (Wasserrückhaltung sowie verzögerte Abführung des Oberflächenwassers der privaten und öffentlichen Verkehrsflächen in die natürliche Vorflut),
- Entwicklung und Aufrechterhaltung ausgeglichener lufthygienischer Verhältnisse durch ausreichend große, unversiegelte Grünflächen,
- Durchgrünung des Baugebietes durch Pflanzung mittelkroniger Bäumen entlang der Verkehrsflächen (Straßenbegleitgrün),
- optische Eingliederung des Ortsrandes in die Landschaft,
- Entwicklung von funktionserhaltenden Ausgleichsmaßnahmen mit der Schaffung einer ausreichend bemessenen grünen Pufferzone entlang der östlichen Grenze des Planbereiches als Fledermauskorridor.

6.3 Erläuterungen der festzusetzenden Maßnahmen

Im Rahmen der städtebaulichen Planung kann die Verwirklichung der Ziele und Maßnahmen von Naturschutz und Landschaftspflege sowie zur Erholungsvorsorge nur über

die in § 9 BauGB definitiv fixierten Festsetzungen für den Bebauungsplan oder über das Instrument des städtebaulichen Vertrages verbindlich gewährleistet werden. Hierzu zählen u. a. die Festsetzungsmöglichkeiten gemäß § 56 Niedersächsische Bauordnung (NBauO), die zwar vorwiegend städtebaulichen, baugestalterischen und denkmalpflegerischen Zielsetzungen dienen, zudem aber auch zur Umsetzung von Umwelt- und Naturschutzzielen beitragen. Ebenso lassen sich erforderliche umweltrelevante Festsetzungen im Bebauungsplan nach den Bestimmungen des Bundesimmissionsschutzes herleiten.

Grünordnerische Aussagen, die sich aus bestimmten Gründen nicht zur Aufnahme in den Bebauungsplan eignen, können über § 4 NAGBNatSchG mittelbare Verbindlichkeit gegenüber Behörden erlangen; sie führen aber zu einer Selbstbindung der Gemeinde.

Die Ziele und Maßnahmen der Grünordnung sind nur insoweit konkret als rechtsverbindliche Bestandteile in die Bauleitplanung integrierbar, wie sie einerseits mit „der sich aus der beabsichtigten städtebaulichen Entwicklung ergebenden Art der Bodennutzung“ (§ 5 (1) BauGB) übereinstimmen und wie sie andererseits entsprechend des Maßstabes der Flächennutzungs- und Bebauungsplanung darstellbar sind und nicht nach anderen Rechtsvorschriften, wie z. B. nach dem BNatSchG, realisiert werden können. Grundsätzlich ist gemäß dem Konfliktbewältigungsgebot zu beachten, dass in den Bauleitplänen nur Darstellungen und Festsetzungen getroffen werden dürfen, wenn aufgrund von baulichen Nutzungen hervorgerufene Konflikte auch planerisch bewältigt werden.

Im Rahmen des vorliegenden Umweltberichtes wird von den bauleitplanerischen Festsetzungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht.

Im folgenden Maßnahmenteil werden innerhalb der geplanten Nutzungsarten - getrennt nach öffentlichen und privaten Flächen sowie dem gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplanes - Festsetzungsvorschläge zur Aufnahme in den Bebauungsplan und nachfolgend die zugehörige Begründung gemäß den o. g. Zielen (vgl. Pkt. 6.2) aufgeführt. Diejenigen Maßnahmen, die aufgrund ihrer Positivwirkung auf den Naturhaushalt zu einer Aufwertung bei der Bilanzierung (vgl. Kap. 7) geführt haben, sind durch die Kursivschrift gekennzeichnet. Ihre Umsetzung ist u. a. aufgrund ihrer Bedeutung für die Eingriffsbilanzierung sicherzustellen.

6.4 Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen

Kein Vorhaben darf mehr als unbedingt nötig in Natur und Landschaft eingreifen.

Die geplante Nutzung findet auf bereits intensiv genutzten landwirtschaftlichen Flächen am Dorfrand statt. Eine Vorbelastung von Natur und Landschaft ist somit vorhanden. In dem angrenzenden Bereich des Bauvorhabens befinden sich ökologisch bedeutsamen Flächen sowie wertvolle geschützte Biotope.

Durch seine Lage ist der Ortsteil Flechtorf ein wichtiger Wohnstandort im Gebiet der Gemeinde Lehre. Durch seine verkehrsgünstige Lage und die Zuordnung zur vorhandenen Baufläche stellt das Gebiet eine gezielte Siedlungsentwicklung im Siedlungsteil der Ortslage dar.

Um die zu erwartenden erheblichen Beeinträchtigungen des Naturhaushaltes und des Landschaftsbildes zu vermeiden oder zu verringern bzw. auszugleichen, werden folgende städtebauliche und grünordnerische Maßnahmen ergriffen.

6.4.1

Vermeidungsmaßnahmen

Städtebauliche Maßnahmen

- Durch die Festsetzung der Grundflächenzahl von 0,3 wird hinter dem zulässigen Höchstwert von 0,4 zurückgeblieben. Durch diese einschränkende Festsetzung zum Maß der Nutzung wird - entsprechend den Zielvorstellungen - die Bodenversiegelung auf das notwendige Maß begrenzt und minimiert.
- Durch die Empfehlung einer durchschnittlichen Mindestgröße der Baugrundstücke von 500 - 700 m (siehe Nutzungsbeispiel) wird insbesondere unter Berücksichtigung ihrer Lage am Ortsrand eine starke Auflockerung und Durchgrünung des neuen Wohngebietes bewirkt. Gleichzeitig wird hiermit auch ein Beitrag zur Vermeidung übermäßiger Bodenversiegelung im Bereich der jeweiligen Einzelgrundstücke geleistet. Die Gärten stellen ein Potential für Flora und Fauna innerhalb des künftigen Wohngebietes dar und tragen zum Ausgleich des Kleinklimas bei.

Bautechnische Maßnahmen

- Konfliktvermeidende Bauzeitenregelung:

Vor Baufeldfreimachung ist eine Überprüfung potentieller Fortpflanzungsstätten bodenbrütender Vögel vorzunehmen. Im Fall eines nachgewiesenen Brutplatzes findet die Baufeldräumung außerhalb der Brutzeit vom 15.03. bis 31.08 statt.

Begründung:

Eine Vermeidungsmaßnahme stellt die Abstimmung der Bauzeiten außerhalb der Brutzeiten geschützter Vogelarten dar. Um baubedingte Tötungen von Individuen bzw. Zerstörungen oder Beschädigungen von besetzten Nestern oder Ruhestätten während der Erschließungsarbeiten zu vermeiden, ist eine konfliktvermeidende Bauzeitenregelung erforderlich. Dies ist zwar im Artenschutzrecht geregelt, wird jedoch als Festsetzung aufgenommen um der besonderen Bedeutung des Artenschutzes Rechnung zu tragen. Potentielle Fortpflanzungsstätten von Bodenbrütern werden vor der Baufeldfreimachung auf Besatz geprüft. Die Kontrolluntersuchung sollte durch fachlich geschultes Personal durchgeführt werden. Die Baufeldräumung findet außerhalb der Brutzeit (in Offenlandbiotopen außerhalb des Zeitraums vom 15.03. bis 31.08) statt, um zu gewährleisten, dass sich in potentiellen Bruthabitaten in dieser Zeit keine von brütenden Altvögeln oder von Jungvögeln besetzten Nester befinden.

Vegetationsgebundene Maßnahmen

Durch die vorgesehenen Baumpflanzungen soll die Ein- und Durchgrünung des Baugebietes erreicht und somit das Orts- und Landschaftsbild sowie das Siedlungsklima nachhaltig berücksichtigt werden.

Damit die ökologische Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes im Bereich des Bebauungsplanes weiter erfüllt bleibt bzw. um einer potentiellen Beeinträchtigung der wertbestimmenden Arten der Natura 2000-Gebiete vorzubeugen, werden 3.064 qm Intensivgrünland als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit folgenden Festsetzungen umgewandelt und als 10 m breite Feldhecke an der östlichen Grenze des Geltungsbereiches entwickelt.

- Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (z. B. nach § 9 (1) Nr. 20 BauGB)

Innerhalb der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ist eine aus heimischen standortgerechten Gehölzen Feldhecke zu entwickeln, zu unterhalten und bei Abgang gleichartig zu ersetzen. Sie besteht aus einer geschlossenen 7 m breiten Strauch-Baumhecke sowie einem 3 m breiten Krautsaum, der ackerseitig von Eichenspaltpfählen in Abständen von ca. 20 m begrenzt wird.

Die Feldhecke wird wie folgt gestaltet:

7 Pflanzreihen mit Sträuchern und Bäumen; der Reihenabstand beträgt 1 m, der Pflanzabstand in der Reihe 2 m versetzt.

Die verschiedenen Pflanzreihen werden vorzugsweise mit folgenden Gehölzen gepflanzt:

erste Reihe

Roter Hartriegel, Pfaffenhütchen, Gemeiner Liguster, Rote Heckenkirsche, Hundsrose, Gewöhnlicher Schneeball.

zweite Reihe

Hasel, Zweigriffliger Weißdorn, eingriffliger Weißdorn, Schlehe, Kreuzdorn, Sal-Weide, Schwarzer Holunder.

dritte Reihe

Feld-Ahorn, Eberesche, Gemeine Birne.

vierte Reihe

Schwarzerle, Hainbuche, Winterlinde, Vogel-Kirsche, (Zitterpappel)

fünfte Reihe

Feld-Ahorn, Eberesche, Gemeine Birne.

sechste Reihe

Hasel, zweigriffliger Weißdorn, eingriffliger Weißdorn, Schlehe, Kreuzdorn, Sal-Weide, Schwarzer Holunder.

siebte Reihe

Roter Hartriegel, Pfaffenhütchen, Gemeiner Liguster, Rote Heckenkirsche, Hundsrose, Gewöhnlicher Schneeball.

Ein 3 m breiter Hochstaudensaum ist der natürlichen Sukzession zu überlassen mit dem Ziel der Entwicklung von Ruderalfluren. Zur Befreiung des aufkommenden Aufwuchses ist eine Mahd mit Abtransport des Mähgutes ab Ende Juli alle 3-4 Jahre zulässig.

Die Unterhaltung der Strauchhecke ist dauerhaft sicher zu stellen. Gehölze sind bei Abgang etwa an gleicher Stelle gleichartig zu ersetzen.

Begründung:

Bei der Vorprüfung des Einzelfalls im Rahmen der Feststellung der UVP-Pflicht des Bauvorhabens „Vorderer Westerberg“ wurde auf Grund einer überschlägigen Prüfung nach den Kriterien der Anlage 2 zum UVPG prognostiziert, dass durch die Realisierung des geplanten Vorhabens keine Anhaltspunkte für nachteilige Umweltauswirkungen auf die FFH-Gebiete DE 3630-302 und DE 3629-301 sowie das EU-Vogelschutzgebiet SPA 3630-401 in ihren für die Erhaltungsziele maßgeblichen Bestandteilen (§ 34 BNatSchG) vorliegen.

Die Erhaltungsziele und die für die Schutzzwecke maßgeblichen Bestandteile folgender Lebensraumtypen werden von der Planung nicht betroffen, da die vorhabensbedingten Beeinträchtigungen nicht in den Bereich dieser Lebensraumtypen hineinwirken:

- Lebensraumtyp 9110 (Hainsimsen-Buchenwald),
- Lebensraumtyp 6410 (Pfeifengras-Wiesen),
- Lebensraumtyp 9160 (Feuchter Eichen-Hainbuchenwald).

Für die wertbestimmenden Arten der FFH-Gebiete gilt:

- der Kammmolch (unzureichender Erhaltungszustand) ist von der Planung nicht betroffen, da ihre Lebensräume (Sommerlebensräume, Winterquartiere und Wanderkorridore) nicht in Anspruch genommen werden,
- der Holz bewohnende Eremit (schlechter Erhaltungszustand) ist von der Planung nicht betroffen, da Vorkommen von stehendem dickem Totholz und Moderholz als potentieller Lebensraum seltener, gefährdeter Holz bewohnender Großinsekten nicht in Anspruch genommen werden,
- die Winter- und Sommerquartiere (Wochenstuben sind unbekannt) der ortstreuen Mopsfledermaus (schlechter Erhaltungszustand) in den Alt- und totholzreichen Laub- und Mischwäldern sowie Strukturen von Wanderkorridoren, die beim häufigen Wechsel von Jagdgebieten genutzt werden, sind von der Planung nicht betroffen. Im Falle der Realisierung der Planung werden Quartiere und Jagdhabitats der Mopsfledermaus als maßgebliche Bestandteile nicht so verändert oder gestört, dass sie ihre Funktion für das Erhaltungsziel „Schutz und Entwicklung naturnaher Eichen-Hainbuchen- und Buchenwälder als Teillebensraum der Mopsfledermaus, Sicherung der Fledermausquartiere in den alten Bunkern“ nur noch in deutlich eingeschränkter Form erfüllen würden (Siehe Anhang VI).

Für die wertbestimmenden Brutvogelarten des Vogelschutzgebietes gilt (Siehe Anhang VI):

- Lebensräume des Grauspechtes (ungünstiger Erhaltungszustand), der ungestörte und ursprüngliche Wälder mit natürlichen Altersstrukturen sowie Auwaldgebiete als Bruthabitate bevorzugt und im Beienroder Holz im nördlichen Rand seines Verbreitungsgebietes trotz günstiger Nahrungssituation und ausreichenden Brutraumes seit 2004 wegen Verlust des Nisthöhlenstandortes nicht mehr brütet, werden nicht in Anspruch genommen,
- Brut- und Nahrungshabitate des ausgesprochen ortstreuen und an Wälder mit alten Eichen gebundenen Mittelspechtes (günstiger Erhaltungszustand), der z. Z. auf Grund von nahe beieinander liegenden Kahlschlägen örtliche Bestandsverschiebungen erfährt, werden nicht in Anspruch genommen. Gerichtete Wanderungen werden nur selten durchgeführt, einzelne Individuen streifen gelegentlich vom Spätsommer bis zum Frühjahr mitunter über größere Distanzen umher,
- Der Schwarzspecht besiedelt überwiegend geschlossene, großflächige Wälder mit ausgedehnten Altholzbeständen oder gestufte alte Mischwälder auch mit hohem Nadelbaumanteil. Lebensräume des Schwarzspechtes (günstiger Erhaltungszustand), der im Vogelschutzgebiet wegen verbesserter Habitatbedingungen durch die

Waldbewirtschaftung einen Populationsanstieg verzeichnet, werden nicht in Anspruch genommen,

- Die größte Gefährdung der oben dargestellten Arten liegt in der Zerstörung ihrer Lebensräume,
- Bestandseinbruch des Rotmilans im Beienroder Holz seit 2000 (ungünstiger Erhaltungszustand), der sowohl durch Kahlschläge als auch durch den großräumigen Negativtrend der Art in der Region zu begründen ist. Der Brutbereich des wohl letzten Brutpaares des Rotmilans im vermuteten Horst-Standort südwestlich des Beienroder Holzes wird von dem Bauvorhaben nicht betroffen. Die Verkleinerung des Jagdhabitats des im Plangebiet vorkommenden Nahrungsgastes Rotmilan ist für die Art flächenmäßig nicht relevant, da sie sich durch eine vielfältige große Raumnutzung zum Nahrungserwerb auszeichnet. Die geringere Besiedlungsdichte im EU-Vogelschutzgebiet dürfte wohl in den Deponieschließungen der letzten Jahre begründet sein, da nun größere Reviere für eine ausreichende Nahrungsversorgung der Brutpaare unausweichlich wurden.

Im Rahmen des Screenings im August 2012 herrschte prinzipielles Einvernehmen darüber, dass eine Baum-Strauch-Hecke aus standortgerechten einheimischen Gehölzen auf der östlichen Grenze des Plangebietes anzulegen sei, um eine mögliche negative Auswirkung durch die Einengung des vorhandenen Verbindungskorridors zwischen den FFH-Gebieten DE 3630-302 und DE 3629-301 sowie die beiden Teile des EU-Vogelschutzgebietes SPA 3630-401 entgegenzuwirken. Im Rahmen des Verfahrens wurde von der Unteren Naturschutzbehörde ein mindestens 25 m breiten Streifen gefordert. Die Gemeinde plant nunmehr diese Schutz- und Leitstruktur durch die Anlage einer siebenreihigen Baum-Strauch-Hecke sowie eines 3 m breiten Krautsaumes zu verwirklichen.

Die Gemeinde Lehre ist der Auffassung, dass unter Beachtung des Nds. Nachbarrechts (nach § 50 (1) Grenzabstand von 4 m für Bäume 2. Ordnung) - ein entsprechender Pflanzplan wird im Rahmen der Ausführungsplanung erarbeitet, siehe auch Pflanzbeispiel im Anhang - ein 10 m breiter Streifen mit einer siebenreihigen Baum-Strauch-Hecke die notwendige Schutz- und Leitfunktion in Bezug auf die Verträglichkeit des Bauvorhabens entsprechend der ursprünglichen Vorgabe des Landkreises gleichwertig erfüllt (siehe auch Ausführungen Umweltbericht Pkt. 5.2.2.4.1. S. 36-37)

Mit der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sollen einerseits auf einer Breite von ca. 40 m im der südlichen Spitze des Plangebietes eine Pufferfunktion zu den Natura 2000-Gebieten, andererseits als Feldhecke (siehe Anhang IV) eine unterstützende Verbindungsstruktur am westlichen Rand zur des Wanderkorridors zwischen dem Beienroder Holz, der Schunteraue und dem Flechtorfer Holz erzielt werden.

Das Gerüst der 10 m breiten Feldhecke als lineare Leitstruktur bilden die Bäume, die in der mittleren Reihe unregelmäßig verteilt, mal lichter, mal dichter, einzeln oder in Trupps verteilt sind. Dabei werden Bäume 2. Ordnung verwendet, die bis 20 m erreichen können und einen Mindestabstand von 4 m zu den Grundstücksgrenzen halten, um den Bestimmungen des § 50 (1) u. (3) sowie § 51 des niedersächsischen Nachbarrechts zu genügen.

Damit die Strauch-Baumhecke möglichst schnell die angestrebte Leitfunktion für Fledermäuse übernehmen kann, sind u.a. auch schnellwüchsige Gehölze (z.B. Zitterpappel *Populus tremula*) nur dienend, (Rodung nach ca. 7 Jahren) zu verwenden.

Um eine möglichst große Lichtabschirmung gegenüber dem Wohngebiet zu erreichen, werden hochstämmige Baumarten verwendet, die mit Sträuchern unterpflanzt werden, so dass auch im Stammraum eine große Lichtabschirmung erzielt wird.

Der sich östlich der Hecke befindliche 3 m breite Hochstaudensaum, der als dauerhafte Ruderalflur anzulegen ist, wird nicht angesät (gelenkte Sukzession). Zu seiner dauerhaften Sicherung gegenüber den angrenzenden Ackerflächen sind am ackerseitigen Rand des Krautsaumes in Abständen von ca. 20 m Eichenspaltpfähle zu setzen. Der Krautsaum kann auch als Befahrungsstreifen für die Pflanzung, Pflege und zukünftige Unterhaltung der Maßnahmenfläche genutzt werden.

Die geplante Feldhecke erfüllt durch ihre besondere Gestaltung (fließender Übergang zur Ackerfläche) als lineare Randstruktur entlang einer weiträumigen Ackerfläche mit leichter Hangneigung voll und ganz (sicher) die Voraussetzung einer Leitstruktur für die Mopsfledermaus, da diese Art ihre Streckenflüge zwischen ihren Jagdgebieten oft in 2 - 3 m Höhe absolviert. Die ausgewählten Pflanzen (Weißdorn, Schlehe, Wildrosen, Schneeball, Hasel, Holunder und Weiden) sind wertvolle Gehölze für Nachtschmetterlinge und andere Insekten. Durch ihre Lage im rückwärtigen Bereich der Baugrundstücke (Privatgärten) sowie der Einsatz von LED-Lampen auf den öffentlichen Verkehrsflächen wird eine mögliche Dezimierung des Insektenangebotes entlang der Hecke entgegengewirkt.

Ob sich die Anlage einer Strauch-Baum-Hecke entlang der zukünftigen Bebauung in Verbindung mit den vorhandenen Feldgehölzen bewährt, um die Wanderung bzw. die Wiederansiedlung (Artenaustausch) im Rahmen der Zerstreuungswanderung innerhalb eines Vernetzungskorridors zwischen zwei stark voneinander getrennten Bereichen eines Vogelschutzgebietes entscheidend zu ermöglichen, kann auf Grund der relativ ausgeprägten Ortstreue der wertgebenden Spechtarten mit kaum gerichteter Dismigration nicht beurteilt werden, zumal sich die Arten und insbesondere der Grauspecht nicht weit von Rückzugsmöglichkeiten entfernen.

6.4.2

Minimierungsmaßnahmen

6.4.2.1

Maßnahmen im öffentlichen Raum

- Beleuchtung des öffentlichen Straßenraumes (z. B. nach § 9 (1) Nr. 13 BauGB)

Entlang der öffentlichen Straßen sollten LED-Lampen zur Beleuchtung des öffentlichen Straßenraumes eingesetzt werden. Die Leuchten sollten niedrig installiert und nur zu unbedingt erforderlichen Zeiten betrieben werden (Dämmerungsschaltung).

Begründung:

Durch den Einsatz dieser Beleuchtungstypen wird die Schädigung der Nachtfalterfauna durch Anflug der Tiere an öffentliche Beleuchtungsanlagen gemindert.

Durch die Minderung des Lichteinflusses wird eine Einschränkung von Nahrungsgrundlagen bestimmter Fledermausarten über Anlockung von Insekten durch Beleuchtungsanlagen gemindert.

- Straßenbegleitgrün - anzupflanzende Bäume auf öffentlichen Verkehrsflächen (z. B. nach § 9 (1) Nr. 25a BauGB)

Abhängig von der Lage der Zuwegung zu Garagen und Hauseingängen sind in öffentlichen Verkehrsflächen Hochstammbäume bzw. mittelkronige und standortgerechte Gehölze der Artenlisten "Bäume" zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Die Bäume können in Parkstreifen entlang der Straßen integriert oder als einseitige Baumreihen wechselseitig platziert werden.

Begründung:

Die Begrünung des Straßenraumes ist zur gestalterischen Einbindung der angrenzenden Bebauung notwendig.

Durch die Anpflanzung von Bäumen im Straßenraum wird die Beeinträchtigung des Mikroklimas durch Versiegelung von Flächen gemindert.

Die Voraussetzung für das Gedeihen der angepflanzten Bäume ist eine ausreichend große, wasser- und luftdurchlässige Bodenoberfläche.

- Anforderungen und Qualitäten für festgesetzte Anpflanzungen (z. B. nach § 9(1) Nr. 25a BauGB)

Alle (auch im Falle der Nachpflanzung) festgesetzten Anpflanzungen sind auf Dauer zu erhalten. Hinsichtlich der Pflanzenqualität beträgt der Mindestumfang in 1 m Höhe bei mittelkronigen Laubbäumen (II. Ordnung) mindestens 16 cm und bei großkronigen Laubbäumen (I. Ordnung) mindestens 18 cm; die Pflanzungen sind zu pflegen und bei Abgang etwa an gleicher Stelle gleichartig zu ersetzen.

Begründung:

Zur Gewährleistung einer schnellen gestalterischen Wirkung, zur Erfüllung ökologischer Funktionen und zur Stabilisierung des Naturhaushaltes sind bei Neupflanzungen Mindestqualitäten des verwendeten Pflanzenmaterials sicherzustellen.

6.4.2.2 Maßnahmen im privaten Raum

Sonstige grünordnerische Maßnahmen

Die Grundstücke des allgemeinen Wohngebietes sind am Übergang zu den öffentlichen Grünflächen (Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft) lückenlos, ohne Tür und Tor einzufrieden. Die Einfriedung kann in Form von Heckenpflanzungen, bei Bedarf in Verbindung mit Metalldrahtzäunen oder Holzzäunen, erfolgen. Durchlässe für Igel, Amphibien und Reptilien sind punktuell vorzusehen oder zwischen Boden bzw. Zaunsockel und dem untersten Spanndraht sind 10 cm Höhe freizuhalten.

Begründung:

Um die ökologische Durchgängigkeit für Kleinsäuger, Amphibien und Reptilien zwischen den privaten Grünflächen des Baugebietes und der umgebenden Freifläche zu ermöglichen, ist auf der rückwärtigen Grenze der Baugrundstücken in dem Bereich der öffentlichen Grünfläche, nach Norden ist eine Einfriedung in Form einer Heckenpflanzungen aus standortheimischen Pflanzen, bei Bedarf in Verbindung mit Metalldraht- oder Holzzäunen, auf der Grundstücksgrenze zu errichten.

Bodenschutz

Im Bearbeitungsgebiet ist die Bodenbearbeitung im Rahmen der Bautätigkeit ist auf das absolut notwendige Maß zu reduzieren. Der Oberboden bei allen Baumaßnahmen zu sichern und im Rahmen der vorgesehenen Baumaßnahmen vor Ort, getrennt nach der natürlich vorkommenden Schichtung, wieder einzubauen. Eine mögliche Zwischenlagerung des Materials ist mit Gründung entsprechend der DIN 18 915 durchzuführen. Verdichteter Boden, der nicht versiegelt wird, ist zu lockern

Begründung:

Die natürliche Bodenschichtung soll nach Beendigung der Baumaßnahmen soweit als möglich wiederhergestellt werden.

Durch die Zwischenbegrünung soll der natürliche Bodenaufbau erhalten bleiben sowie Erosion, Austrocknung und unerwünschter Aufwuchs verhindert werden.

Vegetationsschutz

Im Bearbeitungsgebiet sind die Vegetationsarbeiten gemäß den Normen DIN 18 916, 18 917, 18 919 und 18 920 durchzuführen.

Begründung:

Die Berücksichtigung der den gängigen DIN-Normen bei der Pflanzmaßnahmen ist die Erfolgsgrundlage für eine gute gestalterischen Anbindung der neuen Wohnbebauung am Dorfrand, zu einer guten Durchgrünung des Planungsgebietes und zur schnellen Wirksamkeit der Baum-Strauchhecke als Leitstruktur zwischen den Natura 2000-Gebieten.

7 NATURSCHUTZFACHLICHE BEWERTUNG UND KOMPENSATIONSERMITTLUNG DER BEEINTRÄCHTIGUNGEN AUF DEN NATURHAUSHALT UND DAS LANDSCHAFTSBILD

7.1 Eingriffsregelung

Der überwiegende Teil des Plangebietes wird als Intensivgrünland mit der Wertstufe 3 – (Naturfernes Biotop mit Pflanzen- und Tierarten-Vorkommen von allgemeiner bis geringer Bedeutung) eingestuft.

Die erheblich im Geltungsbereich beeinträchtigten Schutzgüter werden mit folgenden Wertstufen bewertet:

| Schutzgut | Wertstufe | Bewertung |
|---|-----------|--|
| Arten- und Lebensgemeinschaften | | |
| Grünlandbiotop | II | Biototyp von geringer Bedeutung |
| Mesophiles Weißdorn-/Schlehengebüsch | III | Biototyp von allgemeiner Bedeutung |
| Keine Vorkommen gefährdeter Tierarten | 3 | Gebiet von allgemeiner Bedeutung |
| Keine Vorkommen gefährdeter Pflanzenarten | 3 | Gebiet von geringer Bedeutung |
| Boden | 2 | Bereich von allgemeiner Bedeutung |
| Wasser | 2 | Bereich von allgemeiner Bedeutung |
| Klima/Luft | 3 | Bereich von Bedeutung für die Kaltluftproduktion |
| Landschaftsbild | 3 | Landschaftsbildeinheit mit geringer Bedeutung |

Tabelle 3 Bewertung der Schutzgüter innerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes vor dem Eingriff.

Als Bewertungsmaßstab und –verfahren für die Anwendung der Eingriffsregelung werden die Arbeitshilfen der Landesnaturschutzverwaltung auf der Grundlage der Veröffentlichungen im Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, Hefte 1/94 und 1/06 („Breuer-Modell“) verwendet.

7.1.1 Kompensationsmaßnahmen

Gemäß BauGB § 1a Absatz 3 i.V.m. § 18 BNatSchG sind unvermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen auszugleichen. Falls über die Ausgleichsmaßnahmen nur ein Teilausgleich der Eingriffsfolgen durch das Bauvorhaben möglich ist, sind bei Vorrang des Bauvorhabens gegenüber Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes zusätzlich Ersatzmaßnahmen für die verbleibenden erheblichen Beeinträchtigungen notwendig. Nicht direkt vor Ort ausgleichbare Beeinträchtigungen zulässiger Eingriffe sind an anderer Stelle des vom Eingriff betroffenen Raumes in ähnlicher Art und Weise durch so genannte Ersatzmaßnahmen wiederherzustellen.

Aufgrund des Eingriffs durch die geplante Bebauung entstehen folgende, nicht vermeidbare, erhebliche Beeinträchtigungen:

7.1.2 Beeinträchtigung des Schutzgutes „Arten- und Lebensgemeinschaften“

Aufgrund des geplanten voraussichtlichen Eingriffs entstehen für das Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften nicht vermeidbare Beeinträchtigungen.

Auszugleichen ist:

- der Verlust von Flächen mit Biotopen von besonderer Bedeutung für den Naturschutz (BMS - mesophiles Weißdorn-/Schlehengebüsch) sowie von 3 Bäumen führt zur Verringerung der Bedeutung von Flächen (250 qm) um 2 Wertstufen, von Wertstufe 3 auf 1,

durch die Verbesserung der Bedeutung einer Biotopfläche von der Wertstufe II (GIT – Intensivgrünland) auf III (HFM - Strauch-Baumhecke) soll die Kompensation auf doppelter Flächengröße erfolgen.

bei der Verringerung um 2 Wertstufe ergibt sich ein Kompensationsbedarf von

500 qm

7.1.3 Beeinträchtigung des Schutzgutes „Boden“

Aufgrund des geplanten Eingriffs entstehen für das Schutzgut Boden nicht vermeidbare, erhebliche Beeinträchtigungen.

Durch das Vorhaben wird die Bedeutung eines Gebietes mit einem Boden von allgemeiner Bedeutung um eine Wertstufe verringert (von Wertstufe II auf Wertstufe I). Zur Kompensation dieses Eingriffs sind Ersatzmaßnahmen erforderlich.

Versiegelung von Boden von allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz

- Vollversiegelung durch befestigte Straßenverkehrsflächen und Pkw-Stellplätze (einschl. Verrohrung) **3.030 qm**
bei einem Verhältnis zwischen versiegelter Fläche und Kompensationsfläche von 1:1 für Böden ohne besondere Werte **ergibt sich ein Kompensationsbedarf von 3.030 qm**

- Gebäudeflächen und versiegelte Oberflächenbeläge im Allgemeinen Wohngebiet, maximale bebaubare Grundfläche **10.096 qm**
22.436 qm mit GRZ 0,3 und 50 % Überschreitung
bei der Bodenversiegelung unabhängig von ihrer Art beträgt das Verhältnis zwischen versiegelter Fläche und Kompensationsfläche 1:0,5
Beim Verhältnis 1: 0,5 ergibt sich ein Kompensationsbedarf von 5.048 qm

- Teilversiegelung (Schotterrasenfläche) im Bereich des Gewässerpflegestreifens **269 qm**
bei einem Verhältnis zwischen versiegelter Fläche und Kompensationsfläche von 1:0,5 für Böden ohne besondere Werte ergibt sich ein Kompensationsbedarf von **135 qm**

Bodenentnahme von allgemeiner Bedeutung für den Naturschutz

- Anlage eines Regenwasserrückhaltebeckens **1.221 qm**
bei einem Verhältnis zwischen Bodenentnahme und Kompensationsfläche von 1:0,5 für Böden ohne besondere Werte ergibt sich ein Kompensationsbedarf von **611 qm**

Der voraussichtliche Kompensationsbedarf für das Schutzgut „Boden“ beträgt insgesamt **8.824 qm**.

7.1.4 Beeinträchtigung des Schutzgutes „Wasser“**7.1.4.1 Grundwasser**

Auszugleichen ist die durch die Versiegelung hervorgerufene Verringerung der Grundwasserneubildung.

Die Kompensation erfolgt durch die Rücknahme der grundwasserbelastenden landwirtschaftlichen Nutzung (Dünger- und Biozideintrag) sowie die Anlage von privaten Grünflächen und wird im Zusammenhang mit den Ausgleichsmaßnahmen für das Schutzgut „Boden“ erreicht.

7.1.4.2 Oberflächengewässer

Auszugleichen sind die mit der Versiegelung von 1,312 ha Oberfläche in Zusammenhang stehenden nachteiligen Auswirkungen auf den örtlichen Wasserhaushalt durch die Veränderung der hydrologischen Verhältnisse (schnelle Ableitung des Regenwassers sowie Erhöhung der Gefahr von Hochwasserspitzen in den Vorfluter – Entwässerungsgraben).

Die Kompensationsmaßnahme erfolgt durch die Anlage eines Rückhaltebeckens mit gedrosselter Regulierungsfunktion, die eine Verringerung der Stoffeinträge sowie eine Verbesserung des Retentions- und Selbstreinigungsvermögens bewirkt.

Auszugleichen ist die Verrohrung eines Entwässerungsgrabens (Gewässer III. Ordnung) auf einer Fläche von 220 qm. Die Kompensation für die Verrohrung wird beim Schutzgut „Boden“ (siehe Pkt. 7.1.3) berücksichtigt.

Die restlichen erheblichen Beeinträchtigungen können schließlich über die Kompensationsmaßnahmen für das Schutzgut „Boden“ ausgeglichen werden.

7.1.5 Beeinträchtigung anderer Schutzgüter

Vorhabensbedingte erhebliche Eingriffe auf die Schutzgüter „Wasser“, „Klima“, „Landschaftsbild“ und „Mensch“ finden voraussichtlich nicht statt. Kompensationsmaßnahmen sind für diese Schutzgüter nicht erforderlich.

7.1.6 Zusammenfassung der erheblichen Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter

| Betroffene Biotope | GIT (Wertstufe II) | BMS (Wertstufe III) | Bäume | Größe der Eingriffsfläche |
|---|-----------------------|------------------------|--------|------------------------------|
| Betroffene Schutzgüter | | | | |
| *Arten- und Lebensgemeinschaften Gesamtfläche Verlust von 2 Wertstufen | | 220 qm | 3 Stck | (250) 500 qm |
| **Boden Vollversiegelung (einschl. Verrohrung) | 3.030 qm | | | 3.030 qm |
| **Boden Bodenentnahme RRB | 1.221 qm | | | 611 qm |
| **Boden Gebäudeflächen u. versiegelte Oberflächenbeläge im WA (GRZ 0,3+) | 10.096 qm | | | 5.048 qm |
| **Boden Teilversiegelung Gewässerunterhaltungstreifen | 269 qm | | | 135 qm |
| Gesamtfläche der betroffenen Schutzgüter | | | | 9.324 qm |

Tabelle 4 Beeinträchtigung der Schutzgüter Arten- und Lebensgemeinschaften sowie Boden

*(Durch die Verbesserung der Bedeutung einer Biotopfläche von der Wertstufe II (GIT – Intensivgrünland) auf III (HFM – Strauch-Baumhecke) erfolgt die Kompensation auf doppelter Flächengröße – 1:2)

** (Verhältnis zwischen Eingriffs- und Kompensationsfläche 1:1)

7.1.7 Gesamtkompensationsbedarf

Auszugleichen ist die erhebliche Beeinträchtigung der Schutzgüter „Arten- und Lebensgemeinschaften“ (Kompensationsbedarf 500 qm) und „Boden“ (Kompensationsbedarf 8.824 qm). Der Gesamtkompensationsbedarf beträgt somit 9.324 qm.

7.1.8 Maßnahmen zur Kompensation verbleibender erheblicher Beeinträchtigungen

Die bei der Planung im Geltungsbereich entstehenden Schutzgüter werden mit folgenden Wertstufen bewertet:

| Schutzgut | Wertstufe | Bewertung |
|--|-----------|--|
| <i>Arten- und Lebensgemeinschaften</i> | | |
| Wohnbebauung | I | Biotoptyp von geringer Bedeutung |
| Ruderalflur | III | Biotoptyp von allgemeiner Bedeutung |
| Strauch-/baumhecke | III | Biotoptyp von allgemeiner Bedeutung |
| <i>Boden</i> | 2 | Bereich von allgemeiner Bedeutung |
| <i>Wasser</i> | 2 | Bereich von allgemeiner Bedeutung |
| <i>Klima/Luft</i> | 3 | Bereich von Bedeutung für die Kaltluftproduktion |
| <i>Landschaftsbild</i> | 3 | Landschaftsbildeinheit von geringer Bedeutung |

Tabelle 5 Bewertung der Schutzgüter innerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes nach dem Eingriff.

Gemäß BauGB § 1a Absatz 2 i.V.m. BNatSchG § 19 Absatz 2 sind unvermeidbare erhebliche Beeinträchtigungen auszugleichen, d.h. es dürfen nach Beendigung des Eingriffs keine erheblichen Beeinträchtigungen der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts zurückbleiben.

Bei Vorrang des Bauvorhabens gegenüber Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes sind die beeinträchtigten Funktionen und Werte im vom Eingriff betroffenen Raum in möglichst ähnlicher Art und Weise wiederherzustellen, indem die größtmögliche Annäherung an den voraussichtlichen Funktions- und Wertverlust in einem angemessenen Zeitraum anzustreben ist.

Falls über die Ausgleichsmaßnahmen nur ein Teilausgleich der Eingriffsfolgen durch das Bauvorhaben möglich ist, sind bei Vorrang des Bauvorhabens gegenüber Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes zusätzlich Ersatzmaßnahmen für die verbleibenden erheblichen Beeinträchtigungen notwendig. Nicht direkt vor Ort ausgleichbare Beeinträchtigungen zulässiger Eingriffe sind an anderer Stelle des vom Eingriff betroffenen Raumes in ähnlicher Art und Weise durch so genannte Ersatzmaßnahmen wiederherzustellen.

Sind erhebliche Beeinträchtigungen nicht ausgleichbar (z. B. bei „Arten und Biotopen“ ist eine Wiederherstellung bzw. Neuschaffung der betroffenen Biotoptypen der Wertstufen V, IV und III in gleicher Ausprägung und Größe mittelfristig – bis zu 25 Jahren – nicht möglich), sind Ersatzmaßnahmen vorzunehmen.

Im Bereich der Schutzgüter „Arten- und Lebensgemeinschaften“ und „Boden“ werden aufgrund der planerisch vorbereiteten Maßnahmen erhebliche Beeinträchtigungen ermöglicht.

Ein Teil der Eingriffsfolgen auf diese Schutzgüter kann innerhalb des Plangebietes kompensiert.

| | |
|--|-----------------|
| Gesamtfläche der betroffenen Schutzgüter | 9.324 qm |
| interne Ausgleichsfläche Baumstrauchhecke | 3.064 qm |
| externe Ausgleichsbedarf | 6.260 qm |

Innerhalb des Plangebietes erfolgt die Kompensation über die Anlage einer Feldhecke an der östlichen Grenze des Geltungsbereichs des B-Plans. Hierfür wird eine Fläche von 3.064 qm für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft ausgewiesen.

Der fehlende Kompensationsbedarf von 6.260 qm soll außerhalb des Plangebietes als Ersatzmaßnahme ausgeglichen werden.

Für eine Ersatzmaßnahme stehen die sich im Gemeindeeigentum befindlichen Flurstücke 49/2 und 344, Flur 7, Gemarkung Flechtorf nördlich des Baugebietes „Gerstenbreiten“ mit einer Gesamtgröße von 8.068 qm zur Verfügung.

Die für die Ersatzmaßnahme vorgesehenen Flurstücke sind im Liegenschaftskataster als Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche – Grünanlage klassifiziert.

Die bisherige Grünlandnutzung ist in der Biototypkartierung des Landkreises dem Biototyp Intensivgrünland der Überschwemmungsbereiche (GIA) mit der Wertstufe II (von allgemeiner bis geringer Bedeutung) zuzuordnen.

Wegen ihrer unmittelbaren Nähe zum Baugebiet Gerstenbreiten und ihrer ursprünglichen Zuweisung als Ausgleichsfläche im Bebauungsplan „Gerstenbreiten“ sieht für die vorgeschlagene externe Kompensationsfläche der Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“ eine naturschutzfachliche Aufwertung entsprechend der Entwicklungsziele des Bebauungsplanes Gerstenbreiten und die Neuentwicklung folgender Biotope vor:

- Extensivgrünland [GEA mit Wertstufe III],
- Feldgehölzinseln [HN mit Wertstufe (IV)III],
- Ruderalbereichen [UHM mit Wertstufe III] mit der Möglichkeit in Teilbereichen
- der natürlichen Sukzession zu Laubwald [UHM mit Wertstufe IV] durch Initialpflanzung mit Arten der heutigen potentiell natürlichen Vegetation.
- Damit die ökologische Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes im Bereich des Bebauungsplanes weiter erfüllt bleibt, werden 8.068 qm Intensivgrünland als Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (z. B. nach § 9 (1) Nr. 20 BauGB) mit folgenden Festsetzungen entwickelt.

Innerhalb der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gilt folgendes:

- an der südlichen und westlichen Grenze der Ausgleichsfläche ist eine 10 m breite extensiv genutzte, artenreiche Wiese (einschürig) anzulegen,
- an der nördlichen Grenze der Ausgleichsfläche entlang des landwirtschaftlichen Weges ist eine Strauchhecke mit heimischen Sträuchern der Artenliste „Weißdorn-/Schlehengebüsch“ zu pflanzen, zu unterhalten und bei Abgang gleichartig zu ersetzen,
- an der nordwestlichen Grenze der Ausgleichsfläche ist eine Sukzessionsfläche für einen Laubwald mit Initialpflanzung aus Arten der hpnV,
- die übrige Fläche ist der natürlichen Sukzession zu überlassen mit dem Ziel der Entwicklung von Ruderalfluren. Zur Verhinderung der Verbuschung ist eine Mahd der Ruderalflur alle 3-4 Jahre zwischen Oktober und Februar zulässig. Das Mähgut ist zu entfernen. In diesem Bereich sind inselartig auf 30 % der Fläche heimische Sträucher der Arten Liste „Sträucher“ zu pflanzen, zu unterhalten und bei Abgang gleichartig zu ersetzen.
- Eine direkte oder indirekte Standortentwässerung, der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, der Umbruch und die Düngung der Flächen sind unzulässig

Begründung:

Die Entwicklung der vorgeschlagenen Maßnahmen an dieser Stelle schafft einen vielfältigen Lebensraum für Pflanzen und Tiere sowie insbesondere die Voraussetzung für Bruthabitate für Brutvögel der Gebüsche und Gehölze, eine landschaftliche Einbindung des Siedlungsrandes sowie eine Pufferzone zwischen den wertvollen Flächen der Schunteraue und der Wohnbebauung.

Unter Berücksichtigung des Aufwertungspotentials der vorgeschlagenen Ersatzfläche betrachtet die Gemeinde Lehre den Eingriff somit als ausgeglichen. Der Kompensationsüberschuss (1.808 qm) kann anderen Eingriffen zugeordnet werden.

7.2

Alternativlösungen und Berücksichtigung der Umweltauswirkungen in der Abwägungsentscheidung

Bei der Erstellung eines Innenentwicklungskonzeptes für die Ortschaft Flechtorf hat sich die Gemeinde im Rahmen der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes über Möglichkeiten der Innenentwicklung insbesondere durch Maßnahmen der Nachverdichtung und durch Schließung von Baulücken mit einer Alternativenprüfung befasst. Wegen der bestehenden Eigentumsverhältnisse sind diese baulichen Erweiterungsflächen nicht verfügbar. Freie Baugrundstücke in Neubaugebieten sind nicht mehr vorhanden. Für die Ortschaft Flechtorf stellt der wirksame Flächennutzungsplan der Gemeinde Neubauflächen im Norden der Ortslage dar, für die die momentane Nichtverfügbarkeit potentieller Baugrundstücke die Aufstellung eines verbindlichen Bauleitplanes verhindert.

Das Angebot an alternativen Flächen ist wegen der Beachtung naturschutzfachlicher Belange sehr eingeschränkt. Ausgedehnte Landschaftsschutzgebiete im Bereich des Schuntertales sowie Fauna-Flora-Habitate im Beienroder Holz, die bis an die bestehenden Siedlungsbereiche reichen, führen oft zu einer konfliktträchtigen Abwägung von Standortentscheidungen. Da mögliche Wohnraumentwicklungen im Norden des Altdorfes

kurz- und mittelfristig nicht realisiert werden können, entschloss sich die Gemeinde Lehre im Rahmen der 12. Änderung des Flächennutzungsplanes eine Ausweisung von verfügbaren Flächen als die letztmögliche Entwicklung im Osten des Neudorfes vorzunehmen.

7.2.1 Darstellung der räumlichen Alternativen und Begründung zur Auswahl

Bei der Alternativprüfung sind die Ziele und der Geltungsbereich des Bebauungsplanes zu berücksichtigen. Es geht nicht um Standortalternativen an Standorten außerhalb des Plangebietes, sondern es sind nur plankonforme Alternativen zu prüfen, ob die Planungsziele auch in anderer oder schonenderer Weise umgesetzt werden könnten (vgl. Muster-Einführungserlass zum EAG-Bau Fachkommission). Eine Möglichkeit zur Optimierung der Planung ergab sich während der Planbearbeitung durch die Verlegung der verkehrlichen Erschließung über die Westerbergstraße im Norden zur Kreisstraße K 38 im Süden, die zur Reduzierung der Versiegelung führte.

Der Standort des Bauvorhabens auf Grund seiner Randlage, seiner guten verkehrstechnischen Einbindung und als wenig beeinträchtigter Lebensraum eignet sich zur Ausweisung einer Wohnsiedlung. Der Rechtsplan beinhaltet die Optimierung der städtebaulichen Konzeption im Zusammenhang mit den einzelnen textlichen und zeichnerischen Festsetzungen.

7.2.2 Entwicklung des Umweltzustandes bei Durchführung der Planung

Durch die Umsetzung der Planung mit der Umwandlung einer Ackerfläche in ein Wohngebiet mit Einfamilienhäusern ergeben sich die im Kapitel 5 dargestellten Umweltauswirkungen auf die verschiedenen Schutzgüter.

Bei Durchführung der Planung geht der Jagdlebensraum des Rotmilans verloren. Allerdings bietet die festgesetzte öffentliche Grünfläche einen geeigneten Lebensraum für bodenbrütende Vögel der Feldflur und Brutvögel der Gebüsche und Gehölze.

Mit der Versiegelung der bisher unbebauten Flächen geht der Verlust natürlicher Bodenfunktionen einher. Zugleich entstehen private und öffentliche Grünflächen, was langfristig mit positiven Auswirkungen auf den Boden verbunden ist.

Bei Durchführung der Planung sind negative Auswirkungen auf die lufthygienischen Verhältnisse durch versiegelte Flächen und Gebäudekörper, durch Emissionen aus der Gebäudenutzung und dem Verkehr im Plangebiet sowie im angrenzenden Straßenzug der Beienroder Straße zu erwarten. Andererseits können neue Grünflächen und Baumpflanzungen eine günstige Wirkung ausüben.

Durch die Verwendung passiver Lärmschutzmaßnahmen kann die Beeinträchtigung der zukünftigen Einwohner durch Verkehrslärm auf ein erträgliches Maß reduziert werden.

Die Umsetzung der Planung bietet jedoch auch die Möglichkeit nach Verbesserung der umweltrelevanten Belange, insbesondere tragen die im Kap. 6.4 dargelegten Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen dazu bei, die potentiellen negativen Auswirkungen auf die Natura 2000-Gebiete auszuschließen bzw. auf den Naturhaushalt weitgehend einzuschränken. Die Beeinträchtigungen der Umweltbelange Mensch, Wasser, Klima/ Luft und Landschaft können dadurch auf ein unerhebliches Maß reduziert werden.

Die Beeinträchtigungen auf die Schutzgüter Arten- und Lebensgemeinschaften sowie Boden können entweder vermieden bzw. gemindert durch Maßnahmen innerhalb und

außerhalb des Plangebietes kompensiert werden, sodass keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt verbleiben.

7.2.3 Entwicklung des Umweltzustandes ohne Umsetzung der Planung

Bei Nichtumsetzung der Planung ist mit einem Weiterbestehen der heutigen Nutzung zu rechnen. In diesem Fall würden ebenfalls Beeinträchtigungen des Bodens durch die intensive Nutzung fortbestehen.

Eine Einengung des Wanderkorridors der Mopsfledermaus und der Verlust eines Teils des Nahrungsraumes für den Rotmilan würde nicht erfolgen.

Eine bauliche Nutzungsintensivierung oder Verdichtung in diesem Bereich wäre nicht zu erwarten, was zu keiner Erhöhung des Quell- und Zielverkehrs führen würde.

Die sich jetzt darstellende klimatische Situation und der landschaftlich nicht eingebundene Ortsrand mit vorgelagertem Hang bliebe erhalten.

7.2.4 Abwägungsentscheidung

Beim vorliegenden Bebauungsplan handelt es sich um eine Innenentwicklung im Sinne einer gezielten maßvollen Erweiterung einer ruhigen bestehenden Ortslage. Der Bebauungsplan entspricht damit den Vorschriften zum Umweltschutz i.S. des § 1a Abs. 2 BauGB in besonderer Weise.

Den naturschutzrechtlichen Belangen wird in vollem Umfang insofern Rechnung getragen, als im nach baurechtlichen Gesichtspunkten abgegrenzten, für den Ausgleich vorgesehenen relevanten Teilraum wesentliche Anforderungen an Erfordernissen des Schutzes der Natura 2000-Gebiete berücksichtigt wurden.

Durch die externen Ersatzmaßnahmen sowie bei vollständiger Integration der im Umweltbericht dargestellten grünordnerischen Maßnahmen und ihrer nachfolgenden Realisierung kann der zu erwartende Eingriff auf Natur und Landschaft durch das Planungsvorhaben als ausgeglichen und der hier ermöglichte Eingriff letztendlich als zulässig betrachtet werden.

8 ZUSÄTZLICHE ANGABEN IM UMWELTBERICHT**8.1 Methodik**

Die Ermittlung und Beurteilung der Beeinträchtigungen der Planung auf Natur und Landschaft erfolgte unter Verwendung des „Breuer – Modells“³⁶. Für das Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften wird im Rahmen der notwendigen Anpassung an die aktuellen naturschutzfachlichen Anforderungen die aktualisierte Fassung mit Stand 2012 des Kartierschlüssels der Biotoptypen³⁷ mit 5 Wertstufen verwendet: Wertstufe V: von besonderer Bedeutung (gute Ausprägungen naturnaher und halbnatürlicher Biotoptypen), Wertstufe IV: von besonderer bis allgemeiner Bedeutung, Wertstufe III: von allgemeiner Bedeutung, Wertstufe II: von allgemeiner bis geringer Bedeutung, Wertstufe I: von geringer Bedeutung (v. a. intensiv genutzte, artenarme Biotoptypen).

Die anderen Schutzgüter (mit der Ausnahme: Mensch, Kultur- und Sachgüter, Wechselwirkungen) werden nach drei möglichen Wertstufen beurteilt. Hierbei wird nach geringer (Wertstufe 3), allgemeiner (Wertstufe 2) geringer (Wertstufe 1) Bedeutung für den Naturschutz unterschieden.

Es werden zusätzlich die besonderen Werte der Schutzgüter als "eigenständige Bewertung" berücksichtigt.

8.2 Darstellung der Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der Angaben sowie der Kenntnislücken

Bei der Zusammenstellung der Grundlage sind zusammenfassend keine Schwierigkeiten aufgetreten.

In Bezug auf das Schutzgut Mensch können die Aussagen zum Verkehr und die daraus geschlossenen Lärmprognosen erst nach Umsetzung überprüft werden.

Die Erfassung des Schutzgutes Arten- und Lebensgemeinschaften fand während des Aufstellungsverfahrens in einer günstigen Jahreszeit statt (Frühling - Sommer) statt. Kenntnislücken bestehen im Hinblick auf konkrete faunistische Daten.

Der räumliche und sachliche Untersuchungsbedarf wurde entsprechend der örtlichen Erfordernisse gewählt (Radius von 500 m). Auf Grund der örtlichen Gegebenheiten des Plangebietes wurde auf eine Brutvogelkartierung verzichtet und für die Darstellung der Vogelwelt auf einer Worst-Case-Betrachtung zurückgegriffen. Bedingt durch die Standort-eigenschaften liegt die Vermutung nahe, dass im Geltungsbereich keine besonders oder streng geschützten Tier- und Pflanzenarten vorkommen und artenschutzrechtliche Verbotstatbestände nicht zu erwarten sind.

Die ausgeführten Auswirkungen haben oft einen beschreibenden Charakter, die nicht auf konkreten Berechnungen oder Modellen beruhen. Somit können bestimmte Auswirkungen hinsichtlich ihrer Reichweite oder Intensität nicht eindeutig erfasst werden. Durch die

³⁶ Naturschutzfachliche Hinweise zur Anwendung der Eingriffsregelung in der Bauleitplanung, Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 1/94; Arbeitshilfe zur Anwendung der Eingriffsregelung bei Bodenabbauvorhaben, Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, 4/2003.

³⁷ Olaf von Drachenfels: Einstufungen der Biotoptypen in Niedersachsen; Regenerationsfähigkeit, Wertstufen, Grundwasserabhängigkeit, Nährstoffempfindlichkeit, Gefährdung, Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, Niedersächsischer Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz, 32. Jg. Nr. 1 1 – 60 Hannover 2012

verbal-argumentative Bewertung der Auswirkungen können beispielsweise potentielle Auswirkungen nicht genau und zielsicher eingeschätzt werden.

Dies betrifft insbesondere die Bewertung der Auswirkungen auf die Tierarten. Die Beurteilung der Erheblichkeit setzt die Berücksichtigung aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse voraus. Diese wird insbesondere für die Natura 2000-Gebiete erschwert, da seit Jahren eine Aktualisierung der Standarddatenbögen, Untersuchungen zum Monitoring einzelner Arten nicht erfolgt sind und die Aufstellung der Managementpläne von verantwortlicher Stelle nicht vorangetrieben wird. Da das naturschutzfachliche Fachwissen für die meisten geschützten Arten einfach nicht ausreicht, um gesicherte Erkenntnisse für die Bewertung der Erheblichkeit ableiten zu können, wurde unter Zugrundelegung der allgemeinen Hauptursachen für die Gefährdung der Arten sowie ihrer spezifischen Empfindlichkeit eine Aussage als qualitative Risikoeinschätzung zur Erheblichkeit-/Nachhaltigkeit der, bau-, anlage- und betriebsbedingten Wirkungen durch das Vorhaben getroffen, bzw. Orientierungswerte (z.B. Fluchtdistanz, Effektdistanz) herangezogen, die den spezifischen Umständen angepasst wurden.

Einige Angaben beruhen auf einer Auswertung von Quellen, die zum Teil zehn Jahre und älter sind. Diese scheinen jedoch dem heutigen Stand des Fachwissens zu entsprechend bzw. durch keine neueren wesentlich abweichenden Erkenntnisse in Frage gestellt zu sein.

8.3 Überwachungsmaßnahmen (Monitoring)

Erhebliche und nicht ausgleichbare Umweltauswirkungen sind bei Beachtung der getroffenen Regelungen und Festsetzungen durch die Planung nicht zu erwarten. Werden allerdings die im Bebauungsplan festgelegten Ausgleichs-, Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen nicht oder nur unzureichend durchgeführt, wäre der Bebauungsplan mit erheblichen Umweltwirkungen verbunden.

Die Gemeinde behält sich ein Einschreiten vor, sofern Hinweise für einen nicht ordnungsgemäßen Zustand gemäß § 4c BauGB vorliegen. Dabei ist sie insbesondere auf die Informationen der Behörden im Zusammenhang mit der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB angewiesen.

Im Rahmen der Bauphase, der Bauabnahme sowie nach Umsetzung des Bauvorhabens sind Überwachungsmaßnahmen durchzuführen, insbesondere die Bauzeitenregelung während der Baumaßnahme.

Die frist- und sachgerechte Ausführung der festgelegten Vorkehrungen zur Vermeidung von Eingriffen sowie Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sollte von der Gemeinde und/oder der UNB erstmalig ein Jahr nach Inkrafttreten des Bebauungsplanes bzw. nach Umsetzung der Bebauung durch eine Ortsbegehung überprüft werden.

Dabei ist die Wirksamkeit der ausgeführten Maßnahmen zu prüfen und zu überprüfen, ob unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen aufgetreten sind bzw. sich abzeichnen. Im konkreten Fall sind geeignete Maßnahmen zur Abhilfe durchzuführen.

9 ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE ZUSAMMENFASSUNG DES UMWELTBERICHTES

9.1 Beschreibung des Vorhabens

Auf einer Intensivgrünlandfläche im Osten der Ortslage Flechtorf plant die Gemeinde Lehre eine Wohnsiedlung zu errichten. Sie soll im Rahmen des Bebauungsplanes „Vorderer Westerberg“ in einem Allgemeinen Wohngebiet 33 Einfamilienhäuser bieten.

Die Erschließung des neuen Baugebietes erfolgt über die südlich gelegene Beienroder Straße (Kreisstraße K 38).

9.2 Beschreibung der Umwelt

Die geplante Wohnsiedlung grenzt im Norden an den Westerbergweg mit anschließenden Acker-, Wiesen- und Weidenflächen, im Osten an Ackerflächen, im Westen an Einfamilienhäuser, und im Süden an die Kreisstraße K 38 mit anschließender Einfamilienhausbebauung.

Naturräumlich gehört das Plangebiet zur Region Börde im Naturraum des „ostbraunschweigischen Hügellandes“.

Die festgestellten Biototypen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind überwiegend von geringem ökologischem Wert. Geschützte bzw. gefährdete Pflanzenarten sind innerhalb des Geltungsbereiches des B-Planes nicht zu erwarten. Von besonderer Bedeutung sind die südlich gelegenen Waldflächen des Beienroder Holzes (Natura 2000-Gebiete) sowie die Auenbereiche der Schunter im Norden.

Die Fläche ist ein Teilbereich des Lebensraumes einer in Niedersachsen gefährdeten Art (Rotmilan), die gleichzeitig Art der Vogelschutzrichtlinie ist.

Das Plangebiet schließt an seiner nördlichen Grenze an das Landschaftsschutzgebiet „Schuntertal“ HE 20 an und liegt in ca. 30 m Entfernung von 2 EU Schutzgebieten, das FFH-Gebiet 102 – „Beienroder Holz“, sowie das EU Vogelschutzgebiet SPA 3630-401 – „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“, mit bedeutenden Vorkommen von Greifvogel- und Spechtarten sowie der Mopsfledermaus.

Das geplante Bauvorhaben liegt außerhalb von Bereichen lokaler oder regionaler avifaunistischer Bedeutung. Die Planfläche ist jedoch ein Teillebensraum einer in Niedersachsen gefährdeten Art (Rotmilan), die gleichzeitig Art der Vogelschutzrichtlinie ist. Sonstige konkrete Artnachweise liegen für das Plangebiet nicht vor. Eine Abschätzung der potentiellen Wertigkeit des Plangebietes für Wiesenbrüter wurde nach der Worst-Case-Betrachtung vorgenommen. Bedingt durch die Habitatausprägung des Plangebietes und die Habitatansprüche der potentiell vorkommenden Brutvögel erschien eine faunistische Kartierung als abkömmlich.

Vom Planungsvorhaben sind Böden mit geringem Natürlichkeitsgrad, geringer Trockengefährdung und mittlerem landwirtschaftlichem Ertragspotential betroffen.

Die Empfindlichkeit des Grundwassers gegenüber Schadstoffeinträgen ist gering.

Die Funktionsfähigkeit von Klima/Luft dieses Raumes im Naturhaushalt ist beeinträchtigt und dieses Stagnationsgebiet kann bei austauscharmen, windschwachen Wetterlagen mit Dunst oder Nebel auf empfindliche Menschen belastend wirken, deren Auswirkungen durch die Nähe zum Beienroder Holz abgemildert werden können.

Das Landschaftsbild ist geprägt durch das Relief des „vorderen Westerberges“, eine deutlich wahrnehmbare Oberflächenform zwischen der Schunterniederung und dem Beienroder Holz, am Rande einer in der Landschaft eingebundenen Ortslage mit hoher Erlebnisqualität und hohem Erholungswert. Im LRP werden der Planbereich und seine Umgebung als mäßig beeinträchtigter Raum bewertet.

Innerhalb des Plangebietes befinden sich keine Kultur- und sonstigen Sachgüter.

9.3 Auswirkung auf die Umwelt

Das geplante Bauvorhaben führt sowohl zum Verlust von Lebensräumen für gefährdete Tierarten als auch zur Erhöhung der Lebensraumbedeutung anderer siedlungsbezogener Tier- und Pflanzenarten. Es führt darüber hinaus zu folgenden negativen Auswirkungen:

- Biototypen von allgemeiner bis geringer Bedeutung werden in Anspruch genommen,
- der Wanderkorridor von Fledermäusen wird in seiner Breite reduziert,
- es werden Böden mit Natürlichkeitsgrad von allgemeiner Bedeutung überbaut,
- als Folge der Versiegelung wird die Grundwasserneubildung beeinträchtigt,
- das geplante Wohngebiet wird punktuell die klimatische Ausgleichsfunktion der Grünlandflächen verringern,
- durch die Siedlungserweiterung wird eine im Landschaftsbild leicht wahrnehmbare Oberflächenform durch eine parallel zum Hang gleichmäßig ausgerichtete Bebauung überformt.

9.3.1 Maßnahmen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen

- Die Festsetzung der Grundflächenzahl von 0,3 führt zur Begrenzung der Bodenversiegelung,
- die empfohlene Mindestgröße der Baugrundstücke bewirkt eine starke Auflockerung und Durchgrünung des neuen Wohngebietes, trägt zum Ausgleich des Kleinklimas bei, stellt ein Potential für Flora und Fauna innerhalb des künftigen Wohngebietes dar und vermeidet starke negative Auswirkungen der Wohnbebauung auf das Landschaftsbild,
- die Anlage einer Feldhecke an der südöstlichen und östlichen Grenze des Bebauungsplangebietes bildet eine Abschirmung zum FFH-Gebiet „Beienroder Holz“ sowie darüber hinaus eine Leit- und Austauschfunktion für die Fledermäuse insbesondere für die Mopsfledermaus zwischen den beiden Natura 2000-Gebieten. Darüber hinaus wird die generelle Förderung des Artenaustausches durch lineare Verbindungsstrukturen zwischen den genannten Gebieten ermöglicht.

9.3.2 Maßnahmen zur Verminderung von Beeinträchtigungen

- Anpflanzung von Bäumen auf öffentlichen Verkehrsflächen,
- Beleuchtung des öffentlichen Raumes mit Natriumdampflampen bzw. LED-Lampen,
- die vorgesehene Durchgrünung des Gebietes kann die Auswirkungen der Wohnbebauung auf das Landschaftsbild weitgehend minimieren.

9.3.3 Maßnahmen zur Kompensation verbleibender erheblicher Beeinträchtigungen

Die Kompensationsmaßnahmen erfolgen:

- intern, durch die Anlage einer Feldhecke auf einer Fläche von 3.078 qm,
- extern, durch Ersatzmaßnahmen auf einer Fläche nördlich des Baugebietes „Gerstenbreiten“ in Flechtorf.

9.3.4 Zusammenfassung

Die Umweltprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass die Verbotstatbestände nach § 44 (1) Nr. 1, 2 und 3 BNatSchG nicht eintreten und eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 durch die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Helmstedt für das Vorhaben nicht erforderlich ist.

Es entstehen keine direkte oder indirekte Wirkungen in die Natur 2000-Gebiete hinein sowie Beeinträchtigungen der wertgebenden Arten durch Einengung eines außerhalb der Gebiete liegenden Wanderkorridors.

Die durch die Planung entstehenden Eingriffe in Natur und Landschaft können durch interne und externe Maßnahmen ausgeglichen werden, so dass der hier ermöglichte Eingriff letztendlich zulässig ist.

9.4 Alternativlösungen

Der vorgesehene Standort eignet sich auf Grund seiner Ortsrandlage, seiner guten verkehrstechnischen Einbindung und als für die Menschen mäßig beeinträchtigter Lebensraum zur Ausweisung einer Wohnsiedlung.

10 Anhang I Tabelle Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“

| Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“ | |
|---|---|
| Eingriff erfolgt durch: Ausweisung eines Allgemeinen Wohngebietes (WA): 0,303 ha Straßenverkehrsflächen, 2,243 ha Nettobauland mit Grundflächenzahl 0,3 (mit 50 % zulässiger Überschreitung) | |
| Ersatz erfolgt durch: Inanspruchnahme von Intensivgrünland | |
| Standort: Flurstücke 49/2 und 344, Flur 7, Gemarkung Flechtorf | |
| Betroffene Schutzgüter | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes <input checked="" type="checkbox"/> Arten und Biotope <input checked="" type="checkbox"/> Boden <input checked="" type="checkbox"/> Wasser <input type="checkbox"/> Klima/Luft <input type="checkbox"/> Landschaftsbild | Arten und Biotope: Intensivgrünland trockener Mineralböden (II), Mesophiles Weißdorn-/Schlehengebüsch (III), Nahrungsbiotop des Rotmilans, Wanderkorridor für Fledermäuse. Boden: stark überprägter Naturboden ohne besondere Werte. |
| Voraussichtliche erhebliche Beeinträchtigungen: | |
| Boden: Verlust von Bodenfunktionen durch Versiegelung von 1,312 ha stark überprägtem Naturboden ohne besondere Werte; Arten und Biotope: Verlust von mesophilem Weißdorn-/Schlehengebüsch | |
| Vorkehrungen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen | |
| Durch die Festsetzung der Grundflächenzahl von 0,3 und die Mindestgröße der Baugrundstücke Minimierung der Bodenversiegelung, Auflockerung und Durchgrünung des Wohngebietes, Verbesserung des Kleinklimas; Anpflanzung von Bäumen. | |
| Verbleibende erhebliche Beeinträchtigungen | |
| Boden: Verlust von Bodenfunktionen durch Versiegelung von 1,312 ha stark überprägtem Naturboden ohne besondere Werte. Arten und Biotope: Verlust von mesophilem Weißdorn-/Schlehengebüsch | |
| Ausgleichbarkeit der verbleibenden erheblichen Beeinträchtigungen | |
| Boden, Arten und Lebensgemeinschaften: die erheblichen Beeinträchtigungen sind nicht ausgleichbar. | |
| Bei nicht Ausgleichbarkeit: Begründung für Vorrang des Eingriffs gegenüber Naturschutzbelangen | |
| Die durch die Planung entstehenden Eingriffe in Natur und Landschaft können durch interne und externe Maßnahmen ausgeglichen werden, so dass der hier ermöglichte Eingriff letztendlich zulässig ist. | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Ausgleichsmaßnahme | <input checked="" type="checkbox"/> Ersatzmaßnahme |
| Art, Umfang, zeitlicher Ablauf der Maßnahme; Maßnahmenziele: | |
| Interne Ausgleichsmaßnahme: Anlage einer Feldhecke entlang der östlichen Grenze des Planbereichs. | |
| Ziele: Arten- und Lebensgemeinschaften: 3.064 qm Feldhecke (III); Boden: 0,30 ha, ungestörte Weiterentwicklung stark überprägter Naturböden. | |
| Ersatzmaßnahme: Umwandlung einer 8.068 qm großen Intensivgrünlandfläche | |
| Ziele: Arten- und Lebensgemeinschaften: 0,806 qm: Strauchhecke/Gehölzinseln (III), Ruderalflur (III), Sukzessionsfläche für einen Laubwald (IV); Boden: 0,806 ha, ungestörte Weiterentwicklung stark überprägter Naturböden. | |
| Zeitraum, in dem der angestrebte Zustand erreicht werden soll: Zustand mittelfristig erreichbar | |
| Bedeutung der Flächen, auf denen die Maßnahme durchgeführt werden soll: | |
| Arten und Biotope: Intensivgrünland GIA (II). | |
| Boden: stark überprägter Naturboden ohne besondere Werte. | |
| Träger der Maßnahme: Gemeinde Lehre | |
| Hinweise zur Unterhaltung: Unterhaltungsträger: Gemeinde Lehre. | |
| Strauchhecke: Entwicklung durch Pflanzung, im Abstand von mehr als 10 Jahren abschnittsweise Sträucher auf den Stock setzen, zwischen Oktober und Februar. | |
| Ruderalflur: Mahd 1 x alle 4-5 Jahre, ab Juni, Mähgut entfernen, | |
| natürliche Sukzessionsfläche für einen Laubwald: Pflanzung mit Arten der hpnV; Nutzungsverzicht | |

Muster aus Informationsdienst Naturschutz Niedersachsen, Heft 2/2002)



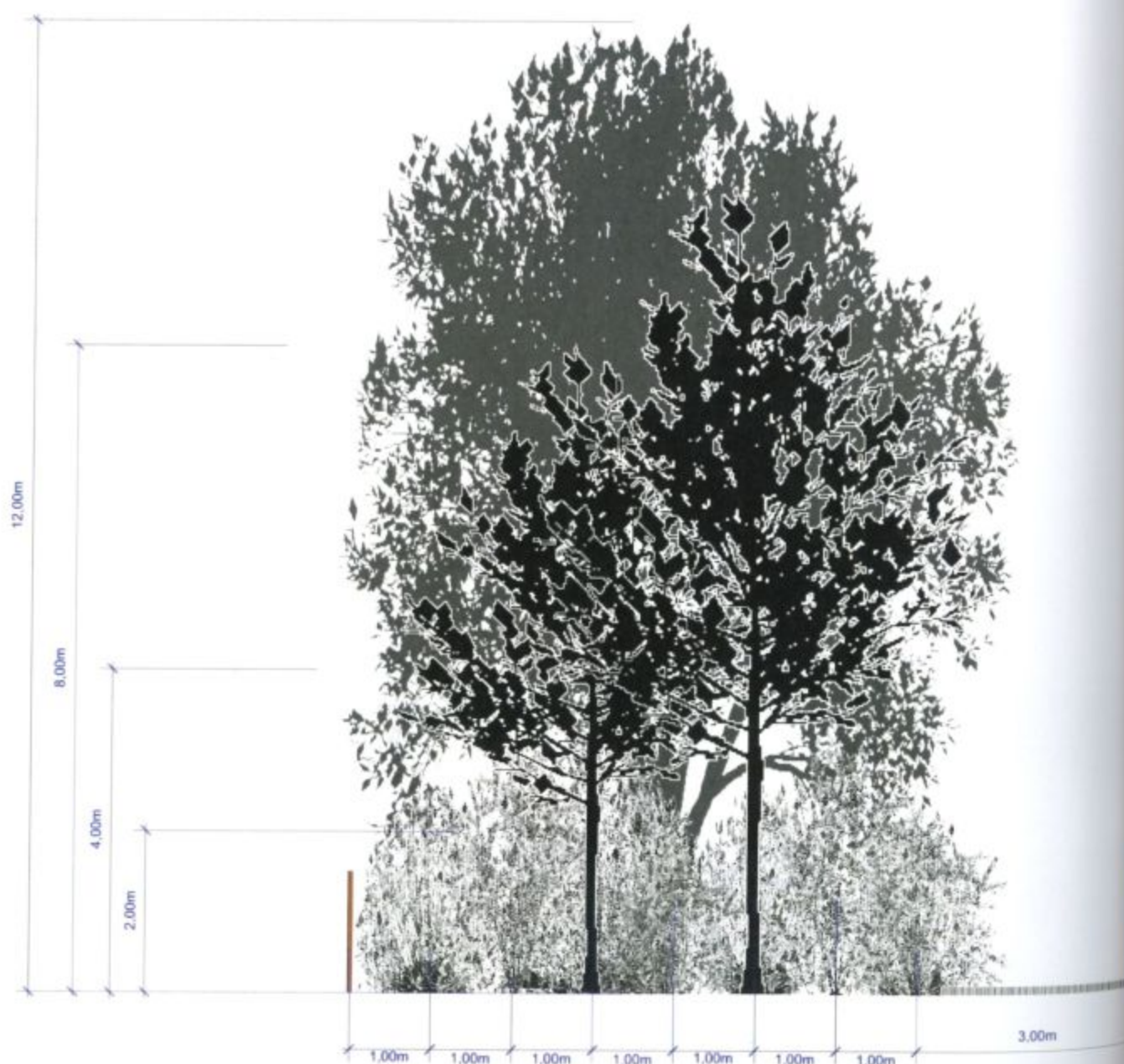
Artenliste der LAUBBÄUME für grünordnerische Festsetzungen:

| Deutscher Name | Botanischer Name |
|----------------|------------------------------------|
| Feldahorn | <i>Acer campestre</i> |
| Spitzahorn | <i>Acer platanoides</i> |
| Bergahorn | <i>Acer pseudoplatanus</i> |
| Hainbuche | <i>Carpinus betulus</i> |
| Baumhasel | <i>Corylus colurna</i> |
| Säulen-Dorn | <i>Crataegus mongyna</i> „Stricta“ |
| Pflaumen-Dorn | <i>Crataegus x prunifolia</i> |
| Buche | <i>Fagus sylvatica</i> |
| Esche | <i>Fraxinus excelsior</i> |
| Vogel-Kirsche | <i>Prunus avium</i> |
| Traubeneiche | <i>Quercus petraea</i> |
| Stieleiche | <i>Quercus robur</i> |
| Winterlinde | <i>Tilia cordata</i> |
| Silberlinde | <i>Tilia tomentosa</i> |

Artenliste der STRÄUCHER für grünordnerische Festsetzungen:

| Deutscher Name | Botanischer Name |
|--------------------------|-----------------------------|
| Feld-Ahorn | <i>Acer campestre</i> |
| Hainbuche | <i>Carpinus betulus</i> |
| Roter Hartriegel | <i>Cornus sanguinea</i> |
| Hasel | <i>Corylus avellana</i> |
| Weißdorn | <i>Crataegus monogyna</i> |
| Pfaffenhütchen | <i>Euonymus europaeus</i> |
| Gemeiner Liguster* | <i>Ligustrum vulgare</i> |
| Heckenkirsche | <i>Lonicera-Arten</i> |
| Schlehe | <i>Prunus spinosa</i> |
| Schwarze Johannisbeere | <i>Ribes nigrum</i> |
| Rote Johannisbeere | <i>Ribes rubrum</i> |
| Hundsrose | <i>Rosa canina</i> |
| Bibernell-Rose | <i>Rosa pimpinellifolia</i> |
| Gewöhnliche Brombeere | <i>Rubus fruticosus</i> |
| Echte Himbeere | <i>Rubus idaeus</i> |
| Sal-Weide | <i>Salix caprea</i> |
| Grau-Weide | <i>Salix cinerea</i> |
| Schwarzer Holunder* | <i>Sambucus nigra</i> |
| Eberesche | <i>Sorbus aucuparia</i> |
| Gewöhnlicher Schneeball* | <i>Viburnum opulus</i> |

13 Anhang IV Pflanzanordnung der Strauch-Baumhecke, Pflanzliste



Pflanzanordnung in der Strauch-Baumhecke innerhalb der Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft.

➤ erste Reihe

Roter Hartriegel, Pfaffenhütchen, Gemeiner Liguster, Rote Heckenkirsche, Hundsrose, Gewöhnlicher Schneeball,

➤ zweite Reihe

Hasel, Zweigriffliger Weißdorn, eingrifflicher Weißdorn, Schlehe, Kreuzdorn, Sal-Weide, Schwarzer Holunder,

➤ dritte Reihe

Feld-Ahorn, Eberesche, Gemeine Birne,

➤ vierte Reihe

Schwarzerle, Hainbuche, Winterlinde, Vogel-Kirsche, (Zitterpappel)

➤ fünfte Reihe

Feld-Ahorn, Eberesche, Gemeine Birne,

➤ sechste Reihe

Hasel, zweigriffliger Weißdorn, eingrifflicher Weißdorn, Schlehe, Kreuzdorn, Sal-Weide, Schwarzer Holunder,

➤ siebte Reihe

Roter Hartriegel, Pfaffenhütchen, Gemeiner Liguster, Rote Heckenkirsche, Hundsrose, Gewöhnlicher Schneeball.

Bäume 2. Ordnung

| | | | |
|---------------|-------------------------|---------|----|
| Feld-Ahorn | <i>Acer campestre</i> | 10-15 m | Ac |
| Schwarz-Erle | <i>Alnus glutinosa</i> | 15-20 m | Ag |
| Hainbuche | <i>Carpinus betulus</i> | 15-20 m | Cp |
| Gemeine Birne | <i>Pyrus pyraister</i> | 8-12 m | Pp |
| Vogel-Kirsche | <i>Prunus avium</i> | 15-20 m | Pa |
| Winter-Linde | <i>Tilia cordata</i> | 15-25 m | Tc |

Großsträucher

| | | | |
|------------|-------------------------|---------|----|
| Feld-Ahorn | <i>Acer campestre</i> | 5- 12 m | Ac |
| Eberesche | <i>Sorbus aucuparia</i> | 10-15 m | Sa |

Sträucher

| | | | |
|--------------------------|----------------------------|-------|----|
| Roter Hartriegel | <i>Cornus sanguinea</i> | 3-4 m | Cs |
| Hasel | <i>Corylus avellana</i> | 5-7 m | Ca |
| Zweigriffliger Weißdorn | <i>Crataegus laevigata</i> | 5-7 m | Cl |
| Eingrifflicher Weißdorn | <i>Crataegus monogyna</i> | 5-7 m | Cm |
| Pfaffenhütchen | <i>Euonymus europaeus</i> | 2-3 m | Ee |
| Gemeiner Liguster* | <i>Ligustrum vulgare</i> | 2-5 m | Lv |
| Rote Heckenkirsche | <i>Lonicera xylosteum</i> | 2-3 m | Lx |
| Schlehe | <i>Prunus spinosa</i> | 4-5 m | Ps |
| Kreuzdorn | <i>Rhamnus catharticus</i> | 4-6 m | Rh |
| Hundsrose | <i>Rosa canina</i> | 2-3 m | Rc |
| Sal-Weide | <i>Salix caprea</i> | 5-8 m | Sc |
| Schwarzer Holunder* | <i>Sambucus nigra</i> | 5-7 m | Sn |
| Gewöhnlicher Schneeball* | <i>Viburnum opulus</i> | 3-4 m | Vo |

Pflanzplan beispielhaft für 50 m Länge

| | |
|----|---|
| 0 | ●Vo ●Ac ●Sa ●Cs ●Sc ●Cb ●Cm ●Cs ●Ac ●Sa ●Cs ●Ca ●Pt ●Cm ●Cs ●Sa ●Sa ●Vo ●Cs ●Pp ●Cm ●Ca ●Ac ●Ac ●Vo ●Ca ●Ac ●Sn ●Lv ●Sa ●Ag ●Vo ●Ps ●Pt ●Rh ●Vo ●Ac ●Sa ●Rh ●Ps ●Pt ●Rc ●Vo ●Sa ●Ac ●Rc ●Cl ●Cb ●Rc ●Ca ●Ac ●Sa ●Rh ●Vo ●Sa ●Ps ●Rc ●Ac ●Pa ●Cs ●Sn ●Sa ●Sc ●Ee ●Ac ●Pa ●Sn ●Ps ●Tc ●Lx ●Rc ●Ac ●Sa ●Lx ●Rh ●Pp ●Lx ●Rc ●Ac ●Ac ●Sc ●Cm ●Pt ●Sc ●Rc ●Ac ●Ac ●Lv ●Cm ●Ac ●Ca ●Ee ●Sa ●Ac ●Ee ●Cm ●Ag ●Ca ●Ee ●Sa ●Sa ●Ee ●Sn ●Sa ●Ca ●Lx ●Sa ●Cb ●Rc ●Rh ●Cb ●Sn ●Rh ●Ac ●Ac ●Ps ●Lv ●Pt ●Cs ●Rh ●Ac ●Sa ●Cs ●Lv ●Cb ●Rh ●Lv ●Sa ●Ac ●Vo ●Ps ●Sa ●Sn ●Lv ●Ac ●Ac ●Rc ●Sn ●Sa ●Ps ●Rc ●Ac ●Tc ●Lv ●Sc ●Tc ●Ps ●Lx ●Sa ●Tc ●Lx ●Sc ●Pt ●Cl ●Lx ●Ac ●Sa ●Lv ●Cl ●Pa ●Lv ●Lx ●Ac ●Ac ●Lv ●Cl ●Ag ●Cl ●Cs ●Ac ●Sa ●Cl ●Sn ●Pt ●Ca ●Cs ●Sa ●Ac ●Ee |
| 10 | |
| 20 | |
| 30 | |
| 40 | |
| 50 | |

14 Anhang V Kriterien für die Vorprüfung des Einzelfalls im Rahmen einer FFH-Verträglichkeitsprüfung

| | | |
|-----|---|---|
| 1. | Merkmale des Vorhabens: B-Plan „Vorderer Westerberg“ Die Merkmale eines Vorhabens sind insbesondere hinsichtlich folgender Kriterien zu beurteilen: | |
| 1.1 | Größe des Vorhabens, | Geltungsbereich: ca. 3,0 ha Grundfläche der baulichen Anlagen mit GRZ 0,3: (mit 50 % Überschreitung) ca. 1,18 ha Verkehrsfläche ca. 0,36 ha |
| 1.2 | Nutzung und Gestaltung von Wasser, Boden, Natur und Landschaft, | reale Neuversiegelung durch geplante Bebauung, einschließlich Nebenanlagen und Erschließung: ca. 1,54 ha |
| 1.3 | Abfallerzeugung, | Hausmüll Ein besonderes Gefährdungspotenzial ist nicht zu erkennen. Der Abfall wird am Entstehungsort gesammelt und über die städtische Müllabfuhr entsorgt. |
| 1.4 | Umweltverschmutzung und Belästigungen, | Durch die Festsetzung als „allgemeines Wohngebiet“ ist nicht mit erheblichen Beeinträchtigungen durch Lärm, Verkehr, Schadstoffe, Geruch, Schwingungen, Verschattung, Elektrosmog oder Emissionen anderer Art zu rechnen. |
| 1.5 | Unfallrisiko, insbesondere mit Blick auf verwendete Stoffe und Technologien. | Kein besonderes Risiko |
| 2. | Standort der Vorhaben Die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, ist insbesondere hinsichtlich folgender Nutzungs- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung der Kumulierung mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen: | |

| | | | |
|-----|---|--|--|
| 2.1 | bestehende Nutzung des Gebietes, insbesondere als Fläche für Siedlung und Erholung, für land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzungen, für sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen, Verkehr, Ver- und Entsorgung (Nutzungskriterien), | <ul style="list-style-type: none"> • Siedlung und Erholungsnutzung • land-, forst- und fischereiwirtschaftliche Nutzung • sonstige wirtschaftliche und öffentliche Nutzungen • Verkehr, Ver- und Entsorgung | <p>nicht betroffen</p> <p>betroffen</p> <p>nicht betroffen</p> <p>nicht betroffen</p> |
| 2.2 | Reichtum, Qualität und Regenerationsfähigkeit von Wasser, Boden, Natur und Landschaft des Gebietes (Qualitätskriterien), | <ul style="list-style-type: none"> • Biotop- und Artenschutz • Oberflächengewässer • Grundwasser • Boden • Klima/Lufthygiene • Landschaftsbild • Kultur- / Sachgüter • Leben, Gesundheit und Wohlbefinden des Menschen | <p>betroffen</p> <p>nicht betroffen</p> <p>betroffen</p> <p>betroffen</p> <p>betroffen</p> <p>betroffen</p> <p>betroffen</p> <p>nicht betroffen</p> <p>nicht betroffen</p> |
| 2.3 | Belastbarkeit der Schutzgüter unter besonderer Berücksichtigung folgender Gebiete und von Art und Umfang des ihnen jeweils zugewiesenen Schutzes (Schutzkriterien): | | |
| | 2.3.1 im Bundesanzeiger gemäß § 32 des Bundesnaturschutzgesetzes bekannt gemachte Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung oder europäische Vogelschutzgebiete, | <ul style="list-style-type: none"> • Flora-Fauna-Habitat-Gebiet • europäisches Vogelschutzgebiet | <p>direkt nicht betroffen</p> <p>direkt nicht betroffen</p> |
| | 2.3.2 Naturschutzgebiete gemäß § 23 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst, | | nicht betroffen |
| | 2.3.3 Nationalparke gemäß § 24 des Bundesnaturschutzgesetzes, soweit nicht bereits von Nummer 2.3.1 erfasst, | | nicht betroffen |

Jean-Marie Schmerber – Landschaftsarchitekt BDLA, Holzmarkt 9, 38300 Wolfenbüttel

- 74 -

| | | | |
|-------|--|--|------------------------|
| 2.3.4 | Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gemäß den §§ 25 und 26 des Bundesnaturschutzgesetzes, | | direkt nicht betroffen |
| 2.3.5 | gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes, | | nicht betroffen |
| 2.3.6 | Wasserschutzgebiete gemäß § 19 des Wasserhaushaltsgesetzes oder nach Landeswasserrecht festgesetzte Heilquellenschutzgebiete sowie Überschwemmungsgebiete gemäß § 31b des Wasserhaushaltsgesetzes, | | nicht betroffen |
| 2.3.7 | Gebiete, in denen die in den Gemeinschaftsvorschriften festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, | | nicht betroffen |
| 2.3.8 | Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere Zentrale Orte im Sinne des § 2 Abs. 2 Nr. 2 des Raumordnungsgesetzes, | | nicht betroffen |
| 2.3.9 | in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmale, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind. | | nicht betroffen |
| 3. | <p>Merkmale der möglichen Auswirkungen</p> <p>Die möglichen erheblichen Auswirkungen eines Vorhabens sind anhand der unter den Nummern 1 und 2 aufgeführten Kriterien zu beurteilen;</p> <p>insbesondere ist folgendem Rechnung zu tragen:</p> | | |
| 3.1 | dem Ausmaß der Auswirkungen (geographisches Gebiet und betroffene Bevölkerung), | | hoch / mittel / gering |
| 3.2 | dem etwaigen grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen, | | hoch / mittel / gering |

Jean-Marie Schmerber – Landschaftsarchitekt BDLA, Holzmarkt 9, 38300 Wolfenbüttel

- 75 -

| | |
|---|--|
| <p>3.3 der Schwere und der Komplexität der Auswirkungen, insbesondere hinsichtlich der Natura 2000-Gebiete. Die südöstliche Spitze des B-Plangebietes liegt 40 m entfernt vom</p> <ul style="list-style-type: none"> • FFH-Gebiet DE 3630-302 „Beienroder Holz“ und vom • EU-Vogelschutzgebiet SPA 3630-401 „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“ gemäß EU-Vogelschutzrichtlinie (79/409/EWG) <p>sowie am Rand eines Korridors zwischen den oben genannten Gebiet mit dem</p> <ul style="list-style-type: none"> • FFH-Gebiet DE 3629-301 „Eichen-Hainbuchenwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“ | <ul style="list-style-type: none"> • Leben, Gesundheit und Wohlbefinden des Menschen hoch / mittel / gering Eine erhebliche Lärm- und Luftbelastung der angrenzenden Wohnbereiche durch den zusätzlichen Ziel- und Quellverkehr im Plangebiet ist nicht zu erwarten. • Arten- und Lebensgemeinschaften Biotoptypen (Intensivgrünland) hoch / mittel / gering Fauna hoch / mittel / gering Fledermäuse (Mopsfledermaus) hoch / mittel / gering <p>Die Ackerflächen sowie die zukünftige Bebauung stellen keine wichtigen Lebensräume der Mopsfledermaus dar, da die Art ihr Jagdgebiet bevorzugt in Waldbereichen hat. Im Falle der Realisierung der Planung werden Quartiere und Jagdhabitate der Mopsfledermaus als maßgebliche Bestandteile nicht so verändert oder gestört, dass sie ihre Funktion für das Erhaltungsziel „Schutz und Entwicklung naturnaher Eichen-Hainbuchen- und Buchenwälder als Teil-lebensraum der Mopsfledermaus, Sicherung der Fledermausquartiere in den alten Bunkern“ nur noch in deutlich eingeschränkter Form erfüllen würden.</p> <p>Relevante Beeinträchtigungen von Flugwegen der überwiegend strukturgebundenen relativ niedrig über dem Boden (2-5 m) fliegenden Mopsfledermaus sind nicht zu erwarten.</p> <p>Die Planung steht nicht ursächlich für die aktuelle Gefährdung der Art (intensive Forstwirtschaft mit geringem Alt- und Totholzanteil der Wälder, Beseitigung von Quartierbäumen) und ihren schlechten Erhaltungszustand.</p> <p><u>Brutvögel (Spechte, Rotmilan)</u> hoch / mittel / gering</p> <p>Durch akustische und optische Störungen ist zu befürchten, dass einige Brutvogelarten durch das Bauvorhaben das Forstflächen nicht mehr zur Brut nutzen können. Damit können lokale Populationen zum Erlöschen kommen.</p> <p>Durch die geplante Überbauung verlieren der Nahrungsgäste Nahrungsflächen.</p> |
|---|--|

Jean-Marie Schmerber – Landschaftsarchitekt BDLA, Holzmarkt 9, 38300 Wolfenbüttel

- 76 -

Gemeinde Lehre - Bebauungsplan „Vorderer Westerberg“

Umweltbericht

| | |
|--|--|
| | <p>Für die wertbestimmenden Spechtarten sind Großflächigkeit und räumliche Vernetzung zur Bestandserhaltung unabdingbar, da sich die Lebensraumisolierung durch bereits geringe Distanzen negativ auswirkt.</p> <p><u>Eine Zerstörung solcher Strukturen liegt beim Bauvorhaben nicht vor.</u></p> <p><u>Grauspecht</u></p> <p>Es ist nicht anzunehmen, dass das geplante Wohngebiet eine erhebliche Verschlechterung des ungünstigen Erhaltungszustandes der lokalen Population dieser Art darstellt, für die im Beienroder Holz der Nisthöhlenstandort und das Brutrevier des einzigen Brutpaars seit 2004 wegen Kahlschläge nicht mehr existiert.</p> <p>Fernwirkung nicht betroffen</p> <p><u>Mittelspecht</u></p> <p>Der Erhaltungszustand des Mittelspechtes ist in Niedersachsen und im Vogelschutzgebiet V 48 trotz Bestandsverschiebungen auf Grund von Kahlschlägen als günstig zu bewerten. Der nächste Brutstandort des Mittelspechtes liegt ca. 250 m südlich des geplanten Baugebietes. Die Effektdistanz des Mittelspechtes gegenüber Verkehrslärm entlang der Bundesstraße 248 liegt bei ca. 120 m.</p> <p>Fernwirkung hoch / mittel / gering</p> <p><u>Schwarzspecht</u></p> <p>Der Erhaltungszustand des Schwarzspechtes ist in Niedersachsen und im Vogelschutzgebiet V 48 als günstig zu bewerten. Der nächste Brutstandort des Mittelspechtes liegt ca. 700 m südlich des geplanten Baugebietes.</p> <p>Fernwirkung hoch / mittel / gering</p> |
|--|--|

Jean-Marie Schmerber – Landschaftsarchitekt BDLA, Holzmarkt 9, 38300 Wolfenbüttel

- 77 -

| | |
|-----|---|
| | <p><u>Rotmilan</u></p> <p>Die Verkleinerung des Jagdhabitats ist für die Art flächenmäßig nicht relevant, da das regelmäßig frequentierte Fläche, kein obligates Jagdhabitat ohne Ausweichmöglichkeiten ist und die Art sich durch eine vielfältige große Raumnutzung zum Nahrungserwerb auszeichnet. hoch / mittel / gering</p> <p><u>Käfer (Eremit)</u> nicht betroffen</p> <p><u>Amphibien (Kammolch)</u> nicht betroffen</p> <p>• Boden hoch / mittel / gering</p> <p>Die Versiegelung wirkt sich auf die Bodenfunktionen negativ aus. Sie betrifft im überwiegenden Teil Böden von mittlerer Bedeutung. Von daher entsteht eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden.</p> <p>• Wasser hoch / mittel / gering</p> <p>Eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Wasser wird nicht festgestellt.</p> <p>• Lärm /Klima /Luft hoch / mittel / gering</p> <p>Die Geräuschbelastung aus dem Plangebiet ist als nicht relevant anzusehen.</p> <p>• Landschaftsbild hoch / mittel / gering</p> <p>Das Landschaftsbild ist geprägt durch das Relief einer deutlich wahrnehmbaren Hangneigung an der östlichen Grenze des Vorhabensgebietes.</p> <p>• Kultur- und Sachgüter nicht betroffen</p> <p>• Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Schutzgütern nicht erheblich</p> <p>Die beschriebenen Auswirkungen sind mit Umsetzung der Planung definitiv zu erwarten.</p> <p>Die Auswirkungen sind dauerhaft und nicht umkehrbar.</p> |
| 3.4 | der Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen, |
| 3.5 | der Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen. |
| 3.6 | der kumulierenden Wirkung mit anderen Vorhaben |

Dezernat 503

Braunschweig, 17.12.03

503.12

Formulierung der vorläufigen Erhaltungsziele

FFH 101 sowie EU-Vogelschutzgebiet V 48**Beschreibung:**

Es handelt sich um ein großflächiges, vielfältig strukturiertes, naturnahes Waldgebiet mit angrenzenden kleinflächigen Grünlandflächen.

Vorherrschend sind Eichen-Hainbuchenwälder mit hohem Altholzanteil auf frischen bis feuchten, mäßig basenreichen bis basenreichen Standorten, durchzogen von mäandrierenden, im Sommer vielfach trockenfallenden Bächen. Die Bestände sind z.T. mittelwaldartig und weisen örtlich Übergänge zu Buchen-Mischwald auf. Stellenweise findet sich Flattergras-Buchenwald, kleinflächig sumpfiger Erlen-Eschenwald sowie gut ausgebildeter Erlen-Bruchwald. Kleinflächig kommen auch artenreiche Pfeifengras-Wiesen, mesophiles Grünland, Waldsimen- und Schlankseggen-Ried sowie mehrere Stauteiche mit Verlandungs-zonen aus Schilf- und Wasserschwaden-Röhricht, Seggenrieden und Laichkrautbeständen vor.

Es handelt sich um ein für den Naturraum repräsentatives Waldgebiet mit Eichen-Hainbuchen- und Buchen-Mischwäldern, das ein bedeutender Lebensraum insbesondere für Spechtvogelarten und den Rotmilan ist.

Für den Naturschutz außerdem bedeutsam sind die feuchten Waldwiesen, u.a. mit Vorkommen landesweit seltener Pfeifengras-Wiesen. Regional bedeutsam ist das Vorkommen der Großen Moosjungfer.

In ehemaligen Munitionsbunkern des „Beienroder Holzes“ finden sich bedeutende Fledermausquartiere.

Als Vogellebensraum bedeutend vor allem für Greifvogel- und Spechtarten des Anhangs I der EU-Vogelschutzrichtlinie. Inbesondere das Mittelspecht-Vorkommen erreicht hier mit etwa 250 Brutpaaren eine herausragende Siedlungsdichte und Bestandsgröße, was das Gebiet zu einem landes- und bundesweiten Schwerpunktraum macht.

Erhaltungsziele FFH 101

Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der folgenden LRT gemäß Anhang I der FFH-RL

Fragmentarisch vorkommend

und somit nicht signifikant aber -> Prioritärer Lebensraumtyp gemäß Anhang I:

Lebensraumtyp 91E0 (Auenwälder mit *Alnus glutinosa* und *Fraxinus excelsior*)

Nur fragmentarische Vorkommen, Erlen-Eschenwälder überwiegend auf anderen Standorten)

Ziel:

- Die Entwicklung größerer bzw. zusätzlicher Bestände sollte gefördert werden. Dieser Wald sollte alle natürlichen und naturnahen Entwicklungsphasen in mosaikartiger Struktur aufweisen und aus stand- ort-gerechten, autochthonen Baumarten (v.a. Esche, Schwarzerle; Bruch- und Silberweide) zusammengesetzt sein und einen naturnahen Wasserhaushalt aufweisen. Ein hoher Alt- und Totholzanteil sowie die Sicherung von Höhlenbäumen und spezifische Habitatstrukturen (Flutrinnen, Verlichtungen, strukturreiche Säume) sind von besonderer Bedeutung für die Artenvielfalt. Biotypische Artenzusammensetzung mit stabilen Populationen der charakteristischen Arten wäre:

Pflanzen:

z.B. Hängende Segge (*Carex pendula*), Milzkraut (*Chrysosplenium alternifolium*, *Chr. oppositifolium*), Bachnelkenwurz (*Geum rivale*), Straußfarn (*Mattheuccia struthioeris*) bzw. Riesen-Schachtelhalm (*Equisetum telmateia*); Moose, Flechten, Pilze. Bachnelkenwurz (*Geum rivale*), Flatterulme (*Ulmus laevis*), Kleiner Baldrian (*Valeriana dioica*).

Vögel:

Kleinspecht (*Picoides minor*), Mittelspecht (*Picoides medius*), hohe Siedlungsdichte von Nachtigall (*Luscinia luscinia*), Pirol (*Oriolus oriolus*) und Weidenmeise (*Parus montanus*).

Überwiegend vorkommend:

Lebensraumtyp 9160 (Feuchter Eichen-Hainbuchenwald)

großflächig und in guter Ausprägung und hervorragender Bedeutung hinsichtlich der Repräsentativität (verschiedene Ausprägungen in Abhängigkeit von Wasser- und Nährstoffversorgung. Überwiegend auf +/- staunassen Standorten, so dass die Eichen-Hainbuchenwälder diesem FFH-Lebensraumtyp zugeordnet werden können. Erhebliche Teilflächen aber natürliche Buchenwald-Standorte. Eines der größten Vorkommen dieses Lebensraum-typs in Niedersachsen, aber nur z. T. deutlich feuchte Standorte. Flächengröße: ca. 570 ha.)

Eichen- und Eichen-Hainbuchen-Mischwälder auf feuchten, mehr oder weniger basenreichen Standorten mit standorttypischen Mischbaumarten und geringem Anteil standortfremder Baumarten.

Ziel:

- Erhalt und Entwicklung naturnaher, störungsarmer und strukturreicher, möglichst großflächiger und unzerschnittener Eichenmischwälder auf feuchten, vielfach staunassen Böden. Dieser Wald sollte alle natürlichen und

naturnahen Entwicklungsphasen in mosaikartiger Struktur aufweisen. Durch zielgerichtete Pflege soll der Charakter eines artenreichen Mischwaldes mit hohem Anteil von Stieleiche, Hainbuche und anderen Nebenbaumarten bewahrt bleiben. Ein hoher Alt- und Totholzanteil sowie die Sicherung von Höhlenbäumen und strukturreichen Waldrändern sind von besonderer Bedeutung für die Artenvielfalt.

Biotypische Artenzusammensetzung mit stabilen Populationen der charakteristischen Arten wäre:

Pflanzen:

Neben den Charakterarten der Baum-, Strauch und Krautschicht wie Bachnelkenwurz (*Geum rivale*), Kleiner Baldrian (*Valeriana dioica*) und Einbeere (*Paris quadrifolia*) auch diverse epiphytische Flechten- und Moosarten und Pilze.

Vögel:

Mittelspecht (*Picoides medius*); hohe Siedlungsdichten von Sumpfschneise (*Parus palustris*) nach FLADE et al. (1995)

Käfer:

Heldbock (*Cerambyx cerdo*), Hirschkäfer (*Lucanus cervus*) u.a. Totholzbewohner.

Schmetterlinge:

Großer Schillerfalter (*Apatura iris*), Perlmutterfalter (*Argynnis ino*)

In geringerem Flächenanteil vorkommend:

Lebensraumtyp 9130 (Waldmeister-Buchenwälder)

(Anteil an der potentiell-natürlichen Vegetation erheblich höher. Flächengröße: ca. 35 ha. Bei Einbeziehung von Buchen-Eichen-Mischwäldern mit nutzungsbedingter Eichen-Dominanz ergeben sich größere Flächenanteile)

Ziel:

- Erhalt und Entwicklung naturnaher, störungsarmer und strukturreicher, möglichst großflächiger und unzerschnittener Buchenwälder auf +/- basenreichen, mäßig trockenen bis frischen Standorten. Dieser Wald sollte alle natürlichen und naturnahen Entwicklungsphasen in mosaikartiger Struktur aufweisen und aus standort-gerechten, autochthonen Baumarten mit der Rotbuche als dominanter Art zusammengesetzt sein. Ein hoher Alt- und Totholzanteil sowie die Sicherung von Höhlenbäumen und spezifische Randstrukturen sind von besonderer Bedeutung für die Artenvielfalt.

Biotypische Artenzusammensetzung mit stabilen Populationen der charakteristischen Arten wäre:

Pflanzen:

Waldmeister (*Galium odoratum*) und Einblütiges Perlgras (*Melica uniflora*), auf kalkreichen Standorten außerdem z.B. Gelber Eisenhut (*Aconitum vulparia*). Diverse epiphytische Flechten- und Moosarten, Pilze.

Vögel:

Grauspecht (*Picus canus*), Schwarzspecht (*Dryocopus martius*), Hohltaube (*Columba oenas*), hohe Siedlungsdichten von Buntspecht (*Picoides major*) und Trauerschnäpper (*Ficedula hypoleuca*).

Käfer:

Hirschkäfer (*Lucanus cervus*) u.a. Totholzbewohner.

Schmetterlinge:

Großer Schillerfalter (*Apatura iris*).

Lebensraumtyp 6410 (Pfeifengras-Wiesen):

Auf Waldwiesen, v.a. im Hohnstedter Holz; mäßig basenreiche Binsen-Pfeifengraswiesen in fragmentarischer Ausprägung, u.a. mit Heil-Ziest (*Stachys officinalis*), Färber-Scharte (*Serratula tinctoria*) und Kümmelblättriger Silge (*Selinum carvifolia*). Flächengröße: ca. 3 ha

Ziel:

- Erhalt und Entwicklung artenreicheren Pfeifengraswiesen.
- Biotoypische Artenzusammensetzung mit stabilen Populationen der charakteristischen Arten wären:

Pflanzen:

Heil-Ziest (*Stachys officinalis*), Teufelsabbiss (*Succisa pratensis*), Kümmelblättrige Silge (*Selinum carvifolia*), Färber-Scharte (*Serratula tinctoria*) u.a.

Tiere:

keine spezifischen Zielarten,

Lebensraumtyp 6510 (Magere Flachland-Mähwiesen):

Auf Teilflächen der Waldwiesen im Hohnstedter Holz sowie im Westen des Gebietes mäßig feuchte Wiesenfuchschwanz-Wiesen, z. T. mit Anklängen an Pfeifengras-Wiesen in fragmentarischer Ausprägung. Flächengröße: ca. 10 ha.

Ziel:

- Erhalt und Entwicklung artenreicheren Mähwiesen. Auf Teilflächen ist auch eine zeitweilige Beweidung möglich, soweit diese nicht zur Verdrängung der für Mähwiesen typischen Arten führt.

Biotoypische Artenzusammensetzung mit stabilen Populationen der charakteristischen Arten wären:

Pflanzen:

Neben verbreiteten Kennarten wie Ruchgras (*Anthoxanthum odoratum*), Wiesen-Margerite (*Leucanthemum vulgare* agg.), Wiesen-Schaumkraut (*Cardamine pratensis*), Wiesen-Flockenblume (*Centaurea jacea*) und Scharfer Hahnenfuß (*Ranunculus acris*) je nach Standort und Region weitere, seltenere Zielarten wie z.B. Knolliger Hahnenfuß (*Ranunculus bulbosus*) und Echte Schlüsselblume (*Primula veris*).

Lebensraumtyp 6430 (Feuchte Hochstaudenfluren):

Mäßig artenreiche kleinflächig Hochstaudenfluren mit Sumpf-Kratzdistel, Wasserdost, Mädesüß u.a. auf Feuchtwiesenbrachen im Hohnstedter Holz. Flächengröße: ca. 1 ha.

Ziel:

- Erhalt und Entwicklung artenreicheren, störungsarmer Hochstaudenfluren auf nassen Böden.

Biotoypische Artenzusammensetzung mit stabilen Populationen der charakteristischen Arten wären:

Pflanzen:

Sumpf-Storchenschnabel (*Geranium palustre*), Geflügelte Braunwurz (*Scrophularia umbrosa*) u.a.

Vögel:

Teillebensraum von Braunkehlchen (*Saxicola rubetra*),

Schmetterlinge:

Feuchtwiesen-Perlmutterfalter (*Brenthis [Argynnis] ino*), mehrere Blattspanner-Arten (z.B. Wiesenrauten-Blattspanner (*Perizoma [Coenoteaphria] sagittata*)).

Tier- und Pflanzenarten gemäß Anhang II:

Amphibien:

Kammolch (*Triturus cristatus*)

Erhaltungsziele sind:

- Sicherung und Erhalt der bestehenden Kammolchpopulationen als Teilpopulationen innerhalb einer vitalen und stabilen Metapopulation; Vernetzung der vorhandenen Teilpopulationen, ggf. durch Schaffung weiterer Lebensräume, ausgehend vom derzeitigen Vorkommen.
- Schutz und Entwicklung von mesotrophen bis eutrophen Altwässern und sonstigen Stillgewässern sowie träge fließende, vegetationsreiche Gewässer als aquatische Sommerlebensräume des Kammolches.
- Ältere Kleingewässer und Teiche sollen als bevorzugte Aufenthaltsgewässer adulter Kammolche erhalten werden und ihre Flachwasserzonen durch gezielt vorzunehmende Entwicklungsmaßnahmen ausgedehnt werden.
- Schutz und Entwicklung naturnaher Waldbereiche als Winterquartier

Erhaltungsziele V 48

"Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der im Folgenden genannten Vogelarten und ihrer Lebensräume"

Das Gebiet weist für alle Arten einen guten Erhaltungszustand auf, dessen Optimierung in kurzem bis mittleren Zeitraum möglich ist (= Wertstufe „B“). Das Gebiet stellt somit einen der Bereiche dar, in denen stabile oder anwachsende Population mit ausreichender Reproduktion auch zur Auffrischung anderer Gebiete („source-Population“) vorhanden sind bzw. entstehen können.

Für die **fett** gedruckten Arten hat Niedersachsen eine besondere Verantwortung für die Erhaltung der Art.

Arten nach Anhang I der Vogelschutzrichtlinie (wertbestimmende Arten sind unterstrichen):

| | |
|---|-------------------------|
| <u>Dendrocopos medius (Mittelspecht)</u> | (A/A/A) [250 – 500 BP], |
| <i>Ficedula parva</i> (Zwergschnäpper) | (A/A/A) [1 – 5 BP], |
| <u>Milvus milvus (Rotmilan)</u> | (A/A/A) [6 – 10 BP], |
| <u>Picus canus (Grauspecht)</u> | (A/A/A) [11 – 50 BP], |
| <u>Dryocopus martius (Schwarzspecht)</u> | (A/B/B) [11 – 50 BP], |
| <i>Alcedo atthis</i> (Eisvogel) | (B/B/B) [1 – 5 BP], |
| <u>Pernis apivorus (Wespenbussard)</u> | (B/C/C) [1 – 5 BP], |
| <i>Lanius collurio</i> (Neuntöter) | (C/C/C) [6 – 10 BP], |
| <u>Circus aeruginosus (Rohrweihe)</u> | (C/C/C) [1 – 5 BP] |

Die Angaben in () Klammern geben die Bedeutung des Gebietes für die jeweiligen Arten wieder; die Angaben beziehen sich dabei auf (Naturraum/Land Niedersachsen/Deutschland); A = SEHR HOCH, B = HOCH, C = MITTEL bis GERING. Die eckigen [] Klammern geben die Anzahl der Brutpaare an.

Erhaltungsziele für den Mittelspecht sind:

- Sicherung und Erhalt der bestehenden Populationen als Teilpopulationen innerhalb einer vitalen und stabilen Metapopulation; Vernetzung der vorhandenen Teilpopulationen ausgehend vom derzeitigen Vorkommen zur Verbesserung des in Niedersachsen ungünstigen Erhaltungszustandes des derzeitigen Brutbestandes,
- Erhalt und Entwicklung naturnaher, störungsarmer und strukturreicher, möglichst großflächiger und unzerschnittener Eichenmischwälder. Ein hoher Alt- und Totholzanteil,
- sowie die Sicherung von Höhlenbäumen sind von besonderer Bedeutung für die Art.

Erhaltungsziele für den Schwarzspecht sind:

- Sicherung und Erhalt der bestehenden Populationen als Teilpopulationen innerhalb einer vitalen und stabilen Metapopulation; Vernetzung der vorhandenen Teilpopulationen ausgehend vom derzeitigen Vorkommen,
- Erhalt und Entwicklung naturnaher, störungsarmer und strukturreicher, möglichst großflächiger Buchenwälder. Dieser Wald sollte alle natürlichen und naturnahen Entwicklungsphasen in mosaikartiger Struktur aufweisen und aus standortgerechten, autochthonen Baumarten zusammengesetzt sein. Ein hoher Alt- und Totholzanteil sowie die Sicherung von Höhlenbäumen und spezifische Randstrukturen sind von besonderer Bedeutung für die Art.

Erhaltungsziele für den Grauspecht sind

- Sicherung und Erhalt der bestehenden Populationen als Teilpopulationen innerhalb einer vitalen und stabilen Metapopulation; Vernetzung der vorhandenen Teilpopulationen ausgehend vom derzeitigen Vorkommen.
- Erhalt und Entwicklung naturnaher, strukturreicher, möglichst großflächiger Laubmischwälder. Diese Wälder sollen alle natürlichen oder naturnahen Entwicklungsphasen in mosaikartiger Struktur aufweisen und aus standortgerechten, autochthonen Baumarten mit der Rotbuche als dominanter Art zusammengesetzt sein. Ein hoher Alt- und Totholzanteil, Höhlenbäume, natürlich entstandene Lichtungen und strukturreiche Waldränder sind von besonderer Bedeutung.

Erhaltungsziele für den Rotmilan sind

- Sicherung und Erhalt der bestehenden Populationen als Teilpopulationen innerhalb einer vitalen und stabilen Metapopulation; Vernetzung der vorhandenen Teilpopulationen ausgehend vom derzeitigen Vorkommen insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass ca. 50% des Weltbestandes in Norddeutschland (Brandenburg, Meckl. Vorpommern, Nds., Sachsen Anh., Thüringen) leben,
- Erhalt und Entwicklung naturnaher, strukturreicher und miteinander verzahnter Wald- und Wiesenlandschaften mit möglichst großflächigen Laubwäldern. Diese Wälder sollen alle natürlichen oder naturnahen Entwicklungsphasen in mosaikartiger Struktur aufweisen und aus standortgerechten, autochthonen Baumarten zusammengesetzt sein. Ein hoher Altholzanteil als Horstbäume und natürlich entstandene Lichtungen sowie strukturreiche Waldränder sind von besonderer Bedeutung.

Erhaltungsziele für den Zwergschnäpper sind:

- Erhalt einer überlebensfähigen Population in allen natürlicherweise besiedelbaren Naturräumlichen Regionen,
- Vernetzung der isolierten Einzelvorkommen mit den Hauptvorkommen und Förderung des Austausches der Populationen untereinander,
- Erhöhung der Siedlungsdichte in den Kerngebieten der Verbreitung,
- Erhaltung naturnaher alter Laubwälder bzw. Laubmischwälder,
- schonende Bewirtschaftung alter Wälder und Erhalt von hohen Totholzanteilen.

Erhaltungsziele für den Wespenbussard sind:

- Erhalt einer vitalen Population in allen natürlicherweise besiedelbaren Naturräumlichen Regionen (mindestens 1.100 BP),
- Vernetzung der isolierten Einzelvorkommen mit den Hauptvorkommen und Förderung des Austausches der Populationen untereinander,
- Erhöhung der Siedlungsdichte in den Kerngebieten der Verbreitung,
- Erhaltung ausreichend großer, ungestörter und alter Waldgebiete in der Agrarlandschaft des Hauptverbreitungsgebietes und Schonung der traditionellen Horstbäume vor forstlicher Nutzung,
- Keine forstliche Nutzung im Horst-Umfeld während der Brutzeit.

Erhaltungsziele für die Rohrweihe sind:

- Stabilisierung der Population mindestens auf dem aktuellen Niveau (550 BP),
- Sicherung bzw. Wiederansiedlung der Vorkommen in naturnahen Biotopen,
- Erhalt bzw. Wiederherstellung von naturnahen Lebensräumen (großflächige Röhrichte, Verlandungs-zonen).

Erhaltungsziele für den Neuntöter sind:

- Erhalt einer überlebensfähigen Population in allen natürlicherweise besiedelbaren Flächen,
- Verdichtung der Vorkommen in dünn besiedelten Bereichen,
- Vernetzung der isolierten Einzelvorkommen mit den Hauptvorkommen und Förderung des Austausches der Populationen untereinander,
- Förderung einer artenreichen Großinsektenfauna,
- Reduzierung des Erholungsdrucks in geeigneten Habitaten,
- Anlage künstlicher Warten in sonst strukturarmen, aber geeigneten Habitaten.

Erhaltungsziele für den Eisvogel sind:

- Erhalt einer überlebensfähigen Population in allen natürlicherweise besiedelbaren Naturräumlichen Regionen,
- Vernetzung der isolierten Einzelvorkommen mit den Hauptvorkommen und Förderung des Austausches der Populationen untereinander,
- Erhöhung der Siedlungsdichte in den Kerngebieten der Verbreitung,
- Erhaltung der naturnahen Fließgewässersysteme und der natürlichen dynamischen Prozesse der Fließgewässer mit Überschwemmungszonen, Prallhängen, Flussbettverlagerungen etc.,
- Erhöhung der für die Art nutzbaren Fließgewässerabschnitte in noch dünn besiedelten Regionen durch naturnahe Gewässerentwicklung und Förderung der Vorkommen durch Schaffung von neuen Brutmöglichkeiten und Schutz vor Störungen,
- Verbesserung der Wasserqualität und Förderung der Wirbellosen- und Fischfauna,
- Schutz grundwassergespeicher, in Wintern meist eisfrei bleibender Altwässer.

Die Abgrenzung des Vogelschutzgebietes V48 orientiert sich an zusammenhängenden Waldkomplexen mit hohen Eichen- bzw. Buchenanteilen.

Gerade die Großflächigkeit und räumliche Vernetzung ist ursächlich für die großen Bestandsvorkommen des Mittelspechtes, auf den bereits geringe Distanzen zwischen geeigneten Lebensräumen isolierend wirken.

Für den Grauspecht ist diese Vernetzung ebenfalls hinsichtlich des Bestandserhalts am Arealrand wichtig

Ausgewertete Materialien:

Standarddatenbogen FFH

Standarddatenbogen Vogelschutzrichtlinie

Gebietsbeschreibung FFH/Vogelschutz vom NLO

Erhaltungszielvorgaben NLO

[1] Nach Flade „Die Vögel des Wolfsburger Raumes“ (1995)

[J. F. 1] nach Flade, "Vögel des Wolfsburger Raumes" (1995)

Erhaltungsziele FFH 102

Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes der folgenden Lebensraumtypen gemäß Anhang I der FFH-RL"

Überwiegend vorkommend

Lebensraumtyp 9160 (Subatlantischer oder mitteleuropäischer Stieleichenwald oder Eichen- Hainbuchenwald):

Eines der größeren Vorkommen in Niedersachsen. Große Teile der aktuell vorhandenen Eichen- Hainbuchen-wälder stocken allerdings wahrscheinlich auf Standorten potentiell-natürlicher Waldmeister- bis Hainsimsen-Buchenwälder. Flächengröße: ca. 170 ha.

Beschreibung s.o. (Erhaltungsziele FFH 101).

Fragmentarisch vorkommend

Lebensraumtyp 6410 (Pfeifengraswiesen auf kalkreichem Boden, torfigen und tonig-schluffigen Böden)

Auf einer Waldwiese am Ostrand. Flächengröße: ca. 1 ha

Beschreibung s.o. (Erhaltungsziele FFH 101)

Kleinflächig vorkommend

Lebensraumtyp 9110 (Hainsimsen-Buchenwald):

Kleinflächig naturnaher Flattergras-Buchenwald. Flächengröße nach Unterlagen der Forstverwaltung ca. 3 ha.

Ziel:

- Erhalt und Entwicklung naturnaher, strukturreicher, möglichst großflächiger und unzerschnittener Buchenwälder auf bodensauren, trocknen bis frischen, z. T. auch wechselfeuchten Standorten. Diese Wälder sollen alle natürlichen oder naturnahen Entwicklungsphasen in mosaikartiger Struktur aufweisen und aus standortgerechten, autochthonen Baumarten mit der Rotbuche als dominanter Art zusammengesetzt sein. Ein hoher Alt- und Totholzanteil, Höhlenbäume, natürlich entstandene Lichtungen und strukturreiche Waldränder sind von besonderer Bedeutung für die Artenvielfalt.

Biotoptypische Artenzusammensetzung mit stabilen Populationen der charakteristischen Arten wäre:

Pflanzen:

Salomonssiegel (*Polygonatum multiflorum*), Draht-Schmiele (*Deschampsia flexuosa*), Weiße Hainsimse (*Luzula luzuloides*), Heidelbeere (*Vaccinium myrtillus*). Diverse epiphytische Flechten- und Moosarten,

Säugetiere:

Großes Mausohr (*Myotis myotis*)

Vögel:

Grauspecht (*Picus canus*), Schwarzspecht (*Dryocopus martius*), Hohltaube (*Columba oenas*), hohe Siedlungsdichte von

Waldlaubsänger (*Phylloscopus sibilatrix*), Trauerschnäpper (*Ficedula hypoleuca*) und Buntspecht (*Picoides major*).

Schmetterlinge:

Großer Schillerfalter (*Apatura iris*), Großer Eisvogel (*Limenitis populi*).

Käfer:

Eremit (*Osmoderma eremita*) u.a. Totholzbewohner.

Grundvoraussetzung ist, dass die Höhlen mit schwarzem Mulm gefüllt sind. In diesem Substrat fressen die Käfer braunfaule Holzreste bzw. erweitern die Baumhöhle auch sukzessive nach außen. Der Mulm hat eine spezifische Besiedlung mit Pilzen und spezielle Feuchte- und Temperatureigenschaft

Tier- und Pflanzenarten gemäß Anhang II

Prioritäre Arten

Käfer:

Eremit (*Osmoderma eremita*)

Erhaltungsziele sind:

- Stark dimensionierte alte Laubbäume in besonnener Lage, bei denen der Abbauprozess im Stamm und in starken Ästen begonnen und zu großen Mulmhöhlen geführt hat,
- In unmittelbarer Nähe bestehender Brutbäume wachsen weitere Laubbäume in gestaffeltem Alter heran. Mit zunehmendem Alter beginnt in diesen Bäumen der Holzabbau im Inneren der Stämme und Äste und es bilden sich groß dimensionierte Mulmhöhlen. Die heranwachsenden, ggf. gezielt nachgepflanzten Bäume sorgen für das Habitatkontinuum für die Käfer.

Die Ansprüche des Eremiten sind vor allem in sehr lichten Baumbeständen gegeben. Historisch alte Wälder bieten Lebensraum und Lebensraumtradition für Eremiten. Die Larven des Eremiten leben in Baumhöhlen. Als Lebensstätten kommen also alle Bäume in Frage, die Höhlen bilden: in Mitteleuropa vor allem Eichen, Linden, Buchen, Eschen, Weiden und Obstbäume.

Grundvoraussetzung ist, dass die Höhlen mit schwarzem Mulm gefüllt sind. In diesem Substrat fressen die Käfer braunfaule Holzreste bzw. erweitern die Baumhöhle auch sukzessive nach außen. Der Mulm hat eine spezifische Besiedlung mit Pilzen und spezielle Feuchte- und Temperatureigenschaft. Der Eremit bevorzugt große Höhlen (vorzugsweise >50 Liter) mit südexponierten Öffnungen am liebsten in besonnten Stämmen noch lebender Bäume. Derart geeignete Höhlen sind leider selten. Es braucht oft Jahre bis Jahrzehnte, bis eine Baumhöhle überhaupt für den Eremiten geeignet ist. Die Larven können gesunde Bäume nicht schädigen, sondern sind auf das natürliche Zerfallsstadium angewiesen.

Die Käfer erscheinen etwa im Mai und sind bis in den September hinein zu finden. Dass die Käfer seltener als besiedelte Bäume gefunden werden, liegt daran, dass ein Großteil der Käfer die Baumhöhle gar nicht verlässt (der Prozentsatz ist in Mitteleuropa nicht bekannt). Für viele Käfer spielt sich also das gesamte Leben versteckt in einer Baumhöhle ab - deshalb auch der Name „Eremit“.

Ein Vorkommen weiterer holzbewohnender Käfer aus Anhang II ist grundsätzlich möglich, da im Gebiet zahlreiche sehr alte Eichen vorkommen. Weitere Daten liegen jedoch nicht vor.

Weitere Arten nach Anhang II

Säugetiere:

Mopsfledermaus (*Barbastella barbastellus*)

Erhaltungsziele sind:

- Sicherung und Erhalt der bestehenden Populationen als Teilpopulationen innerhalb einer vitalen und stabilen Metapopulation; Vernetzung der vorhandenen Teilpopulationen, ggf. durch Schaffung weiterer Lebensräume, ausgehend vom derzeitigen Vorkommen,
- Erhalt und Entwicklung naturnaher, störungsarmer und strukturreicher, möglichst großflächiger Laubmischwälder. Dieser Wald sollte alle natürlichen und naturnahen Entwicklungsphasen in mosaikartiger Struktur aufweisen und aus standortgerechten, autochthonen Baumarten zusammengesetzt sein. Erhalt und Förderung stark dimensionierte alte Laubbäume mit Höhlen für Sommer und Winterquartiere und spezifische Randstrukturen sind von besonderer Bedeutung für die Art,
- Erhalt von Bunkern als Höhlen-/Stollenersatz.

Die für Fledermäuse zugänglichen ehemaligen Munitionsbunker werden seit etwa 5 Jahren kontinuierlich von 2 bis 6 Mopsfledermäusen als Winterquartier genutzt. Die im Winter stark abkühlenden Bunker bieten der relativ kälteresistenten Art optimale Überwinterungsbedingungen. Das umgebende Waldgebiet ist als Nahrungshabitat zumindest im Frühjahr und Herbst von großer Bedeutung, wenn genügend Nahrung im Bereich des Winterquartiers zur Verfügung stehen muss. In Niedersachsen sind zurzeit nur zwei Winterquartiere dieser Art bekannt, von denen dieses das bedeutendere ist. Sommerquartiere und Wochenstuben wurden in Niedersachsen bisher nicht festgestellt.

Konkrete Erhaltungsziele lassen sich z. Zt. aufgrund der geringen Kenntnisse über diese Art nicht formulieren. Wochenstuben in Baumhöhlen, Baumspalten u. ä. Männchenquartiere zusätzlich in kleineren Verstecken wie hinter lockerer Rinde; Winterquartiere in Höhlen, Stollen und zeitweilig in Baumhöhlen. Jagdgebiete sind in erster Linie strukturreiche, oft auch feuchte Wälder mit vielen Waldrandstrukturen und entsprechendem Insektenreichtum. Die verfügbare Insektenmenge und -Art insbesondere zur Zeit der Jungenaufzucht (Juni, Juli) entscheidet über die Güte eines Jagdlebensraumes.

Viel mehr ist über diese Art jedoch nicht bekannt, da eine Erforschung der Ökologie kaum mehr möglich ist. Die Mopsfledermaus ist überall sehr selten geworden.

Amphibien:

Kammolch (*Triturus cristatus*)

Erhaltungsziele sind:

- Sicherung und Erhalt der bestehenden Kammolchpopulationen als Teilpopulationen innerhalb einer vitalen und stabilen Metapopulation; Vernetzung der vorhandenen Teilpopulationen, ggf. durch Schaffung weiterer Lebensräume, ausgehend vom derzeitigen Vorkommen,
- Schutz und Entwicklung von mesotrophen bis eutrophen Altwässern und sonstigen Stillgewässern sowie träge fließende, vegetationsreiche Gewässer als aquatische Sommerlebensräume des Kammolches.
- Ältere Kleingewässer und Teiche sollen als bevorzugte Aufenthaltsgewässer adulter Kammolche erhalten werden und ihre Flachwasserzonen durch gezielt vorzunehmende Entwicklungsmaßnahmen ausgedehnt werden,
- Schutz und Entwicklung naturnaher Waldbereiche als Winterquartier.

Gemeinde Lehre

Ortschaft Flechtorf



Bebauungsplan Vorderer Westerberg

Zusammenfassende Erklärung

Stand § 10 (3) BauGB



Zusammenfassende Erklärung

Zum Bebauungsplan Vorderer Westerberg der Gemeinde Lehre

A Ziel des Bebauungsplanes

Im Rahmen der Eigenbedarfsentwicklung in der Ortschaft Flechtorf kann dem Bedarf an freien Bauplätzen nicht entsprochen werden. Freie Baugrundstücke in Neubaugebieten sind nicht mehr vorhanden. Die Möglichkeiten der Innenentwicklung der Gemeinde insbesondere durch Maßnahmen der Nachverdichtung und durch Schließung von Baulücken wurden geprüft.

Da eine Entwicklung innerhalb der bebauten Ortslage von Flechtorf nicht gegeben ist, beabsichtigt die Gemeinde Lehre daher die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Bereitsstellung von neuen Bauplätzen zu schaffen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes erfasst eine ca. 3 ha große Fläche nördlich der Beienroder Straße K38 und dem Westerbergweg. Sie schließt im Westen an die vorhandenen Siedlungsflächen an. Im Zusammenhang mit der bestehenden Bebauung südlich der Beienroder Straße ergibt sich ein neuer Orteingang mit beidseitiger Bebauung. Die Bebauung dieser Fläche stellt eine sinnvolle städtebauliche Fortentwicklung im Hinblick auf die Arrondierung und den Abschluss des östlichen Ortsrandes dar.

Der Bebauungsplan sieht in Flechtorf entsprechend dem Bedarf Neubauflächen mit Einfamilienhausbebauung für den Eigenbedarf vor. Mit dem Bebauungsplanverfahren sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Bebauung neuer Bauflächen im Osten der Ortslage geschaffen werden. Bei der Aufstellung des Bebauungsplanes werden im Sinne einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung die Grundsätze der Bauleitplanung gem. § 1 (5 - 6) und § 1a BauGB berücksichtigt sowie die Erschließung und Versorgung sichergestellt.

Durch den Bebauungsplan wird den Wohnbedürfnissen der Bevölkerung entsprochen, er dient dem Erhalt und der Fortentwicklung vorhandener Ortsteile insbesondere den Infrastruktureinrichtungen wie den vorhandenen Bildungseinrichtungen.

Der Bebauungsplan ermöglicht eine bedarfsgerechte Entwicklung für Flechtorf, die an den Grundsätzen der sogenannten Eigenentwicklung auszurichten ist. Der zugrunde liegende Orientierungswert zur Eigenentwicklung geht von einem Angebot von 3,5 Wohneinheiten pro Jahr und pro 1000 Einwohner aus. Die Eigenentwicklung ist in der Regel auf einen 10-jährigen Planungshorizont auszurichten.

Der vorliegende Bauleitplan mit einem Bebauungspotential von ca. 32 Wohneinheiten entspricht einer Eigenentwicklung auf der Grundlage eines 3-jährigen Planungshorizonts. Zusammen mit der Aufstellung einer weiteren Bauleitplanung für Flechtorf werden die Orientierungswerte deutlich unterschritten und der durch das RROP vorgegebene Umfang der Eigenentwicklung eingehalten.

Im Parallelverfahren wird die 12. Änderung des Flächennutzungsplanes durchgeführt, um dem planungsrechtlich erforderlichen Entwicklungsgebot gem. § 8 Abs.3 zu entsprechen.

B Berücksichtigung der Umweltbelange

Bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Bauleitplänen hat die Gemeinde die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 und § 1a (BauGB) zu berücksichtigen. Die im Rahmen der Umweltprüfung ermittelten, bewerteten und beschriebenen voraussichtlichen Umweltauswirkungen der Planung werden nachfolgend zusammengefasst und im Umweltbericht ausführlich dargelegt.

Das Plangebiet schließt an seiner nördlichen Grenze an das Landschaftsschutzgebiet „Schuntertal“ HE 20 an und liegt in ca. 30 m Entfernung von 2 EU Schutzgebieten, das FFH-Gebiet 102 – „Beienroder Holz“, sowie das EU Vogelschutzgebiet SPA 3630-401 – „Laubwälder zwischen Braunschweig und Wolfsburg“, mit bedeutenden Vorkommen von Greifvogel und Spechtarten.

Die Fläche ist ein Teilbereich des Lebensraumes einer in Niedersachsen gefährdeten Art (Rotmilan), die gleichzeitig Art der Vogelschutzrichtlinie ist.

Mit der Ausweisung einer Grünfläche im Osten des Änderungsbereichs mit der Zweckbestimmung Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Gehölzpflanzung) soll einerseits die mögliche Beeinträchtigung der FFH-Gebiete und andererseits eine Unterstützung der Leitfunktion als Wanderkorridor für die Fledermäuse zwischen dem Beienroder Holz der Schunteraue und dem Flechtorfer Holz (FFH-Gebiete), sowie die generelle Förderung des Artenaustausches durch lineare Verbindungsstrukturen zwischen den genannten Gebieten ermöglicht werden.

Vom Planungsvorhaben sind Böden mit geringem Natürlichkeitsgrad, geringer Trockengefährdung und mittlerem landwirtschaftlichem Ertragspotential betroffen.

Die Empfindlichkeit des Grundwassers gegenüber Schadstoffeinträgen ist gering.

Die Funktionsfähigkeit von Klima/Luft dieses Raumes im Naturhaushalt ist beeinträchtigt und dieses Stagnationsgebiet kann bei austauscharmen, windschwachen Wetterlagen mit Dunst oder Nebel auf empfindliche Menschen belastend wirken, deren Auswirkungen durch die Nähe zum Beienroder Holz abgemildert werden können.

Das Landschaftsbild ist geprägt durch das Relief des „vorderen Westerberg“, eine deutlich wahrnehmbare Oberflächenform zwischen der Schunterniederung und dem Beienroder Holz, am Rande einer in der Landschaft eingebundenen Ortslage mit hoher Erlebnisqualität und hohem Erholungswert. Im LRP werden der Planbereich und seine Umgebung als mäßig beeinträchtigter Raum bewertet.

Innerhalb des Plangebietes befinden sich keine Kultur- und sonstigen Sachgüter.

Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung von Beeinträchtigungen und Maßnahmen zur Kompensation verbleibender erheblicher Beeinträchtigungen wurden im Bebauungsplan berücksichtigt. Die durch die Planung entstehenden Eingriffe in Natur und Landschaft können insgesamt ausgeglichen werden.

Innerhalb des Plangebietes erfolgt eine Kompensation über die Anlage einer Feldhecke an der östlichen Grenze des Geltungsbereichs des B-Plans. Der fehlende Kompensationsbedarf soll außerhalb des Plangebietes (Geltungsbereich B) als Ersatzmaßnahme ausgeglichen werden.

Für die Ersatzmaßnahme stehen die Flurstücke 49/2 und 344, Flur 7, Gemarkung Flechtorf nördlich des Baugebietes „Gerstenbreiten“ mit einer Gesamtgröße von 8.068 qm zur Verfügung.

C Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und BehördenbeteiligungFrühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB fand vom 24.01.2013 bis einschließlich 01.02.2013 durch Aushang der Planunterlagen bei der Gemeinde Lehre statt. Seitens der Bürgerinnen und Bürger sind keine Anregungen vorgebracht worden.

Frühzeitige Behördenbeteiligung

Die Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden gem. § 4 (1) BauGB mit Schreiben vom 02.07.2012 zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum 06.08.2012 aufgefordert.

Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden Anregungen zu der grundsätzlichen Ausweisung von Wohnbauflächen in Essenrode vorgetragen. Weitere Anregungen zu Umweltbelangen und den Belangen von Natur und Landschaft sowie zur Niederschlagswasserbeseitigung und zur Erschließung vorgebracht.

Die Anregungen wurden abgewogen und weitestgehend berücksichtigt. Die Festsetzungen des Bebauungsplanes wurden ergänzt und differenziert. In die Begründung und in den Umweltbericht sind zusätzliche Angaben und Ausführungen aufgenommen worden.

Öffentliche Auslegung und Behördenbeteiligung

Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der Flächennutzungsplanänderung mit der Begründung und dem Umweltbericht gem. § 3 (2) BauGB wurde vom 26.09.2013 bis 25.10.2013 durchgeführt.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 20.09.2013 über die öffentliche Auslegung informiert.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 21.05.2013 über die öffentliche Auslegung informiert.

Seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden Anregungen vom Landkreis und anderen Trägern öffentlicher Belange vorgebracht. Diese Anregungen betrafen u.a. Hinweise zur Entsorgung des Niederschlagswassers, zum Umweltbericht und zur Begründung. Seitens der Öffentlichkeit ist eine Anregung zu den nachbarschaftlichen Auswirkungen des Baugebietes vorgebracht worden.

Die Stellungnahmen und Hinweise wurden abgewogen und teilweise berücksichtigt. Wesentliche Planänderungen, die ein zusätzliches Planverfahren erforderten, lagen nicht vor.

D Gründe für die Auswahl des Planes

Der Bebauungsplan wurde aufgestellt, um dem Bedarf und der Nachfrage an Baugrundstücken gerecht zu werden. Das Potential zur vorrangigen Innenverdichtung liegt nur vereinzelt vor. Unter den begrenzt vorhandenen Alternativen in Flechtorf ist die vorliegende Flächenauswahl die beste Lösung, um den Eigenbedarf an zusätzlichen Wohnflächen zu berücksichtigen.

E Abwägung

Viele Belange sind bereits im Planverfahren im Rahmen der planerischen Abwägung erkannt und durch die Festsetzungen im Bebauungsplan berücksichtigt worden. Des Weiteren wurde Abwägungsmaterial erarbeitet, um dem Rat der Gemeinde Lehre eine Gewichtung der einzelnen Belange zu ermöglichen. Der Rat der Gemeinde Lehre hat die Abwägung der sonstigen öffentlichen und privaten Belange vorgenommen.

E Rechtskraft

Der Satzungsbeschluss wurde vom Rat der Gemeinde Lehre am 26.06.2014 gefasst.

Mit Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses am 08.07.2014 erlangte der Bebauungsplan gem. § 10 (3) BauGB Rechtskraft.

Lehre, den 23.07.2014



gez. Westphal
Bürgermeister